

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

formie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Sipler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Weisenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreizehnpennige Beilage oder deren Raum 30 A.

## Verbandskollegen! Ende dieser Woche ist der letzte Extrabeitrag fällig. Versäume niemand seine Pflicht!

Inhalt: Volksernährung, Volksauswanderung und Teuerung. — Das Wohnungswesen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. — Arbeiterleben. — Wirtschaftliche Rundschau. — Politische Aufsätze. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Mafregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Quartalsabrechnung des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands. Bekanntmachungen der Gausverbände. Berichte. — Zentralkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterchug, Submissionsen usw. — Aus Unternehmerkreisen. — Aus anderen Berufen: Generalversammlungen. — Polizei und Gerichte. — Verchiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Die Architektur des Salzlegetisches.

### Volksernährung, Volksauswanderung und Teuerung.

Die Frage der Volksernährung ist ohne Zweifel die wichtigste aller staatswirtschaftlichen Fragen. In ihr begreifen sich die hauptsächlichsten Voraussetzungen und Bedingungen des ganzen staatswirtschaftlichen Systems. Von der Volksernährung ist naturgemäß die Erhaltung der Volkskraft abhängig, wie diese wieder die Quelle aller Kulturarbeit ist, die auf dem Gebiete der Industrie und des Handels, der Kunst und Wissenschaft geleistet zu werden vermag. An sie ist die Existenz und Entwicklung der Staaten in jeder Hinsicht so unbedingt gebunden, wie des Menschen Dasein an das Licht der Sonne. Aus der Kraft der Millionen Einzelindividuen sich zusammenlegend, ist sie demselben Naturgesetz unterworfen, wie die organische Kraft jedes dieser Individuen: sie dient dem Verbrauch und muß beständig erneuert werden. Und Arbeit ist der Preis, den dieser Regenerationsprozeß erfordert. Es ist das denkbar natürlichste Verhältnis, daß Volkskraft und Arbeit aufeinander angewiesen sind, ja, genau betrachtet, eine untrennbare Einheit bilden. Die Kultur eines Volkes resp. seine Fähigkeit, in der Kultur fortzuschreiten, bemißt sich durchaus nach dem Maße der Fürsorge, die diese ihre Grundbedingung erfährt. Nichts selbstverständlicher, als daß die Fürsorge einzuflehen hat bei der Volksernährung.

Es hat bis jetzt keine staatliche und gesellschaftliche Organisation gegeben, die der Pflicht dieser Fürsorge so genügt hätte, wie Vernunft und Gerechtigkeit es erfordern. Immer ist im Klassenstaate die Volkskraft, d. h. die Kraft der unterdrückten arbeitenden Massen, einem schrecklichen Mißbrauch ausgesetzt gewesen; sie wurde nicht geachtet, bewertet und vermehrt um des Volkes und seines natürlichen kulturellen Verstandes willen, sie war den Herrschenden das Mittel zu dem Zweck, sich durch Ausbeutung zu bereichern und damit sich die Mittel zur Herrschaft zu sichern. Dementsprechend wurde ganz konsequent die Volksernährung immer mehr oder weniger groblich vernachlässigt seitens der Herrschenden. Wie diese die Arbeit verachten, alle produktive Tätigkeit den Unterdrückten als eine Spezialpflicht zuweisen und für sich das Recht in Anspruch nehmen, sich möglichst viel von den Früchten der Arbeit anzueignen, so waren sie auch stets von der Tendenz geleitet, sich mit der Notwendigkeit der Volksernährung so leicht wie möglich abzufinden, indem sie den arbeitenden Massen nur das zureichten, was man die tierische Lebensnotdurft nennen kann.

Einen beispiellosen hohen Grad hat die Verfündigung an der Volkskraft unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem erreicht. Hier tritt neben die denkbar intensivste Ausbeutung der Arbeitskraft der Mangel, der

unger, das Elend von Millionen proletarischer Existenzen, die regelrechte, systematische Ausbeutung des Volkes unter dem Zwange der Not. Das, was unter der Herrschaft dieses Systems „Volksernährung“ genannt wird, ist nichts anderes, als Zumeßung des zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung unbedingt erforderlichen Quantums an Lebensmitteln, das in der Regel harter Entbehrungen nicht entbehrt. Unzählige Menschen haben noch nicht einmal dieses Minimum, besonders diejenigen Proletarier nicht, die nicht so glücklich sind, ihre Arbeitskraft, an deren Verwertung das Minimum gebunden ist, verkaufen zu können.

In rücksichtsloser Verwüstung der Volkskraft, in der Degeneration der Massen gipfeln alle die schlimmen Konsequenzen des kapitalistischen Systems. Die Unfälle, Krankheits- und Mortalitätsstatistik beweist, in welcher erschrecklichen Maße die Verwüstung vor sich geht. Weitans der größte Teil der Proletarier erreicht die natürliche Lebensdauer nicht; frühe wird er durch Siechtum und Elend vernichtet, und die größte Zahl der Geburten weist den Stich der erblichen Degeneration auf. Erschreckend greift die Säuglingssterblichkeit um sich; in Deutschland gehen jährlich etwa 420 000 Kinder zu grunde, ehe sie das erste Lebensjahr erreicht haben. Im Königreich Preußen stirbt der vierte Teil aller Neugeborenen schon im ersten Lebensjahre wieder weg. In einzelnen Gegenden ist die Kindersterblichkeit noch größer als im Durchschnitt in Preußen. Im Königreich Sachsen sind in den Jahren 1896 bis 1900 von 1000 Lebendgeborenen 285, also mehr als ein Viertel, gestorben; in der Stadt Chemnitz 337, in der Amtshauptmannschaft Chemnitz 387 von 1000 Kindern, also weit mehr als ein Drittel aller Neugeborenen.

Die Grundursache der Kindersterblichkeit, der Mangel an Lebenskraft infolge schlechter, ungenügender Ernährung, liegt im kapitalistischen Wirtschaftssystem. Unzählige Frauen des Proletariats können der Mutterspflicht gegen ihre Säuglinge nicht genügen; entweder sie sind infolge der zerrüttenden Not, vielleicht schon mit erblichem physischem Unvermögen behaftet, nicht fähig, ihre Kinder zu stillen, oder der unterbittliche Zwang, einem Erwerbe nachzugehen, hindert sie daran. Sogar kommt, daß sie jumeist nicht im stande sind, die für das Gedeihen der Kinder erforderlichen Ernährungsmittel, Kuhmilch usw., in guter Qualität und ausreichender Quantität zu kaufen. Raffalle sagte den Arbeitern: „Wenn Ihnen Ihre Kinder sterben, so ist das kein Zufall; es ist ein eiserne statistisches Gesetz, wozu Sie in Ihrer schlechten Lage... die furchtbare Sterblichkeit ist dem Elend der Eltern zuzuschreiben und besonders demjenigen der Mütter.“ Und er fügte, sich auf wissenschaftliche Autoritäten berufend, hinzu: „Die Männer der Wissenschaft zittern, indem sie das furchtbare Resultat niederschreiben.“ (Arbeiterlesebuch.)

Man kann, ohne sich einer Uebertreibung schuldig zu machen, sagen, daß die Lohnarbeiterklasse Deutschlands und auch die Masse des sogenannten „Mittelsandes“ durch das kapitalistische Wirtschaftssystem einer verhängnisvollen Unternahrung überantwortet ist.

Um so mehr sollte es nach vernünftigen Ermessen Pflicht der Regierung und der Gesetzgebung sein, sich in erster Linie dem Problem besserer Volksernährung zuzuwenden. Zwar besteht zwischen ihnen und dem Kapitalismus resp. den Herrschenden Wirtschaftsfaktoren überhaupt, wozu auch der Agrarismus zu rechnen ist, eine sehr enge

Interessengemeinschaft; aber sie sollten in Ansehung der Notwendigkeit weiterer Kulturentwicklung so viel Einsicht haben, diese Gemeinschaft wenigstens an dem Punkte zu lösen, wo es sich darum handelt, die Volkskraft vor völliger Zerstörung zu bewahren. Doch sind sie von dieser Einsicht weit entfernt. Wie arg auch die Not des Volkes ist, die das kapitalistische Ausbeutungssystem erzeugt — sie helfen an ihrem Teile mit dazu, diese Not in ganz erheblichem Maße zu steigern. Unsere Reichsteuern- und Zollpolitik, welche den großen Massen der ärmeren Bevölkerung die Hauptsteuernlast aufbürdet, erschwert und verschlechtert die Volksernährung in geradezu verhängnisvoller Weise. Sie ist, besonders in dem Punkte, wo sie als agrarische Schutzpolitik in die Erscheinung tritt, eine Ungerechtigkeit der aller schlimmsten Art, in Wahrheit eine Ausbeutungspolitik.

Eine Konsequenz dieser Politik ist die Fleischnot, die bereits einige Jahre andauert. Zu den verhängnisvollen Wirkungen der vorgeblich zum „Schutze der Landwirtschaft“ notwendigen Vieh- und Fleischzölle treten die der Grenzsperrung — ein Maßnahme, die mit der Tendenz der Zölle, den Agrariern Wiedererträge zu sichern, sich völlig deckt. Die Vieh- und Fleischpreise werden in die Höhe getrieben, was gleichbedeutend damit ist, daß die Massen der arbeitenden Bevölkerung gezwungen sind, noch weniger Fleisch zu konsumieren, als seither schon. Wir sagen noch weniger. Denn erwiesenermaßen konsumiert diese Bevölkerung nicht nur relativ ein erheblich geringeres Quantum Fleisch, als die Bevölkerung anderer Länder. (29 Kilogramm pro Kopf, während Frankreich 42 und Großbritannien 55 Kilogramm verbraucht), die arbeitenden Massen sind überhaupt seither schon nicht in der Lage, das Quantum zu konsumieren, welches zur Ernährung unbedingt erforderlich ist. Die Wissenschaft fordert, daß jeder Erwachsene 250 Gramm gutes Fleisch zur täglichen Nahrung haben soll. Ein vom Reichsgesundheitsamt herausgegebenes „Gesundheitsbüchlein“ setzt als Mindestmaß 150 Gramm fest. Dieses Mindestmaß würde für eine Familie mit zwei Kindern (= drei Erwachsenen) täglich dreimal 150 Gramm, mithin jährlich 164 Kilogramm Fleisch erfordern. Wie viele Arbeiterfamilien können sich die Ausgabe für solch ein Minimalquantum Fleisch leisten? Sie würde sich nach heutigen Preisen auf etwa M. 250 jährlich, oder etwa den vierten Teil eines Arbeiterdurchschnittseinkommens belaufen. Tatsächlich haben die Arbeiter oft wöchentlich nicht so viel Fleisch zur Nahrung, als sie nach den Anforderungen der Gesundheitslehre täglich, und zwar mindestens verzehren sollten.

Und wenn sie unter Einweis auf die den Agrariern zuliebe ermöglichte wucherische Steigerung der Preise der notwendigen Lebensmittel höhere Löhne fordern, dann nennt sie die „flatterhaften“ Moral, ausgehend von dem nicht genug zu verführenden Dogma, daß der Arbeiter die „Tugend der Bedürfnislosigkeit“ zieren müsse, „maßlos begehrt“ und „unverschämte“.

Daß selbst gewissen „Staatsverhaltnissen“ das Gewissen schlägt, kann nicht wunder nehmen. So schrieb vor einiger Zeit ein Sachverständiger in der „Köln. Zeitung“:

„Nimmer wird eine Unternahrung der breiten Massen eine Folge des Vieh- und Fleischmangels sein und das Volk dadurch in seiner Widerstandskraft geschwächt werden. Was nützen alle sanitären und sozialen Einrichtungen, wenn man nicht gleichzeitig dafür sorgt, daß das Volk auch seine notwendige Nahrung erhält!“

Die Unterernährung ist längst da; sie bildet an sich den sogenannten „normalen Zustand“; durch die agrarische Ausbeutungspolitik wird sie lediglich verschärft und verallgemeinert. Der Sachverständige fährt fort:

„In dieser Beziehung ist England uns weit überlegen, da ja der Engländer sich infolge des herrschenden Freihandels eine billige Fleischnahrung verschaffen kann. England hat längst eingesehen, daß es bei weitem nicht im Stande ist, die notwendige Fleischmenge, deren sein Volk bedarf, zu produzieren, und hat sich seit langem die Länder, die einen Viehüberfluß haben, dienstbar gemacht. Dieser Wettbewerb, der dem englischen Viehhändler erwachsen ist, hat ihn angepörrt, fort und fort seinen Viehstapel zu vergrößern, und so sehen wir denn auf den Viehmärkten Englands durchweg ausgeglichene Tiere, die vorzügliche Fleischleistungen aufweisen.“

Daß auch die deutsche Viehzucht den Bedarf nicht zu decken vermag und niemals dahin gelangen wird, ihn zu decken, steht längst fest. Wir sind für die Volksernährung auf eine stetig sich steigende Vieh- und Fleischzufuhr angewiesen. Der Wert der Einfuhr in England im Jahre 1905 wird geschätzt auf über 880 Millionen Mark.

Dank dieser Einfuhr halten sich die Fleischpreise auf einem niedrigen Stand. Beispielsweise notierten am 19. Juli d. J. bestes schottisches Rindfleisch das Pfund (engl.) 55 bis 58 J., amerikanisches in England geschlachtetes Fleisch 50 bis 52 J., amerikanisches gefülltes Fleisch, Hintertertel 48 bis 53 J., Vordertertel 27 bis 28 J., gefrorenes Fleisch, Hintertertel 26 bis 27 J., Vordertertel 19 bis 20 J., bestes Hammelfleisch aus Schottland 61 bis 63 J., Rindfleisch 50 bis 52 J., Schweinefleisch 47 bis 48 J. Das sind Fleischpreise, die bei dem besten Fleisch durchschnittlich nur drei Viertel von denen ausmachen, die wir Deutsche bezahlen müssen. Bei den geringeren Sorten müssen wir weit mehr als 25 pSt. mehr bezahlen.

Und gerade diese geringeren Sorten konsumiert das arbeitende Volk, das sonach eine doppelte Schädigung erfährt.

Von dem großen Einfluß der Fleischteuerung auf den Fleischkonsum der Bevölkerung ist, das zeigt der von dem Leipziger Vieh- und Schlachthof für das Jahr 1906 herausgegebene Geschäftsbericht. Während im Jahre 1904 noch 338 467 Tiere (Rinder, Kälber, Hammel, Schmutz und Ziegen) geschlachtet und zusammen mit dem eingeführten Fleisch 33 686 550 Kilogramm Fleisch in Leipzig konsumiert wurden, wurden trotz der Bevölkerungszunahme im Jahre 1906 nur 319 537 Tiere geschlachtet und nur 30 536 020 Kilogramm Fleisch verbraucht.

Der Wert und Kaufpreis der auf den Schlachthöfen verkauften Tiere stellte sich anders als 1906 auf 38 836 760 gegen 31 632 840 im Jahre 1904.

Obwohl also die Zahl der geschlachteten Tiere enorm abgenommen hatte, wurden 1906 7 Millionen Mark mehr gezahlt, als 1904.

So muß mithin der brave Deutsche dem kümmerlichen Agrarier zumute sein Vorkommen leeren und überdies seine Fleischration herabsetzen! Denn wie in Leipzig die Hungerteuerung wirkt, so wirkt sie überall in den deutschen Reich. Das ist der „Segen“ der stetig fortschreitenden Verunreinigung Deutschlands!

Es sind das zahllose Beispiele, die ganze Bände gegen den agrarischen Fleischwucher in Deutschland sprechen. Freilich, nur durch Erschwerung und Fehrhaltung der Vieh- und Fleischzufuhr ist dieser Wucher möglich, wie die Vergleiche geradezu drastisch zeigt. Dazu die Verteuerung aller

anderen notwendigen Lebensmittel durch Zölle und indirekte Steuern! Mit Blindegel geblieben ist, wer nicht einseht, daß die ganze vorgebildete „Schule der nationalen Arbeit“ betriebene Agrarpolitik ein ungeheurer Frevel an Volk ist. Und während so rücksichtslos die Volkskraft vernichtet wird, spricht man fortgesetzt von der Notwendigkeit, die „Wehrkraft des Volkes zu stärken“ unter militärischen Gesichtspunkten! Vermehrung des stehenden Heeres und der Kriegsflootte, neue Kanonen, neue Waffen aller Art der Ausrüstung zu bewilligen, wird als „patriotische Pflicht“ bezeichnet, während die echte und rechte Wehrkraft zu Grunde geht. Wo soll das hinaus? Was wird die deutsche Arbeiterklasse denn schließlich noch als „nationales Interesse“ zu verteidigen haben? Haltet Euch, ihr Verfechter der Ausrüstungspolitik! Ihr geht einen verhängnisvollen Weg. Lenket ein beiseite; denn immer aktueller wird die Frage: wie lange noch soll das Volk diese Politik gefallen lassen kann und wird?

## Das Wohnungswesen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet.

Aus gelegentlichen Veröffentlichungen wie aus einigen Erörterungen im Reichstage ist es längst bekannt, daß die Wohnungsverhältnisse im größten deutschen Industriegebiet, das rheinisch-westfälische Industriegebiet, sehr elend sind. Daß sie den Londoner Slums, die wegen ihres Elends und Schmutzes eine traurige internationale Berühmtheit erlangt haben, getrost an die Seite gestellt werden können. Zwar erstreckt dort Bau und ganze Straßenzüge, ja ganze Stadtteile oft binnen weniger Jahre; aber trotzdem wuchert das Elend weiter. Sobald ein Industriegebiet, wie man mit treffendem Witz die Schornsteine genannt hat, erschaffen ist, wachsen um ihn herum in vier, fünf Monaten die Wohnhäuser wie Pilze aus dem Boden. Entweder niedere, das schmerzhaftende Auge des Bauverständigen beleidigende Rechenhäuser, sogenannte Rechenkolonien, oder nicht minder abstoßende Mietskasernen mit allen Attributen des Häßlichen, Falschen und Unethischen. Diese Häuser werden gewöhnlich so schnell wie irgend möglich, oft noch vor der völligen Fertigstellung, bezogen. Aber auch dort, wo dies nicht geschieht, machen sie einen durchaus unangenehmen Eindruck. Häufig kommt es vor, daß Gebäude so aufgeführt werden, als wenn sie außen geputzt werden sollten; während das Baues kommt dann irgend etwas davon, daß der Bauherr wird anderen Sinnes, vielleicht ist auch das Geld aus, oder der Eintritt von schlechtem Wetter macht das Putzen unmöglich, dann bleiben die Gebäude einfach so wie sie sind. Oft werden noch nicht einmal die Gerüstbänder vermauert.

Um den Eindruck des Unfertigen zu verdecken, bleiben nun auch die Straßen in ihrem urwüchsigen Zustande. Manchmal sind es frühere Feldwege, manchmal auch das noch nicht, sondern einfache Selbstflur, die die einzige Befestigung dem Wagenverkehr, dem Fußgänger und dem stets reichlich daraufgeworfenen Unrat, wie alte Pfahnen, Konterbänken usw., verbannt. Wo nicht die Rechen selbst die Straßen ausbauen, und sie tun es natürlich nur, wenn sie in ihrem Eigentum liegen und auch für den Betrieb in Betracht kommen, da bleiben sie jahres, nein, jahreslang so, wie wir sie beschreiben, je nach der Jahreszeit Müllbänke oder langgestreckte Kloaken.

Indes, so mag man fragen, was hat das mit den eigentlichen Wohnungsverhältnissen zu tun? Sehr viel, wenn man die Wohnung nicht mit den vier Wänden der überdachten Räume für abgeschlossen hält. Der Charakter der Wohnung wird nicht allein durch die eigentlichen Wohn-

räume, sondern auch wesentlich durch die Umwelt gebildet: durch das Äußere des Hauses, durch den Zugang, durch die Beschaffenheit der Luft usw. Es mag Menschen geben, die sich auch inmitten des ärgsten Schmutzes ihr Heim bequem und reinlich gestalten können und sich wohl darin fühlen, aber sie werden Ausnahmen bilden; für die Mehrheit sind diese Umstände von bestimmender Bedeutung.

Aber auch wenn dem nicht so wäre, würden die Wohnungsverhältnisse die härteste Verteilung verbieten. Der häufigste Zug im Wohnungswesen des Industriegebietes ist die Überfüllung der Wohnungen, die natürlich ihre sozialen Ursachen hat, auf die wir noch zu sprechen kommen. Was die Überfüllung selbst anbelangt, so seien zwar leider umfassende Darstellungen davon; man ist auf die Ergebnisse privater Untersuchungen angewiesen, die sich natürlich immer nur auf einen kleinen Kreis des großen Gebietes beschränken. Wir wollen einige davon im Auszuge wiedergeben. Der Landrat Spring veranlaßte im Jahre 1897 im Kreise Sörde eine Wohnungsenquête, die sich auf 106 Häuser mit 280 Wohnungen erstreckte. Davon bezeichnete der Ratrat 88 pSt. als in jeder Beziehung zur Verberberung von Menschen ungeeignet. Feucht waren 144 Wohnungen; bezüglich der Aborte genigten nur 60 Wohnungen den allerbescheidensten Anforderungen; 48 pSt. aller Wohnungen waren überfüllt, 21 pSt. sogar hochgradig überfüllt. In den 250 Wohnungen lebten 1876 Menschen, darunter 612 Kinder. 57 pSt. der Wohnungen bestanden nur aus Küche und Schlafstube. Dr. Lorenz Pieper, einer der Leiter des katholischen Volksvereins, untersuchte die Wohnungsverhältnisse in „Eisenkirchen-Neckendorf“. In 130 Häusern hausten 695 Familien. 300 bewohnten nur je 2 Räume, in 86 zweiräumigen Wohnungen bestanden sich 5 bis 8 Personen; in je einem Raum wohnten 2 bis 6 Personen! 107 Familien mit 2 bis 6 Angehörigen besaßen nur je ein Bett! Nur eine Minderheit besaß für jeden Familienangehörigen je ein Bett! Daß zwei Personen (erwachsene) zusammen ein Bett benutzten, ist im Industriegebiet vielfach die Regel. Nicht selten stehen 2 bis 4 Betten in einem Zimmer für 4 bis 8 Personen. Wenn die zwei Tagelöhner und Bettgenossen in der Frühe zur Schicht gehen, dann kriechen als „Abtätigung“ zwei Nachzügler in das kleine Bett! Das ist insbesondere dort der Brauch, wo eine Menge Kostgänger oder Schlafkuryen gehalten werden.

Diese Stichproben bieten nun nicht etwa Resultate, die man als Ausnahmen ansehen könnte, im Gegenteil, sie beziehen sich ja auf Gebiete, die zu den alten Industriezentren und somit immer noch besser gestellten Gegenden zu rechnen sind. Welches Wohnungswesen würde uns erst entgegengähnen, wenn eine gründliche Untersuchung, die sich auf das ganze Industriegebiet erstrecken müßte, vorgenommen würde. Von einem der neueren Bezirke, der Gegend von Marzahn-Neumühl usw., hat der sozialdemokratische Abgeordnete Hengstbach in der letzten Session des Reichstages ein Bild entrollt, das ebenso abschreckend wie wahrheitsgetreu war. Von den Behörden wird so gut wie gar nichts gegen das Wohnungswesen getan. Von allen dortigen Städten hat nur Essen eine Wohnungsinpektion, die freilich auch nur recht wenig helfen kann. Im Jahre 1906 wurden insgesamt 8361 Wohnungen, das sind 12 pSt., inspiziert. Von diesen wurden über 57 pSt. als unzulänglich beanstandet; dabei ist es charakteristisch, daß 16 Wohnungen beanstandet wurden, weil keine Fenster darin waren! In dem Bericht der Inspektoren heißt es, daß man 3569 Schlafzimmer untersuchte, die größtenteils aus als Küchen benutzt wurden. Mehrfach wurden „zwei Ausstattungen in einer gemeinschaftlichen Wohnung angetroffen“. Auch

## Die Architektur des Salzriegelbaches.

Von Fred Noob.

(Manuskript verboten.)

Die Maler alter Städtebilder lassen uns mit Vorliebe von erhöhtem Standpunkt aus in die Stadt hinabblenden, um uns die charakteristischen beweglichen Linien der alten Riegelbäche zu zeigen, die in der Tat diesen Städten ein ganz reizvolles Gepräge verleihen. Nicht allein die Harmonie der roten Dachsteine mit dem Grün der Umgebung, sondern auch die Wellenlinien der schuppenartigen Einbedung, die sich auch an den Gärten und in den Reiten nicht an das Dächergerüst ansmiegt, reizen das Auge des Malers wie das des modernen Architekten. Und so soll ja auch ein Dach beschaffen sein; es ist die Decke, die wir über das Haus breiten, getragen von den festen konstruktiven Zeilen, die sich naturgemäß an der Fülle, den Reiten und Gärten abgeben.

Nun sind aber neuerdings an die Stelle dieser Silber-schuppenbäche, die allein diesen schuppenartigen Charakter aufweisen, größtenteils die Salzriegelbäche getreten, die in konstruktiver Hinsicht als recht vollkommen bezeichnet werden dürfen. Aber diese Vollkommenheit der großen, schweren Platten, bedingt durch das korrekte und wasser-dichte Zusammenfügen der Riegel auf zwei, ja sogar auf drei Seiten, ergibt eine sehr unerwünschte Regelmäßigkeit in der Erscheinung des Daches. Es erhält einen steifen, plattenartigen Charakter und wird außerdem durch die Rinnen in sehr ungeschöner Weise in mehrere ungleichmäßige, winzige Felder zerschnitten; denn ein Eindecken der Reiten mit diesen schwerfälligen großen Salzriegeln ist ganz unmöglich. Dazu kommt, daß sich ein aus lauter

regelmäßig geformten Platten bestehendes Dach genau wie das Schieferdach viel zu leicht aussticht; es fehlt also absolut nicht den Charakter jener reizvollen Schuppenbede, die sich dem Dächergerüst in allen Teilen ansmiegt. Wenn man nun in solch eine Dachfläche — wie das vielfach geschehen ist — gar noch Muster einlegt, womöglich aus glanzgebenden und großgrün glasierten Steinen, so kommt gerade durch die Regelmäßigkeit des Musters dieser korrekte, steife und plattenartige Charakter des Salzriegelbaches so recht in Erscheinung. Auf das Auge eines ästhetisch empfindenden Menschen wirken nun diese in die Dachfläche eingelegten geometrischen Muster, Jahreszahlen und Buchstaben geradezu furchtbar.

In jüngerer Zeit ist man glücklicherweise mehr und mehr davon zurückgekommen; man sucht vielmehr die unerwünschte Regelmäßigkeit des Salzriegelbaches durch eine Art willkürlicher Musterung zu ersetzen, indem man das Dach mit Steinen bedeckt, oder verputzt, oder farbige Platten in der Weise einlegt, daß man die Steine mischt und nun dem Zufall die Schattierung der Fläche überläßt. Der malerische Effekt dieser modernen Musterung des Salzriegelbaches ist ganz überraschend, namentlich wenn man nicht die großen, schwerfälligen Doppel-salzriegel, sondern die nach Art der Silber-schuppen bogenförmig ab-geschlossenen kleinen Freimalbaur Salzriegel (Sieghart Sturm) verwendet. So geben z. B. hellere und dunklere Riegel, die in das dunkelste und superfeine Dach aus Freimalbaur Steinen eingelegt werden, ebenso hell und dunkelgrün glasierte Riegel auf schiefelbäuerlichen Fundamenten ausgezeichneten Effekt. Zu diesen Freimalbaur Riegeln werden auch besondere schmale Steine geliefert, mit denen man die Reiten vollkommen auskleiden kann, so daß man

der Rinnen kein Bedarf. Ein Dach aus derartig kräftig profilierten Steinen mit welliger Oberfläche, die sich gleichmäßig über First, Grat und Reiten breitet, macht das Bauwerk interessant und belebt zugleich die Landschaft.

Es ist also auch bei Verwendung von Salzriegeln sehr wohl möglich, die Konstruktion des Daches zum Ausdruck zu bringen und den Wünschen des Architekten in dekorativer Hinsicht Rechnung zu tragen, sofern man nicht aus konstruktiven Rücksichten die ästhetischen Fragen völlig vernachlässigt. Daß die Architekten, obwohl sie sonst die Vorteile des Salzriegels durchaus anerkennen, sehr häufig nur durch die Schwerfälligkeit des Materials von dessen Verwendung abgesehen werden, geht aus aus einer Bemerkung des Herrn Baurats Noob im Berliner Architektenverein hervor. Es handelte sich um die Frage, ob sich die Formen für Salzriegel oder wenigstens deren Größe einheitlich regeln lassen. „Dieses Dach“, sagte Bauat Noob, „ist sehr in Aufnahme gekommen und tritt mit allen untern Riegelbächen in Konkurrenz. Dagegen dürfen wir uns doch nicht dem verschließen, daß das Salzriegeldach unter den sonstigen Riegelbächen wohl die unterste Stellung einnimmt, daß es eine ganz harte, schwerfällige Deckung ist, die bei Gärten und Reiten häufige Linien zeigt. Es lassen sich die Reiten nicht mit einzeln.“

Dieser Uebelstand wird nun aber durch die kleinen Freimalbaur Riegel, die nur Reite an den beiden Seiten besitzen und im Verein mit passenden schmalen Reiten Verputzung finden, vollkommen beseitigt. Die Salzriegel-fabrikanten werden also bei ihrem gegenwärtigen Bestreben, eine Einigung hinsichtlich der Größenverhältnisse herbeizuführen, dieser Forderung der Architekten ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.



in Neubauten, wo Haustüren und Fenster fehlten und die Deckungen notdürftig mit Säcken verschlossen waren, wurden mehrfach Familien angetroffen."

Suchen wir nun nach den Ursachen dieser Zustände, die wir als eine Schmach des deutschen Landes bezeichnen, so stoßen wir zunächst auf die enorm hohen Wohnungsmieten, die ihrerseits freilich wieder den struppellosesten Bodenwucher zur Ursache haben. Nach der Statistik des Reichsamtes der Deutschen Buchdrucker, beruhend auf bezüglichen Mitteilungen, betrug 1905 die Miete für eine dreiräumige Wohnung in Bodum, Dortmund, Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Witten 240 bis 270, in Cassel, Mainz, Strassburg, Nürnberg, Halle, Breslau, Königsberg 152 bis 205.

Und diese hohen Mieten dienen dazu, den schmaleren Bodenbesitzern den immer häufigeren Schnabel zu stoßen. In Bodum zahlte man für einen Hektar Boden im Jahre 1880 10 500 bis 14 000, im Jahre 1902 84 000; in Meiningen 1880 520 bis 2400, 1900 dagegen 28 000; in Göttingen 1883 4800 bis 6000, im Jahre 1902 175 000. Diese Beispiele liegen sich noch beliebig vermehren. Es ist empörend, wie es hier einer kleinen Gruppe Terrainspekulanten gestattet ist, auf Kosten der breiten Volksmasse ungeheure Mietenprofite einzufrieden, ohne auch nur eine Spur produktiver Arbeit zu verrichten. Diesen Zuständen sind die elenden Wohnungsverhältnisse in erster Linie zu danken.

Neulich lasen wir in einer amerikanischen Zeitung, wie eine Studienkommission, die von Amerika nach Europa gegangen war, um die selbständige Industrie kennen zu lernen, dem Fortschritt gerade der deutschen Industrie ein begeistertes Loblied singt:

"Die zwei hauptsächlichsten Schlussfolgerungen, auf die sich alle amerikanischen Mitglieder der Studienexpedition einigten, sind der außergewöhnliche Wohlstand und der außerordentliche wirtschaftliche Fortschritt Deutschlands. Alle bisher besuchten 35 Werke waren mit Ausnahmen überhäuft, und reichte waren für mehrere Jahre hinaus mit Aufträgen versehen. Die Leistungsfähigkeit der Fabriken sei seit 1903 fast um 100 pZt. gestiegen, da die deutschen Fabrikanlagen sich überall die amerikanischen Methoden zu nütze gemacht hätten und es verstanden, Werkzeuge, Maschinen und Arbeiter aufs höchste auszunutzen."

Hätten die Amerikaner nicht nur die Werkstätten besucht, wo die Schöpfer von Deutschlands Wohlstand arbeiten, sondern auch die Häuser, in denen sie wohnen, so hätten sie gesehen, daß die Masse des Volkes von dem außergewöhnlichen Wohlstand verdeckelt wenig verspürt. Die Wohnungsverhältnisse im Industriegebiet sind eine flammende Anklage gegen den Kapitalismus; denn nirgend hat er sich glänzender entfaltet und nirgend herrscht er unumschränkter als hier. Auf diesem Boden, aus dem Schätze über Schätze gegraben werden, der Deutschlands Machtstellung in der Weltwirtschaft begründet hat und bis in eine ferne Zukunft sichert — auf diesem Boden nimmt die Arbeit, die Trägerin aller Werte, die verachtete Stellung ein. Zu der Ausbeutung und Verwahrlosung gesellt sich die ungerechteste polizeiliche Unterdrückung der Arbeiter. Und an diesem Werke arbeitet alles, was zu den besten Klassen gehört. Ob "kredytgläubige Katholiken" oder "liberale Freigeister", sie alle tragen die Schuld daran, denn sie haben die politische Macht in den Gemeindeverwaltungen, von denen hier viel gesehen könnte. Es ist in den letzten Zeiten oft die Rede davon gewesen, wie die sozialdemokratische Arbeiterbewegung eine Feindin der Kultur sei; nun, hier haben wir ein Werk des in höchster Blüte stehenden Kapitalismus vor uns. Ist dies die Kultur, die er uns bringen will? Stellt dies Konglomerat von Schmutz und Rot das Kulturdideal der besthenden Klassen dar? Dann freilich wollen wir mit Freuden als dessen unerbittlichster Feind gelten.

### Arbeiterelend.

Anlässlich des Vergarbeiterstreiks in der Niederlausitz gibt ein mit den Eigentümern des Bergbaues vertrauter Besucher des dortigen Reviers dem "Bodumer Volksblatt" folgende Schilderung des dortigen Arbeiterelends:

Durch willkürliche, ungewöhnliche, fälschlichen Boden, über Berg und Tal, an üppig wuchernden Brombeerräucher, vorüber, über Schienen und Wasserläufe, gelangen wir wieder von alter Kultur mitten hinein in dies, welches Land: Dort sind die Kaserne.

Früher waren es Schuppen für Geräte, Sandwerkzeug, Maschinen für Feldbahnen und dergleichen. Als die Arbeiter in den Tagebau sich weiter vorwärts schoben, wurden die alten Schuppen verlassen und neue aufgeführt. Von nun an dienten die verlassenen Hütten als Aufenthaltsort für Menschen und man nannte sie Kaserne. Eiserne Bettstellen stehen darin übereinander, das Dach wird gestützt durch eine aufrecht gestellte Stütze, es fällt von vorn nach hinten etwas ab. Die ganze Höhe vom Erdboden beträgt etwa 9 m. Die erste Kaserne ist fast verlassen, ein Hausen alter, verrosteter Bettstelle liegt davor und im Innern risten sich die letzten Anlassen — junge Vergleite polnischer Nationalität — zur Weile. Im Hinblick auf die Bewegung ist etwa 14 Tage vorher noch rasch etwas gewischt worden. Trotzdem sieht das Ganze einer schmutzigen, gähnenden Höhle ähnlich. Auch die zweite Kaserne ist wenig besetzt. Die Anlassen sagen uns, daß

im Winter die Räume mit 30 und mehr Leuten angefüllt seien. Die Arbeit auf den großen Gütern hört dann auf und die Vermieten finden Unterschlupf bei den Abraumunternehmern in den riesigen Kagebau der Kohlenwerke. Sie schlafen in den Kasernen für 5 3 täglich, erhalten Mittagbrot für ungefähr 30 3 aus der Kantine, kaufen sich Brot, Schmalz usw. dazu und schneiden den Rest des Geldes in die Seimat, oder sie brauchen ihn für — Schnaps. Die ganze Bude war schwarz veräuchert, auf einer rohen, schmierigen Tafel stand allerlei Geschirr, von dem Dache hing so etwas wie eine Lampe. Man brachte uns einen Eimer Wasser; es sah schmierig aus, hatte einen dicken roten Rand am Boden und die Wände des Gefäßes ab, oben darauf standen handtellergroße Fettsaugen. "Stinkt wie Mist!" erklärte uns ein biederer Galizier in gebrochenem Deutsch.

Wir wanderten auf ungepflasterten Wegen zurück nach den neuen Werkwohnungen der Niederlausitzer Kohlenwerke A. G. in Zschipkau. Sie stehen in einer Reihe, Ställe und Schuppen dahinter und sehen ganz freundlich aus. An Miete sollen die Arbeiterwohnungen 17, die Dachwohnungen 5 50 pro Monat. Aber hier waren die unteren Wohnungen feucht. Ein Mann lag krank im Bett, hart an der nassen Wand. Auf unsere Ausrufung, daß er hier doch nicht gesund werden könne in dem dampfenden Raume, irrten die mageren Hände greifend und suchend auf der Bettdecke umher; nach vergeblichen Anstrengungen, den Kopf höher zu bringen, kamen, schwelche die Worte hervor: "Wo soll hin? Kann ... doch ... nicht ... fort." "Auch der sanft der Mann zurück." Bei einer Frau, die kein Deutsch verstand, deren Mann aber einen intelligenten Eindruck machte und als Dolmetscher fungierte, fanden wir als vornehmste Ausstattung über der Kommode einen Spieghel. Er umrahmte allerhand Heiligenfiguren, in der Mitte das Bild des gekreuzigten Jesus. Sonst alles verstaubt; nur die eine Ecke war blühend, bunt und glänzend.

Keine fünf Minuten von der Station Mettwitz entfernt steht eine große Zigarettenfabrik. Entschieden sind es zwei, die aber so dicht zusammenliegen, daß sie in eine verschmolzen scheinen. Zusammen stehen hier zwölf Breiten der "Zreuzherz", und "Kleib" Marke. Den meisten Oeffnungen der kurzen edigen Schöte entströmt ein Tag und Nacht die braune Schwaden eines feinen trockenen Kohlenstaubes. Der Wind trägt ihn kilometerweit fort. Im weiten Umkreise ist Klar und Feld mit einer dicken, höchsten Staubschicht überzogen, Pflanzen und Gäser erliden darunter, alles wird gelöst, dahin lenken wir unsere Schritte. Keine 100 m von den Gebäuden der Fabrik, im Bereiche des dichtesten Staubs und Schwebstaubs, die bollen Werkstätten der Fabrik angefüllt, steht eine Reihe Werkwohnungen, Herrn J. Zreuzherz gehörig. Staub überall, Staub im Essen, auf Kleidern, in Betten, Möbeln, Kammern und Stuben; in Mund und Nasenhöhle. Wir eilen in jedes Haus, wir durchwandern es von unten bis oben, schauen vor uns nichts, kriechen überall hin: Schmutz, Staub, namentlich so, daß es graßlich ist.

Auf einer Anhöhe liegen grau-abgeputzte, mit grünen Fensterläden versehene, verhältnismäßig hohe und stattliche Häuser, eine förmliche Kolonie. Es sind die neuen Familienhäuser der Zreuzherz. Auch die Steiger, Aufseher und andere Beamte wohnen da. Hier war es luftig, die Wohnungen geräumig. Aber auch die Mieten waren dementsprechend! Eine Wohnung kostete hier oben 100 jährlich, in den Beständen unten vor der Fabrik 48 zu ebener Erde und 30 unten Dach. Der Gegensatz im Äußeren und Innern, das Aussehen der Möbel, Wäsche usw. und vor allem der Bewohner, war ein so in die Augen springender wie Tag und Nacht. Hier lag der Einfluß des Wohnungsverhältnisses auf die ganze Entwicklung des Menschen klar vor aller Augen: Angenommen, zwei Familien kongen gleichgültig, mittellos und unter gleichen äußeren Umständen im Revier an. Ausfall wird der einen Familie eine "obere" Wohnung zu 100 jährlich angewiesen, die andere zieht in eine Höhle — oder muß hineingehen — zu 30. Angenommen auch, beide Männer verdienen gleich viel, ihre Familien wären gleich stark und beide ähnelten sich auch in Charakter- und sonstigen Eigenschaften. Nach Jahren würde zweifellos die so elend untergebrachte Familie geistig und körperlich verkommen sein. Krankheit und Siedtum wären ständige Gäste, der unheimliche Schmutz und Staub, der den nichts so schüligen ist, der das ganze Wirtschaftsleben befördert, allmächtig in den Wohnungen schollte und waltete, hätte den Mann ins Werkshaus getrieben, der Schnapsflucht in die Arme geworfen, die Frau in Verzweiflung und Stumpfheit, die Kinder in Krankheit und Tod getrieben! Diese Erkenntnis nimmt jeder von den Werkwohnungen mit, der mit Verstand, Gefühl und Liebe zum Volke sich da hineingewagt hat!

Weiter als aus dem Bereiche des Staubs, inmitten eines Gartens und idyllischer Ruhe liegen die Kontore. Nicht dabei ist die Villa des Direktors. Es ist ein herrliches Fleckchen Erde, worauf er wohnt, doppelt wohlhabend für das Auge, das vorher so Schreckliches gesehen. Einziges junges Grün, alter Baumbestand, wohlgepflegte Blumenbeete, dahinschwebende Lauben und gewundene Gänge, schon gemacht und mit Kies bestreut. Das gibt uns den Eindruck, daß wir wieder von alter Kultur mitten hinein in dies, welches Land: Dort sind die Kaserne.

Nachdem wir tief hineingeblickt in die Arbeiterverhältnisse im Niederlausitzer Kohlenbaugebiet, wandern wir uns über nichts mehr. Der Schlüssel zu der vorhergehenden Misshandlung, der großen Kriminalität, dem dumpfen Dahinbrüten, dem ewigen Kommen und Gehen, der Ruhelosigkeit und Unruhe großer Arbeitermassen ist gefunden: Er liegt in den elenden Wohnungsverhältnissen! Diese sind die stärksten Wurzeln der ewigen Gärung und Unzufriedenheit. Solange hier nicht ganz gründlich reformiert wird, wird es nicht anders werden. Man glaube ja nicht, daß es den Leuten unbenommen sei, in Privatwohnungen zu ziehen oder abzureisen. Agenten haben sie angeworben, bitterste Not trieb sie aus der Seimat fort. Der Kontrakt bindet sie an den Ort ihrer Ankunft, ihre Widerstandskraft ist gebrochen, willenlos lassen sie alles über sich ergehen. Soeben ist eine Zeitlang in den Höhlen gewohnt, nimmt sie kein Privat-

mann mehr ins Haus. In der wenig bebauten Gegend sind die Wohnungen rar und die Hauswirte können sich ihre Mieter aussuchen. Ein jahrelanges Wohnen in den Kasernen der Werke muß demoralisierend, verblümmend und verdrönd wirken. Im schlechtesten Gefängnisse und Ruchthaus ist es besser. Das Geschrei würde die ganze Welt erfüllen, wenn es dort so ausfiele, wie in der "Freiheit Niederlausitzer Werkstaten". Es ist ein erschreckendes Zeichen von Kulturhöhe, daß lebige oder alleinlebende Polen, Galizier usw., wenn sie halbwegs die Mittel zur Weiterreise haben, den Fleischtöpfen der Niederlausitz den Rücken kehren. Es ist kein Zufall, daß die Befehlshaber der "Yse"-Werke nicht mittreiben. In wohlverstandenen kapitalistischen Interesse hat die Direktion Häuser bauen lassen, in denen sich die Leute wohl fühlen können. Darum ist hier auch ein gewisser Stamm alter Leute vorhanden. Die "Niederlausitzer Kohlenwerke A. G." haben lieber im vergangenen Jahre nach Abschreibung von 750 000 den Mitgliedern des Aufsichtsrats fast eine Viertelmillion in den Hals geworfen und 10 pZt. Dividende gezahlt, so daß sich das investierte Kapital in einem Jahre mit 22½ pZt. verzinst hat, als daß sie in ihren Werkshäusern auch nur etwas Ordentliches hätten machen lassen.

An die Masse der Kapitalisten sei hier nicht appelliert. Aber die Kommunen, der Landrat, die Regierungsbehörden der Provinz, die Minister, der Staat hat hier die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, einzugreifen! Es ist einfach ein kulturwidriger, ungeheurer Skandal, daß im Herzen des deutschen Reiches Leute wohnen, die Tag und Nacht den verderbenden Wirkungen permanenter Staubwolken ausgesetzt sind, die weder Wäsche ordentlich waschen noch trocknen können, die kein Fenster öffnen, kein Kind auf die Straße schicken können, denen der Staub in der Nacht die Nasenschleim verstopft, und denen andererseits wieder Katten die Wäsche und Speisen fressen; denen die Möbel und Betten faulen, die dahinsinken müssen, weil eine gelbgerige Schaar profitgieriger Plutokraten ihnen das zum menschenwürdigen Wohnen nötige vorenthalte!

Wer da glaubt, es sei nicht so, sei übertrieben und unwahr, der mag hingehen: Die Orte, von denen hier die Rede war, sind Mettwitz und Zschipkau, beides Stationen an der Bahn Finsterwalde-Senftenberg; ein Führer wird sich gerne bereit finden. Und wer da hinget, wird Eindrücke mit nach Hause nehmen, die er im Leben nicht wieder vergißt. Damit ist auch die so herrlich geriefene "Arbeiterfürsorge" gekennzeichnet: Ein größerer Schwindel war noch nie da!

### Wirtschaftliche Rundschau.

Geldmarkt und Quartaalsansprüche — Reichsbank — Staatsanleihen — Allgemeine Produktionskonjunktur — Kupfer — Bananmarkt — Getreide.

Der Getreidemarkt hat noch einen gefahrenbergenden Termin vor sich: Die Ende von September zu Oktober. Es ist bekannt, welche Zahlungen sich hier häufen. Zu den gewöhnlichen Quartaalsforderungen für Mieten, Gehälter, Rinsen, Dividenden, für die großen geschäftlichen Abrechnungen der Werke und des normalen Warenhandels, die immer mit Vorliebe auf den Quartaalschluß lauten, tritt in den heranahnenden kritischen Herbsttagen vor allem noch ein enormer Bedarf der Landwirtschaft an Zahlungsmitteln. Die Natur, der natürliche Produktionsprozeß selber, bringt es mit sich, daß in diese Jahresperiode der Hauptumsatz aller Ernten fällt: die Ernten bewegen sich, vom Felde hinweg, durch den Handel hindurch dem Konsumenten zu, aber natürlich immer auf goldenen Nädeln, das heißt unter Anspruchsnahme großer Bargeldmassen und ihres Ersatzmittels. Daraus hat sich ganz von selber die soziale Lausade ergeben, daß die Landwirtschaft ihrerseits wieder ihre Zahlungsstermine für Hypotheken, Anleihen, für Pachten, Versicherungsgelder, Rohrentgelte, für Voranschuldigungen aller Art — möglicherweise auf den gleichen Zeitraum festzusetzen bemüht war. Hierdurch kommt es, daß die Geldmarktanspannung Ende September oft den Jahreschluß übertrifft, obwohl am Jahresende zu den außerordentlich umfangreichen Geschäftsabwicklungen noch der eigenartige (Gelb-) Geldbedarf und Warenumsatz von Weihnachtssich hinangestrichelt. Unter dieser für michigen Herbstanfrage heigerte die Reichsbank seit 1902 jedesmal, mit Ausnahme des einen Jahres 1903, ihren Pinksch kurz vor oder kurz nach der Herbstanfangswoche — 1906 sogar zweimal, nämlich in der dritten Septemberwoche von 4½ auf 5 pZt., in der zweiten Oktoberwoche, zum Teil schon, um sich auf den Jahreschluß mit vorzubereiten, von 5 auf 6 pZt.

Man erwartet nun dieses Jahr ein Unterbleiben der Herbstdiskontenerhöhung, weil in den letzten Wochen überall die großen Zentralbanken ihre Stellung festigen konnten, allerdings, wie die Leser wissen, unter energischem vorherigen Gebrauch der Diskontsenkung (heutiger Diskont der Bank von England 4½ pZt., der Deutschen Reichsbank 5½ pZt.). Speziell der letzte Reichsbankausweis für die mit dem 14. September schließende Woche zeigt eine wesentliche Kräftigung. In dieser Woche nahm der Metallbestand und die sonstige Bedung um 10,3 Millionen Mark zu, bei einem Abgang des Notenumlaufes um 13,1 Millionen Mark, so daß sich eine Besserung um 2,2 Millionen Mark ergibt. Die steuerfreie Notenreserve, die in der Vorwoche 15,1 Millionen Mark betrug, erhöhte sich infolgedessen auf 4,25 Millionen Mark — während im Vorjahre die steuerfreie Notenreserve in der entsprechenden Woche sogar zusammenfassend (von 82,5 Millionen Mark auf 24,04 Millionen Mark), mit der oben erwähnten Wirkung der damaligen Diskontsenkung. Doch hat die Anspannung höchstens gegen das Vorjahr 1906 — und auch hier nicht in allen Beziehungen — nachgelassen, nicht gegen die weiter zurückliegenden, doch auch schon anspruchsvollen Geschäftsjahre. So betrug (Ende der zweiten Septemberwoche) zwar diesmal, wie gesagt, die steuerfreie Notenreserve über 41 Millionen Mark, und 1905 nur 24 Millionen Mark; aber 1906 hatte man noch immer 116 Millionen Mark in Reserve, und 1904 sogar 191 Millionen Mark. Der Metallvorrat betrug diesmal zwar 862 Millionen Mark und 1905 nur 847,6 Millionen Mark; aber 1905 verfügte man hier über 908 Millionen Mark und 1904 über 914,6



Millionen Mark. Im Wechselbestand stiegen wir dieses Jahr sogar auf eine Höchstsumme (für die zweite Septemberwoche): 1907 1082 Millionen Mark, 1906 1073 Millionen Mark, 1905 1051 Millionen Mark, 1904 sogar nur 771 Millionen Mark. Doch scheint nunmehr die größte Stille an den Börsen und im sonstigen Geschäftsleben ein erträglicheres Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage von Geld und Kapital vorzubereiten.

Mit der Wahrscheinlichkeit eines normaleren Zinsfußes und mit der nicht ganz wackelnden Gegenwart und Zukunft der Industrie haben natürlich die fest- und niedrigerzinslichen Anlageverträge, mit den Staatsanleihen an der Spitze, eine immerhin fühlbare Kursaufbesserung erfahren. Waren sie bisher die vernachlässigten Waisenbrüder, weil jedes freigeordnete Geldkapital lohnendere Anlagephären fand, so sind sie jetzt das Kapital wieder viel mehr zu. Die dreiprozentige Reichsanleihe war im August bis auf 81,80 gefallen, sie stand am 21. September 83,90, also 2,60 pSt. höher. Die 3½-prozentigen preußischen Konjunktionsanleihen waren im August bis auf 92,10 zurückgefallen und stehen nunmehr auf 93,90, also 1,80 pSt. höher. Sollte die Geldmarktlagerung, vor allem nach dem Jahresabschluss, sich fortsetzen und sollten, bei weiterer rückgängiger Konjunktur, die Industrieleihen eher noch mehr bedrängte wie gesucht werden, so würde die Zeit der Staats- und Kommunalanleihen, der Pfandbriefe und ähnlicher festverzinslicher Werte von neuem kommen. Bis jetzt ist hier noch alles in der Schwebe, denn von einem scharfen Rückgang der allgemeinen Konjunkturlage ist noch immer keine Rede, sondern nur von einer ruhigeren Gangart im allgemeinen und von Rückschlägen auf einzelnen Produktionsgebieten.

Ziehen wir das Ausland mit in Betracht, so zeigen in England schon die stürmisch hervorbrechenden Konjunkturbewegungen, meist keineswegs ohne befürchteten Akt, daß man durchaus nicht unter dem Gefühl einer begrenzten Wirtschaftseinschränkung steht, obwohl nach der „Labour Gazette“ der Monat August eine gewisse Abnahme im Schiffsbau, und zum Teil auch im Maschinenbau, mit sich brachte. Alle 749 000 Arbeiter beschäftigten sich mit der Arbeit, und zwar waren ausschließlich Lohnnebenarbeiten, wobei freilich nicht vergessen darf, daß dabei 733 000 Kohlenbergwerke in Betracht kamen und daß, wie bei uns, die Kohlenproduktion im Augenblick abnorm, günstige Preise erzielt.

Aber auf der am 19. September abgehaltenen Generalversammlung des deutschen Stahlwerkesverbandes war der Ueberblick über die Marktlage gleichfalls durchaus zureichend. Die August-Verkaufsziffern zeigten eine ungewöhnlich angespannte Beschäftigung, und bis Ende des Jahres sei, trotz der noch fehlenden Staatsbahnbestellungen, mit der gleichen Beschäftigung zu rechnen. Ebenso wenig wie zu Produktionsbeschränkungen liege bei dem Verbands ein Anlaß zu Preisermäßigungen nicht vor.

Bestimmtere Schlussfolgerungen lassen sich aus dem immer tieferen Preisfall des Kupfers, dieses für große moderne Industriezweige immer wichtiger gewordenen Metalles, ziehen. Standardkupfer hatte dieses Jahr in London seinen Höchstpreis mit über 110 Pfund Sterling erreicht, stand noch am 21. August auf 80 Pfund Sterling und notierte die letzte Woche 65–67 Pfund Sterling. Zum Teil ist das nur ein spekulativer Zusammenbruch, da hier bei der schmalen Produktionsgrundlage, bei der lange Zeit geringen Vorräten Aufkäufe und Einperrungen ziemlich konnten. Doch scheint eine wirkliche Verminderung des industriellen Verbrauches, in erster Reihe in Amerika, mitzuwirken. Wie immer, schrempfen die Einkäufe alsdann auch dadurch ein, daß jedermann erwartet, er werde später seinen Bedarf noch billiger decken können.

Von dem zeitweiligen Nachlassen der Geldmarktpannung spürt der Grundstücks- und Baumanbau, für den im wesentlichen nur dauerndere Zinssätze in Frage kommen, noch immer nichts, und an verschiedenen Orten kündigt man deshalb kritische Verhältnisse an. In Berlin zählt man für erste Hypotheken etwa 5 pSt. Zinsen, nur ganz kritische Objekte machen eine Ausnahme. Geld für zweite Hypotheken ist um vieles schwerer zu erhalten, Baugelder sind noch schwerer aufzutreiben; Sammo und Provisionen werden zu einer immer drückenderen Belastung des Kreditkuchens.

Die Getreidepreise zeigen, unter vorübergehenden Schwankungen nach abwärts, noch immer im großen und ganzen ein Aufsteigen. Septemberwochen notierte am 21. September A 229–228½, also etwa den das letzte Mal für den 7. September mitgeteilten Preis – dagegen Roggen A 209½–209¼ (statt A 205½–206¼). Man sieht nunmehr größere Hoffnungen auf zünftige Ablieferungen und auf eine günstigere Marktsituation.

Berlin, 22. September 1907. Max Schippel.

### Fünfhundert Prozent Dividende!

Die Vörsenblätter bringen folgende Mitteilung:

500 pSt. Dividende zahlt die Internationale Vörsengesellschaft in Erlangen ihren Aktionären. Die Aktien befinden sich zum größten Teile im Besitze des A. Schaffhausen'schen Bankvereins. Der Bruttogewinn ist allerdings in diesem Jahre von 18,3 auf 13 Millionen Mark zurückgegangen; die Aktionäre erhielten im Vorjahre eine Dividende von ebenfalls 500 pSt. Der geringere Gewinn ist auf die Annahme der Vörsenleihe infolge des neuen Vergabesystems zurückzuführen.

Nach Abschlüssen von A. 1906/497 beträgt der Reingewinn A. 9057 853. Die Beamten der Gesellschaft erhalten A. 200 000 Gratifikationen. Und die Arbeiter? Die werden nicht berücksichtigt, wenn sie für Hungerlöhne nicht arbeiten wollen. Hier haben wir wieder einen Beweis dafür, wozu die kapitalistische Marktwirtschaft führt. Denn um ein Monopol zur Ausbeutung der Arbeiter handelt es sich bei der Internationalen Vörsengesellschaft. Die „Germania“ macht zu der Sache folgende absterbende Bemerkung:

Die sozialdemokratische Presse macht natürlich ihre eigenen zu dieser lieblichen Waise, kapitalistischer Gesellschaftsordnung – und vergleicht den Gewinn, den die Aktionäre

für ihre „Arbeit“ einheimen, mit den Löhnen der von der Gesellschaft beschäftigten Arbeiter.

Wie wäre, wenn das Zentrumsbüro sich bemühte, einmal festzustellen, wie viele Männer von „auter christlicher Gesinnung“, treue Söhne der Kirche, sich unter den Aktionären befinden, die den ungeheuren Schmarotzerprofit einheimen?

### Politische Umschau.

Julius Motzler, ein Veteran der sozialdemokratischen Partei, ist im 70. Lebensjahre am 29. September in Leipzig gestorben. Motzler hat Ende der 60er und in den 70er Jahren in Sachsen reger für die Partei und Gewerkschaft gearbeitet; er half in Grimnitz eine Spinn- und Webgenossenschaft und eine Genossenschaftsbuchdruckerei gründen, organisierte die Genossenschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter und wurde 1874 kaufmännischer Leiter des „Vollstaats“ in Leipzig. Unter dem Sozialistengesetz hat Motzler elf Jahre hindurch, erst in Zürich, dann in London, die Geschäfte des „Sozialdemokrat“ geführt, wodurch er unter dem Namen des roten Postmeisters weit und breit bekannt geworden ist. Fünf Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes in die Heimat zurückgekehrt, erlitten die Leipziger Genossen den „roten Postmeister“ dadurch, daß sie ihn 1903 in den Reichstag wählten. Erhe seinem Andenken!

Feind jeder Organisation der von ihm abhängiger Elemente ist das Unternehmertum. Ob sich zwecks gemeinsamer Wahrung ihrer Interessen „genossenschaftliche“ Lohnarbeiter oder Betriebsangehörige organisieren – das ist einerlei, sie werden vom Unternehmertum gleichmäßig schlicht und ungerecht behandelt. Die Steiger im Bergwerksbetriebe haben es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, immer als eine ihrer Aufgaben erachtet, das Unternehmertum im Kampfe gegen die Arbeiterorganisationen zu unterstützen, wie überhaupt das Interesse der Herren gegenüber den Arbeitern maßgebend war. Aber sie selbst haben für das Ruhrkohlenrevier einen Verband gegründet. Und das ist den Herren nun auch ein Dorn im Auge, weil er dazu gelangt ist, sich den Willkürlichkeiten und Ungerechtigkeiten der Grubenbesitzer zu widersetzen. Der Verein der letzteren hat die Vorherrschaft des Steigerverbandes, die Herrn Werner und Maniet wegen ihrer Tätigkeit auf diese Organisation gemahrt.

Welche haben sich dann mit einem Gesuch an den Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen gewandt und gebeten, das Vorgehen gegen die Angehörigen des Verbandes der Steiger zu verhindern. Die Antwort des Vorstandes wurde in der vorletzten Sonntagsnummer der „Mittel-Rhein-Zeitung“ im Anschluß an einige Stellen aus dem Briefe des Herrn Werner zum Ausdruck gebracht. Es heißt darin: Wir sind der Ansicht, daß der von Ihnen geleitete Steigerverband nach seinen bisherigen Verhandlungen und Kumborgungen durchaus nicht geeignet ist, die wahren Interessen der Steiger zu vertreten. Wenn nach Ihrer Zukunft der Steigerverband verlangt, nicht mehr so wehrlos auf Gnade und Ungnade der Willkür roher Vorgesetzter ausgesetzt zu sein; wenn ferner behauptet wird, daß der Steiger ein willkürliches, willkürliches Werkzeug seiner Vorgesetzten sei und deshalb die Verantwortung für Leben und Gesundheit der Arbeiter nicht tragen könne, so ist das ein Vorgehen, welches geeignet ist, die Interessen der Steiger aus der Höhe der Sozialdemokraten in Anspruch nehmen wollen. Wie sind überzeugt, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Steiger bedürftige Aufmunterungen mißbilligt, und halten diejenigen, die ihnen antworten, für durchaus ungeeignet, eine Beamteneinstellung zu versehen.

Das ist derselbe Ton des Verrentungsgeistes, den die Grubenbesitzer stets gegen die Arbeiterorganisationen und deren Vertreter gebraucht haben.

Der Steigerverband hat dann am 22. September in Buer eine Versammlung abgehalten, über welche Zentrumsbüro wie folgt berichtet:

Herr Werner teilte mit, daß sich schon an den konservativen Abgeordneten Stadmann um Unterstützung der Forderungen der Steiger gewandt habe und daß ihm die Unterstützung ausgesetzt worden sei. Nun wollte man sich noch an den Führer der National-liberalen, den Abgeordneten Wasserhoff, und den Zentrumsbüro angeordneten Trimbom mit gleichen Forderungen wenden. In der Diskussion nahm auch der in Buer wohnende Landtagsabgeordnete Bruch das Wort und vertrat, im Landtage nach Kräften die berechtigten Forderungen der Grubenbesitzer und unterstützte sie wolle. Schließlich fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heute in Buer versammelten Steiger des Deutschen Steigerverbandes sprechen ihre tiefste Entrüstung darüber aus, daß die Bergwerksbesitzer im Kampfe gegen die organisierten Forderungen der Steiger zu Maßnahmen gegriffen haben. Sie erklären darin eine Kriegserklärung an den Verband, die durch nichts gerechtfertigt erscheint. Den Führern spricht die Versammlung ihre uneingeschränkten Vertrauens aus und erwartet von ihnen, auf dem beschränkten Wege in dem ihnen durch obige Maßnahme aufgewiesenen Kampfe fortzuführen. In die öffentliche Meinung und an die gesamte Presse richtet sie die Bitte, die Steiger in diesem Kampfe zu unterstützen. Nicht alle Kollegen ist es, durch massenhaften Beitritt zum Steigerverband den Bescheidern die Antwort auf ihre der gelegentlich gedrücktesten Koalitionsfreiheit nach sprechende Handlungsweise zu geben.

Alle konservativen, national-liberalen und Zentrumsbüro angeordneten sollen den Steigern helfen! Und doch wird die Vertretung der Grubenbesitzer ihnen vor, sie wollten die Hilfe der Sozialdemokraten in Anspruch nehmen.

Nun, die werden sie haben, auch ohne daß sie darum bitten.

Mögen übrigens nicht mandem Steiger die Sünden eingefallen sein, die er in Gemeinschaft mit den Herren früher wider die Arbeiterorganisation verübt hat?

Städtischer Arbeiterunterricht in Karlsruhe. Unabhängig von den Fortbildungskursen für jugendliche Arbeiter veranstaltet der Karlsruher Stadtrat von Oktober bis März für Personen des Arbeiterstandes unentgeltliche Unterrichtskurse in Gelehrtsunde, Rechnen, Schönschreiben, Buchführung und Korrespondenz am 20. November. Diese Kurse treten an die Stelle der früher vom Gewerkschaftsrat und Volksbildungsverein mit städtischer Unterstützung veranstalteten Unterrichtskurse.

So harmlos und eigentlich selbstverständlich diese Ansicht der Karlsruher Kommunalverwaltung ist, so verdient sie doch erwähnt zu werden, als ein äußerst charakteristisches Unterscheidungszeichen zwischen Nord und Süd. In Kiel, der neuen Hauptstadt des Kaiserpreußentums, pfeift bestimmt ein ganz anderer Wind. Dort halten die Gewerkschaften zusammen mit der sozialdemokratischen Partei Unterrichtskurse eingerichtet, die gleichfalls lediglich elementares Wissen, wie in Karlsruhe, vermitteln sollten. Zum Unterricht waren einige Volksschullehrer gewonnen worden. Aber siehe da: die Behörden verbot den Lehrern ihre fernere Mitwirkung an der Volksbildung. Welche Gefahr konnte aber auch dadurch entstehen, daß tüchtigste preussische Volksschullehrer sozialdemokratischen Arbeitern und freien Gewerkschaften rechnen und schreiben lehrten! Es ist ganz nett, daß sich das unreaktionäre Wesen des preussischen Junkerstaates so oft und deutlich enthielt; es ist fast kulturfördernd, als der verbündete Elementarunterricht für die kleiner Arbeiter gewesen wäre.

Nach dem Niederreiten und Niederbeten des Niederknüppels! Im Monat der Nacht des 25. Januar wurde es verordnet, daß die sozialdemokratische Bewegung nunmehr vollends niedergedrückt werden solle. Indes, es wurde vorläufig noch nichts daraus. Die atterdunkelste Zufahrensinnung ging im Strudel der Zeiten verloren, nach der verübten Nacht dümmerte ein grauer Morgen mit hohen Augen und qualvollen Zügen. Die bestimmte Nationalfeste suchte Aufricht im trübsinnigen Weh. Und siehe da: es half. Die Reaktion würde als die einzige und unfehlbare Stütze gegen die widerstrebenden Teile des Volkes empfangen. Es war das eine Wankung, mit der besonders die Sozialdemokratie aufreiben sein konnte. Sollte sie niedergebret werden, so war das immer noch die humanste, schmerzloseste Art der Vernichtung. Skeptiker allerdings mochten gleich daran zweifeln, ob man sie damit empfindlich genug treffen würde, um so mehr, da sie sich bisher bei ähnlichen Proben ziemlich widerstandsfähig erwiesen hatte. In der letzten Zeit scheint man den Glauben an das Niederbeten verloren zu haben; man hat sich wieder der beliebten und gewohnten Methode des Niederknüppels mit dem Polizeiknüppel zugewandt. Das Geschick, das diesen Umwidung feststellt, ist die Androhung der Ausweisung an die ausländischen Lehrer der Parteischule, die Genossen Giffert und Pannetloef. Der „Vorwärts“ berichtet darüber:

Vor einigen Tagen wurde der Lehrer der deutschen Wirtschaftsgeschichte und Nationalökonomie, Rudolf Giffert, vor die politische Polizei geladen. Hier wurde ihm eröffnet, daß er bei Wiederaufnahme seiner Tätigkeit an der Schule die Ausweisung aus Preußen zu gewärtigen habe. Dasselbe hat offenbar auch der Lehrer der sozialen Theorie und des historischen Materialismus, Anton Pannetloef, der gegenwärtig von Berlin abwesend ist, zu erwarten.

Damit wird die Sozialdemokratie als solche gar nicht gefährdet, denn der Sozialismus verliert über so viele Kräfte, daß er solche Lücken ohne Verlust wieder ausfüllen kann. Das ist in diesem Falle auch bereits geschehen. Aber die preussisch-deutsche Nationalfeste hat sich nun doch wenigstens wiedergefunden, sie ist zu ihrer alten Liebe, der Polizeikraft, zurückgekehrt. Sogleich wird sie sich dabei wohl fühlen. Die Sozialdemokratie aber weiß, daß die Verfolgung durch die Polizei immer noch ihr bestes Agitationsmittel gewesen ist.

### Haushaltungsblätter und Lohnforderungen.

Aus der Reihe der „Berl. Volks-Zg.“ geschrieben: „Eine eigenartige Herabsetzung der Arbeiterabrechnung durch den „Lohnzettel“, die dem Geheimrat Siller an eine Lohnaufbesserung vorlegte wurde. Der Repräsentant der „Königs- und Lohndienst“ hörte die Wünsche der Arbeiter an, meinte jedoch zum Schluss, daß er von seinen Beamten ganz anders lautende Berichte über die Zahlungsfähigkeit der Löhne erhalte. Er könne deshalb nichts tun, solange die Arbeiter ihre Forderungen nicht durch einwandfrei geführte Haushaltungsblätter zu begründen vermögen, da auch er eine Verantwortung zu tragen habe, und zwar die vor der Aktiengesellschaft. Die Arbeiterabrechnungen haben nunmehr ihren Auftraggebern die Führung der Haushaltungsblätter bringen als Vergütung.

Schon öfter haben wir darauf hingewiesen, daß die Arbeiter gut tun, ja geradezu einer Notwendigkeit genügen, wenn sie Haushaltungsblätter führen. Sie können eine sehr wirksame Waffe im Kampfe für Lohnverbesserung abgeben. Im vorliegenden Falle freilich ist das Verlangen der Betriebsrepräsentanten nach solch einem Ausweise wohl nur ein Vorwand, um die Arbeiter vorerst mal in leichter Weisheit zu werden. Im gegenüber der stetig zunehmenden Verteuerung der Forderung einer Lohnverbesserung zu begründen und zu rechtfertigen, bedarf es wahrlich nicht erst detaillierter Haushaltsblätter. Wenn ein Mann, wie Herr Siller, glaubt, sich von seinen Beamten darüber informieren lassen zu müssen, ob die Löhne ausreichen, wenn er das nicht selber zu beurteilen vermag, dann ist er als ein wirtschaftlich und sozialpolitisch ungenügend rücksichtloser Mann zu bezeichnen. Es zeigt sich hier übrigens jener schlimme Zug des Arbeiterrenten, der darauf hinauszielt, den Arbeitern die Lebenshaltung förmlich zu zuzumessen, die Entscheidung der Frage, ob sie ausbezahlen ist oder nicht, davon abhängig zu machen, ob das Herrrentum und seine Beamten die Löhne für „ausreichend“ halten.

### Christliche Gewerkschaften und politische Parteien.

Zu diesem Kapitel liefert sich die Zentrumspresse wieder einige Unwahrheiten. Die „Königliche Volkszeitung“ schreibt: Für die christlichen Gewerkschaften ist seit ihrem Bestehen die Wahrung der Unabhängigkeit von den politischen Parteien leitender Grundsatz gewesen. Sie wollen Organisationen sein, in denen sich Anhänger aller bürgerlichen Parteien



zusammenfinden, um konkrete wirtschaftliche Aufgaben zu lösen in einer Form und mit Mitteln, die mit ihrer christlichen Überzeugung und bürgerlichen Gesinnung in Einklang stehen. Trotzdem besteht bekanntlich gegen die christlichen Gewerkschaften in gewissen Kreisen ein großes Mißtrauen; insbesondere werden sie immer wieder als „Zentrums-gewerkschaften“ hingestellt.

Das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften spielt dieselbe Melodie:

Die Bezeichnung Zentrums-gewerkschaften ist unklar und verleumderisch. Die christlichen Gewerkschaften haben mit der Zentrums-partei nicht mehr zu tun, als mit jeder anderen politischen Partei. Es wäre aber nicht von uns zu leugnen, daß die Anhänger der Zentrums-partei besonders stark in den christlichen Gewerkschaften sind; das hat seinen natürlichen Grund. Die der Zentrums-partei angehörenden Arbeiter haben zuerst die Fährte der christlichen Gewerkschaftsbewegung neben und gegen den Strom der sozialdemokratischen Bewegung angepfanzt und sie entscheidend gegen alle Vorurteile im eigenen Lager und alle Angriffe von außen verteidigt — was nicht immer so leicht und einfach war, das darf man uns glauben. Niemals aber haben sie es sich in den Sinn kommen lassen, die Gewerkschaften konfessionell oder politisch abzugliedern, im Gegenteil, sie haben von Anfang an alles getan, was geschieden konnte, um die Arbeiter evangelischer Konfession und anderer politischer Parteien zur gleichberechtigten brüderlichen Mitarbeit zu bewegen. Zahlreiche evangelische Kollegen sind davon zeugen.

Alle diese Behauptungen widersprechen den offensichtlichen Tatsachen. Es handelt sich tatsächlich um Organisationen, die auf Betreiben und unter Mitwirkung der Zentrums-partei gegründet worden sind und sich der Verdonnerung dieser Partei erfreuen. Es ist nicht Verleumdung, entspricht vielmehr durchaus der Wahrheit, diese Organisationen als Zentrums-gewerkschaften zu bezeichnen. Nicht die katholischen Arbeiter, sondern die katholischen Geistlichen und Bourgeois haben jüngst die Fährte der sogenannten christlichen Arbeiterbewegung aufgepfanzt. Die katholischen Arbeitervereine sind von Anfang an sowohl konfessionell wie politische Organisationen im Dienste der Zentrums-partei gewesen. Die Verleumdung des Zentralblattes, daß sie sich mit den evangelischen Arbeitern und anderen Parteien zum gleichberechtigten brüderlichen Wirken verbinden wollten, ändert an dem Charakter der katholischen Gewerkschaften als Zentrums-gewerkschaften gar nichts. Die evangelischen Arbeiter und die „anderen Parteien“ sollen aber für die Zwecke der Zentrums-partei mißbraucht werden. Und die „christliche Überzeugung“ und „bürgerliche Gesinnung“ sind Brazen, die über diese Tatsachen hinwegtäuschen sollen. Sobald das Zentrum beim „gemeinsamen brüderlichen Wirken“ nicht auf seine Rechnung kommt, ist's mit diesem Wirken vorbei.

Die Gründung und Förderung der gelben Gewerkschaften durch das Unternehmertum wird, wie wir schon öfter gesagt haben, mit den denkbar verächtlichsten Mitteln betrieben. Man versucht, die Arbeiter durch terroristische Praktiken und durch die Gewährung oder Versprechung von „Wohltaten“ dahin zu bringen, daß sie den gelben Gewerkschaften beitreten, die als Schutzmacht der Unternehmer gegenüber der freien Arbeiterorganisation sich behaupten soll. Auch im oberitalienischen Südtirol begibt sich diese gelbe Gewerkschaften geschaffen worden. Da hat nun eine große Spinnerlei in Vahrteuth ein neues Mittel in Anwendung gebracht, die Arbeiter zu fädeln.

Eines Tages wurde in der Fabrik eine Bekanntmachung ausgehängt: Wer dem gelben Verein beitrete, bekomme Kartoffelgeld. Eine Anzahl Arbeiter ließ sich durch diesen Reiz wirklich fangen. Am Tage darauf begann dann die Auszahlung des Kartoffelgeldes. Die Verlockungen erhielten 4. 10. die Reigen 4. 5. Während der Auszahlung machten die Meister unter den übrigen Arbeitern für den gelben Verein Propaganda: jetzt sei gerade noch Zeit, wer Kartoffelgeld wolle, müsse sich sofort aufnehmen lassen. Die Zahl derer, die in solcher Weise Selbstbindung üben, soll nicht groß gewesen sein. Es ist eine wahrhaft fabelhafte Praxis, die darauf gerichtet ist, Arbeiter dahin zu bringen, daß sie für Kartoffelgeld in Solidarität mit den Kartoffelgebern verfallen. Wie kann das Unternehmertum vor Arbeitern, die auf diesen erbärmlichen Handel eingehen, Mißtrauen haben? Sie verdienen, als Sklaven behandelt zu werden, die man peitscht, wie man sie füttert.

**Sozialdemokratie und Anarchosozialismus.** Am Mittwoch, den 26. September, sagte in Berlin das Schiedsgericht, das über den Antrag der sozialdemokratischen Organisation des dritten Berliner Reichsgewerkschafts zu entscheiden hatte, den Dr. A. Friedberg aus der Partei auszuscheiden. Der Ausschlagungsantrag wurde deshalb gestellt, weil Dr. Friedberg in einer Verammlung und im „Vorwärts“ folgende Erklärung abgegeben hatte: „Ich habe zu erklären, daß ich nach wie vor auf dem Boden des von mir bisher vertretenen Anarchosozialismus stehe, daß ich demzufolge verwerfe den Parlamentarismus und den politischen Massenstreik, da ja innerhalb des heutigen Klassenstaats und innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus dem Proletariat parlamentarische Rechte sichern soll. Daß ich dagegen nach wie vor eintrete für die Propaganda der Selbstlosigkeit, der Religionslosigkeit, der Vaterlandslosigkeit und des Antimilitarismus.“ Daß ich nach wie vor eintrete für die direkte Aktion und den anarchosozialistischen Generalstreik der unter Verweigerung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse die Zerkümmern der kapitalistischen Ordnung und die Befreiung des Klassenstaats zum Endzweck hat.“

Das Schiedsgericht, bestehend aus den Genossen Bergmann, R. Jachmann, Karl Pauls, Otto Räcker, G. Begien, W. Wölbes und Arthur Stabitzgen hat auf Grund dieser Erklärung die Überzeugung erlangt, daß der Anarchosozialismus, wie ihn A. Friedberg auszuscheiden, unvereinbar ist mit den Grundbegriffen der Sozialdemokratie. Der Schiedspruch lagte vorläufig:

Unter Programm erklärt, der Kampf der Arbeiterklasse sei ein politischer Kampf, ein Kampf zunächst um politische Rechte und dann um politische Macht. Diesen Kampf vertritt der Anarchosozialismus; denn er erklärt sich gegen den Parlamentarismus, d. h. gegen ein unter den ge-

gebenen Verhältnissen unentbehrliches Mittel des politischen Kampfes. Er verwirft den politischen Massenstreik, weil er gedacht sei als ein Mittel, den Proletariat parlamentarische Rechte zu sichern, und er preigt die Propaganda der Selbstlosigkeit, während die Sozialdemokratie die gegebene Maschine erobert will, um die Gesetze im Interesse des Proletariats zu ändern.

Die Grundbegriffe des Anarchosozialismus sind tatsächlich Grundbegriffe des Anarchismus. Die Anarchisten haben sich dementsprechend auch eigene Organisationen geschaffen, die nicht nur von denen der Sozialdemokratie getrennt sind, sondern ihnen auch unversöhnlich feindlich gegenüberstehen.

Wenn A. Friedberg diese Grundbegriffe zu den seinen macht, hat er sich damit ohne weiteres außerhalb des Rahmens der Sozialdemokratie gestellt. So sehr das Schiedsgericht seine Verdienste um das Proletariat und seine persönliche Ehrenhaftigkeit anerkennt und so sehr es bedauert, das verbindende Band mit ihm zerbrechen zu müssen, so muß es doch erklären, daß Friedberg durch diese Erklärung aus der Sozialdemokratie zu sein und als nicht mehr zur Partei gehörig betrachtet werden kann.

Wir pflichten diesem Schiedspruch durchaus bei und zwar ebenfalls ohne damit der persönlichen Ehrenhaftigkeit des Dr. Friedberg im geringsten zu nahe treten zu wollen. Er darf wohl angeprochen werden als der Begründer des „Anarchosozialismus“. Nach unserer Meinung würde er gut getan haben, selbst die Konsequenzen aus seinen der Sozialdemokratie entgegengesetzten Ansichten zu ziehen, nämlich aus der Partei auszutreten.

**Der Handwerkerstreik.** Als erste Aufgabe eines Staatswesens muß es stets erachtet werden, daß seine Bürger, um sie wirtschaftlich lebensfähig zu erhalten, zur Selbstständigkeit erzogen werden. Diese Selbstständigkeit, auf der sich die wirtschaftliche Lebensfähigkeit eines Volkes aufbaut, wird in allererster Linie durch eine gründliche und solide Ausbildung seiner Glieder erreicht. Wenn daher das Handwerk lebensfähig erhalten werden soll, so muß es Aufgabe seiner geistlichen Vertretung sein, den in das Handwerk eintretenden jungen Leuten weitestmögliche Sicherheit für eine solide Ausbildung zu schaffen.

So schreibt die Illmer Handelskammer in ihrem Jahresbericht. Sie führt dann weiter aus: „Damit die Ausbildung des Handwerkers fundamental ist, auf der er weitere Kenntnisse für seinen Beruf aufbauen kann, darf diese niemals einseitig sein, das heißt er darf nicht als mechanischer Arbeiter ausgebildet, sondern er muß neben der Arbeit auch zum Denken erzogen werden. Ein logisches Denken, das die Arbeit wesentlich erleichtert und den Gang der Handwerksfertigkeit fördert, ist aber nur dann möglich, wenn Praxis und Theorie Hand in Hand miteinander gehen. Das eine ohne das andere macht unvollständig, tötet die Freude am Beruf, macht unsäglich und unzufrieden.“

Der Standpunkt mancher Handwerksmeisters, daß es nicht notwendig ist, daß der Lehrling in Materialkunde, in Werkzeuge, im Schreiben, Rechnen und Zeichnen unterrichtet werde, sondern daß die Hauptaufgabe allein sei, die Ausübung der Arbeiten zu erlernen, kann niemals als richtig erachtet werden. Denn jener Lehrling, der beispielsweise ein guter Zeichner ist, wird auch bei seiner Arbeit rechnerisch zu Werke gehen, und er wird mit der Einteilung seines Materials und seiner Zeit anders verfahren als jener, der nur mechanisch seine Arbeit verrichtet.

Das sind an sich ganz richtige Grundbegriffe, für die aber gerade die Künstler, die „das Handwerk lieben“ wollen, kein Verständnis haben. Für sie handelt es sich bei der „Handwerkslehre“ ja nur um die Ausnutzung billiger jugendlicher Arbeitskraft.

## Maurerbewegung.

**Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.** Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

##### Hansastädte:

Hamburg: Ochsenwälder (Sperren über Bleichen, Neben in Spatenland und Mint in Moorfleth);

##### Schleswig-Holstein:

Kellinghusen, Wrist, (Streiks), Reinfeld (Sperre über E. Haeger), Appenrade (Sperre über Callesen), Flensburg (Zimmererstreik);

##### Mecklenburg:

Rostock (Differenzen);

##### Brandenburg:

Berlin und Vororte (Differenzen), Mittenwalde (Sperre über Rehfeld, Kreis Krankenhaus);

##### Pommern:

Cammin (Streik);

##### Ost- und Westpreußen:

Konitz (Sperre über Hermann), Sensburg (Sperre über Rohse), Memel (Sperre über Richtmeier und Schmid);

##### Posen — Schlesien:

Millitz (Sperre über Klein), Ohlau (Sperren über Rother, Kern und Jander), Peistowitz (Sperren über Gerlach und Wiesner);

##### Königreich Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, M. Steyskal in Meckern, Sohrstrasse, Otto Auge, Ecke der Elisen- und Fichte-strasse, Paul Walther, Ecke Kant- und Brand-verwerkstrasse, Hermann Kögel in L. Gohlis, Landsbergerstr. 14, Fr. Probst & Co., L. Gutsch, Spinneriestrasse, L. Leutzsch (Sperre über die Bauten der Eisengießerei E. Becker & Co.), Golditz (Streik);

##### Thüringen:

Triebes (Streik);

##### Provinz Sachsen und Anhalt:

Weissenfels, Naumburg a. d. S. (Streiks), Langensalza (Sperre über Zeitzsch);

##### Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Lippe:

Wunstori (Streik), Gelle (Aussperrung), Salzgitter (Sperre über Hönnerbach), Fallingbostal (Sperre über Bostelmann);

##### Rheinland:

Crefeld, Dellbrück (Streiks), Kaiserswerth (Sperre über Oster & Rosch);

##### Hessen und Waldeck:

Rüdesheim-Gelsenheim (verschiedene Sperren), Offenbach a. M. (Sperre über die Bauten der Zementfabrik), Mainz (Sperre über A. Westenberger);

##### Elsass-Lothringen:

Strassburg (Bauarbeiterstreik);

##### Baden-Pfalz:

Offenburg (Streik der Zementierer), Unterarmersbach (Sperre über den Schulneubau);

##### Bayern:

Plattling (Streik), Selb (Sperre über Jäger & Wörner), Freilassing (Sperren über Gerbl und Halt), Wasserburg (Sperre über Nabauer);

##### Fliessenleger:

Barmen-Elberfeld (Sperre über die Zwischenunternehmer Jeschowsky und Rummenhölle);

##### Schweiz:

Basel, Bern, Chaux-de-Fonds, Martigny (Streiks);

##### Oesterreich:

Leitomschl, Mährisch Weisskirchen (Streiks);

##### Ungarn:

Agram, Arad, Bács (Streiks).

Im Hamburger Lohngelb herrscht gegenwärtig ziemlich große Arbeitslosigkeit; es wird darum ersucht, jetzt nicht nach hier zu kommen. Aus dem gleichen Grunde ist Rendsburg zu meiden.

Maurer werden eingestellt in Quedlinburg von der Firma Schädle & Gübner.

##### Gau Berlin.

Die Berliner Fliessenleger waren am 26. September im „Neuen Rathaus“ versammelt, um den Bericht der Tarifkommission über die Verhandlungen mit den Unternehmern entgegenzunehmen. Zutritt beschiede, daß am 14. September eine Verhandlung mit den Unternehmern stattgefunden habe, in der die Unternehmer erklärten, daß es ihnen „unmöglich“ sei, auf die Forderungen der Fliessenleger und Hilfsarbeiter einzugehen. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit auf acht Stunden könnten sie sich nach den vorangegangenen Kämpfen nicht einlassen. Heute lagen die Verhandlungsprotokolle, als vor zwei Jahren; damals hätten sie die achtstündige Arbeitszeit unter Wegfall der Frühstück- und Vesperpause geben wollen, aber die hätten sie die Fliessenleger nicht gewollt; heute wollten sie sie nicht zulassen, weil die Forderung nach acht Stunden eine politische geworden“ sei. (Anmerkung des Schriftführers: Wahr, scheinlich haben die Herren vom Verband der Berliner Baugeschäfte ihre Mißgunst erhalten.) Die Kommission verlangte nun die Gegenvorläge der Unternehmer. Sie wurden in der Sitzung aber nicht gegeben, sondern liefen schriftlich ein. Darin wird eine Lohnerhöhung von nur 2 1/2 % ausgestellt; von einer Verkürzung der Arbeitszeit ist keine Rede; in bezug auf den Selbstgehalt wird kein Entgegenkommen gezeigt, ebensowenig in der Frage des Feierabends vor den hohen Festen; im allgemeinen wird an dem alten Tarif festgehalten; von Verbesserungen will man nicht viel wissen. Es scheint, als fühlen sich die Unternehmer vollständig als die Herren der Situation. Entschieden verlangen sie, daß die Arbeiterarbeit gestaltet sein soll, während die Arbeiter das Verbot der Arbeiterarbeit wünschen. In diesem Punkte, um den sich vorwiegend der Streit dreht, gab Zutritt zu bedenken, ob es nicht angezeigt sei, neben einer Regelung der Lohnarbeit auch eine Regelung der Arbeiterarbeit vorzunehmen, da durch die Zwischenunternehmer vielfach unliebsame Zustände blag geschaffen haben. Prinzipiell könne man sich nicht für die Arbeiterarbeit erklären, aber nach Lage der Dinge sollte man versuchen, Einfluß auf die Arbeiterarbeit zu gewinnen. Die Entscheidung darüber sollte die Versammlung selbst treffen und der Tarifkommission damit eine Richtschnur geben. Eine geheime Abstimmung fand über diese Frage statt; das Resultat soll aber vorläufig noch nicht bekannt gegeben werden. In der selbst geführten Diskussion wurde die Widerstand gegen Zugeständnisse laut; die Vorläge der Unternehmer wurden als nicht annehmbar bezeichnet. Der folgende Antrag wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung nimmt Kenntnis von den der Tarifkommission übermittelten Lohn- und Arbeitsbedingungen der Fliessenleger Berlins. Sie kann diese aber, da sie in keiner Weise den jetzigen Verhältnissen entsprechen, sondern sogar wesentliche Verschlechterungen der bisherigen Bedingungen enthalten, nicht akzeptieren. Die Versammlung beauftragt jedoch die Tarifkommission, die Verhandlungen weiter zu führen und hofft, daß die Arbeitgeber sich zu solchen Zugeständnissen herlassen, die auch für die Berliner Fliessenleger und Hilfsarbeiter als Basis zu künftigen Lohn- und Arbeitsbedingungen dienen können.“ Solche Aktion als Leiter der Versammlung machte noch darauf aufmerksam, daß die Unternehmer ihre Vorläge haben drucken und an die Leger und Hilfsarbeiter mit dem Hinweis verteilen lassen, recht zahlreich zu der nächsten Fliessenlegerversammlung zu gehen und für die Vorläge der Unternehmer des lieben Frie-







50. Bremerbörbe 200 B. 40. Biejenhof 100 B. 50. 100 B. 55. Biere 200 B. 35. 50 B. 45. Buzlau 2000 B. 45. 200 A. 25. Bärth 800 B. 40. Bieig 400 B. 40. Bieigau 25 B. 85. Brandis 800 B. 45. Brieien 6. Brand 100 B. 50. 100 A. 25. Berlin 2000 B. 40. 10 000 A. 25. Bernau 800 B. 55. Bielefeld 1200 B. 50. 1200 B. 40. Benth 600 B. 45. 10 E. 150.

Cöln 2000 B. 60. Cöln 400 B. 40. Cöln 800 B. 45. Cöln 7000 B. 50. 100 E. 50. 200 A. 25. Cöln 50 E. 50. 10 E. 150. Caputh 200 B. 65. Cöln 400 B. 40. 400 B. 45. Cöln 800 A. 25. Cöln 400 B. 40. 400 B. 45. Cöln 600 B. 35. 200 B. 40.

Dresden 20 000 B. 65. 5000 B. 60. 5000 B. 50. 3000 B. 40. 6000 B. 35. Deutsch Rastlau 150 B. 35. Deutsch 200 B. 40. Derenburg 200 B. 35. 200 B. 50. Dörsburg 2000 B. 60. Deutsch Eylau 600 B. 40. Driefen 1200 B. 40. 200 A. 25. Drief 300 B. 40. 100 B. 35. Dürmangen 200 B. 30.

Eckernförde 200 B. 50. Ebingen 800 B. 50. Ecker 400 B. 65. 100 A. 25. Eberswalde 1200 B. 55.

Forst 800 L. 10. A. 35. Freiberg 400 B. 35. 5 E. 50. 5 E. 150. Freiberg i. Br. 2000 B. 55. 1000 B. 45. 100 A. 25. 600 B. 40. 50 E. 300. 1000 B. 50. 100 E. 50. Freiberg 400 B. 40. Freiberg i. S. 600 B. 35. Gallenstein 50 A. 25. Garmisch i. H. 200 B. 35. Grimma 3 E. 300. A. 35. Götting 400 B. 40. Groß-Schönebeck 100 B. 55. Geyer 200 B. 30. 10 E. 50. Genthin 150 B. 65. 100 B. 50. Gengenbach 400 B. 40. Gersdorf 10 E. 150. Götzen 100 B. 50. Gerdau 100 A. 25. Gerdau 2500 B. 40. Groß-Biegnitz 200 B. 40. 60 E. 50. Gredde 400 B. 30. Großbeeren 100 B. 50. Gersberg i. Harz 200 B. 35. A. 35. Götting 600 B. 40. Göttingen 1200 B. 40. Göttingen 400 B. 35. Göttingen 400 B. 40. Götting 1000 B. 40. Göttingen 400 B. 40. Götting 800 B. 50. Göttingen 400 B. 40.

Helmstedt 10 E. 50. A. 35. 400 B. 40. 300 B. 45. 100 B. 30. Ingolstadt 200 K. 10.

Köpenick 400 B. 40. A. 35. Kellinghusen 400 B. 45. Krausnick 100 B. 50. Krefeld 400 B. 35. Krefeld 30 B. 30. Königsbrunn 2000 B. 45. 50 E. 150. Krefeld 400 B. 45. Krefeld 100 A. 25.

Lebenwerda 25 A. 25. 200 B. 35. 50 K. 25. Lebus 1200 B. 35. Lebus 3000 B. 45. Leipzig 400 B. 75. 1000 A. 25. Lebus 600 B. 35. 8 E. 50. 100 A. 25. Langenfeld 50 A. 25. Lange 200 B. 40. Leer 800 B. 45. Lehnitz 600 B. 45. 400 B. 55. 400 A. 25. Landsberg a. d. Elbe 3000 B. 45. Lissa 1000 B. 40. Lissa 200 B. 45. Landsberg a. Elbe 600 B. 40. Lissa 100 B. 50. 100 K. 20. Lemgo 10 E. 50. 100 B. 55.

Mannheim 200 B. 40. A. 35. Meerane 2000 B. 40. Mülhausen i. Elsaß 500 B. 40. Miedewitz 100 B. 60. Merseburg 2000 B. 50. 2000 B. 45. Müritzen 1200 B. 45. 300 L. 10. Mülhausen 600 B. 45. Müritzen 400 B. 60. Müritzen 1200 B. 35. Müritzen 5000 B. 45. Müritzen 200 K. 10. Müritzen 2000 B. 50. 300 B. 45.

Münster 10 E. 50. 10 E. 150. 100 B. 35. 50 B. 30. Münster 10 000 B. 60. 200 B. 65. Neuenhagen 200 B. 55. Nordhausen 2000 B. 60. 25 E. 50. 50 A. 25. Nordern 400 B. 50. 100 A. 25. Neudamm 100 B. 45. Odenwälder 25 E. 50. A. 35. Oels 10 E. 50. 200 B. 40. 50 B. 30. 30 A. 25. Olfers 200 B. 35. Offenbach 200 B. 45. 10 E. 150. Osmünde 200 B. 40. 50 B. 30. 50 A. 25. Osterode i. Br. 600 B. 40. 200 A. 25. Oppeln 400 B. 40. 50 E. 50.

Rein 100 B. 35. A. 35. 50 A. 25. Rosen 100 E. 50. 1000 B. 35. 10000 B. 50. 1000 B. 30. Rosbach 500 A. 25. Rauen 8000 B. 55. 50 E. 150. 10 E. 300.

Rothenburg o. d. Tauber 200 B. 30. A. 35. Rührodt 600 B. 75. Roth a. Saale 100 B. 40. Regensburg 4000 B. 40. 500 A. 25. Regensburg 100 B. 40. 100 B. 50. 100 B. 60. 100 B. 45. Riebau 200 B. 35. Riebau 200 B. 60. Rauenburg 200 B. 45. 30 E. 50. Rauenstein 200 B. 35. Rauenstein 400 B. 45. 400 B. 35.

Schönbühl 25 B. 65. A. 35. Speyer 2000 B. 55. 1000 K. 10. Schöneberg 10 E. 150. Sondersburg 1200 B. 60. 600 L. 10. Stargard i. Pom. 200 B. 40. 10 E. 50. Salzfuss 200 B. 40. Schneidemühl 500 K. 10. Schweigingen 200 B. 50. 50 B. 30. Sennsburg 400 B. 49. Schwebel 600 B. 40. Schmalfeld 15 E. 50. Schöck 1000 B. 35. Straßburg i. Elz 100 E. 150. 4000 B. 60. Seefen 1200 B. 35. Schramberg 400 B. 45. Schöps 2000 B. 40. Schöps 400 B. 35. Seifra 50 B. 35. Storf 200 B. 50. Steinach 400 B. 35. Schöningen 1200 B. 45. 150 B. 35. Seib 1000 B. 45. Stendal 9000 B. 50.

Süßingen 1200 B. 50. A. 35. Trarbach 200 B. 55. Tübingen 200 B. 45. Treptow a. d. Havel 400 B. 35. Uckermark 600 B. 55. A. 35. 10 E. 50.

Verden 100 B. 55. A. 35. Waldenburg i. Schl. 7000 B. 45. Wabel 400 B. 70. Wittenberg 10 E. 50. 600 L. 10. Wittenberg 1200 B. 50. Wida 1200 B. 35. 200 B. 30. Wittenberg 2000 B. 45. Wittenberg 10 E. 50. Witten 1600 B. 55. Witten 300 B. 40. 300 B. 60. 50 B. 70. 100 B. 30. 100 A. 25. Witten 200 B. 40. 70. 100 B. 65. Wittenburg 5200 B. 45. 200 B. 35. 100 B. 40. 300 A. 25. 20 E. 50. 10 E. 150.

Witten 5000 B. 50. A. 35. 3000 B. 45. 1000 B. 40. Witten 300 B. 30. Witten 600 B. 35. Witten 100 B. 40. 50 A. 25.

(161 020), Karl Lange-Nordenham (74 872), Joh. Wiltsh-Nordenham (237 360), Wiltsh. Wiltsh-Nordenham (270 680), Joh. Schuler-Nordenham (353 575), Karl Wiltsh-Nordenham (342 623), Friedr. Tautz-Nordenham (356 678), Georg Tautz-Nordenham (359 480), Joh. Tautz-Nordenham (361 829), Friedr. Wiltsh-Nordenham (399 229), Ed. Wiltsh-Nordenham (298 835), K. Wiltsh-Nordenham (337 991), Edm. Tautz-Nordenham (422 888), Germ. Klein-Nordenham (435 774), Wiltsh. Wiltsh-Nordenham (445 609), J. Tautz-Nordenham (452 959), Fritz Wiltsh-Nordenham (475 842), W. Wiltsh-Nordenham (489 302), Wiltsh. Wiltsh-Nordenham (254 547), Ludw. Wiltsh-Nordenham (668 857), Otto Wiltsh-Nordenham (375 942).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Statuts vom Zweigverein Penzance: Peter Jepsen (Verb.-Nr. 51 200), Aug. Klein (51 199), Friedrich Reint (334 828), Hans Hansen aus Stürum; W. Wiltsh-Nordenham (244 371), Paul Wiltsh-Nordenham (244 370), Jakob Wiltsh-Nordenham (244 371), Hermann Groß (361 714), Alwin Wiltsh-Nordenham (361 607), Ernst Wiltsh-Nordenham (361 600), August Israel (83 872), Johann Maier (417 165), Gustav Schöne (329 378), O. Wiltsh-Nordenham (92 503), P. Wiltsh-Nordenham (95 604).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Um Angabe ihrer Adresse werden ersucht vom Zweigverein Penzance: Franz Schwarz, geb. am 29. April 1861 auf Liepe, Johannes Dörmer (Verb.-Nr. 298 267), geb. am 27. November 1880 zu Siedenfeld, Marg. Wiltsh-Nordenham (167 086), geb. am 13. Juli 1866 zu Witten, Adolf Wiltsh-Nordenham (296 230), geb. am 15. Dezember 1885 zu Siedenfeld; S. Wiltsh-Nordenham: Hermann Wiltsh-Nordenham (245 384), geb. am 7. April 1873 zu Witten.

Kollegen, denen der Aufenthalt der Genannten bekannt ist, werden ersucht, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mitteilung zu machen.

#### Der Verbandsvorstand.

#### Abrechnung

#### des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

für das zweite Quartal 1907.

#### Einnahme in den Zweigvereinen.

Vom 1. Quartal 1907 am Orte verbliebene Haupt-satzungsgelder	2420,85
Einzugsgehalte	16189,50
Wichtigste Beiträge	1081271,65
Zufluß aus der Hauptkasse:	
a) Rechtschutz, Genossenschaft, Kranken- und Sterbeunterstützung	1144,84
b) Streits und Waisen	747720,39
Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse	1818,48
Summa	1850065,71

#### Ausgabe in den Zweigvereinen.

An die Hauptkasse eingekommen	605458,64
Für Streits und Waisen	851558,87
" Reiseunterstützung im Winter	52,85
" an Streikende	7558,50
" Rechtschutz	11001,88
" Genossenschaftsunterstützung	8335,63
" Unterstützung in Krankheitsfällen a. Mitglieder	82014,07
" Unterstützung in Sterbefällen an Mitglieder und deren Frauen	19797,10
Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgeldern	265139,33
Hauptkassengelder am Orte behalten	8466,68
Verluste in den Zweigvereinen	182,16
Summa	1850065,71

#### Einnahme in der Hauptkasse.

Kassenbestand am 31. März 1907	4006,80
Von Einzelmitgliedern bei der Hauptkasse	146,55
Für Protokolle vom 8. Verbandstage in Braun-schweig	14,80
" Protokolle vom 9. Verbandstage in Cöln	6593,80
" Mitgliedsbücher-Zutrale	1683,10
" Schriften: "Arbeit und Kultur"	132,30
" "Mahnwort zur Verfassung der Arbeit"	77,10
" "Wanderarbeiter"	32,45
" "Alfordarbeit"	30,50
" "Die Geschichte d. englisch. Arbeit"	880,-
" "Lohn- und Arbeitsverhältnisse"	963,40
" "Ende des Reichs"	82,50
" Kalender vom 1907	622,-
" "Grundstein"-Einbände	164,05
An die Hauptkasse eingekommen (Beiträge u. s. w.)	605458,64
Zurückgelassene Streikunterstützung	3334,92
Zurückgelassene Kapitalien	539000,-
Zinsen belegter Kapitalien	19164,49
Summa	1182387,-

#### Ausgabe in der Hauptkasse.

Für das Fachorgan "Der Grundstein"	54694,05
" die Zeitung "L'Operaio Italiano"	1408,29
" " "Stavobnik"	1014,-
" " "Oswiata"	880,95
" Agitation: a) an die Gewerkschaften	16902,02
" b) für sonstige Agitation	4918,60
" c) nach der Schweiz	1000,-
" d) nach Italien	5000,-
" e) nach Holland	2000,-
Zufluß an Zweigvereine:	
a) Rechtschutz, Genossenschaft, Kranken- und Sterbeunterstützung	1144,84
b) für Streits und Waisen	747720,39
Neuen jüdischen Streikkontrolle und Fernhalten des Zugangs nach Streikorten	14699,18
berühmte Konferenzen	128,-
Beitrag an d. Generalrat (1. Quart. 1907)	2980,64
Beitrag an die Bauarbeiterkommission	759,11
Protokolle v. 9. Verbandstage in Cöln 1907	11149,40

Für 20 000 italienische Flugblätter	100,-
" Schriften: Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften	152,50
" Schriften: Monarchie oder Republik?	10,40
" 9000 Mitgliedsbücher-Zutrale	675,-
Jackhede Verwaltung:	
a) 25 000 Mitgliedsbücher	1337,50
b) 300 000 Statuten (in deutsch. Sprache)	6358,70
c) 20 000 Statuten (in ital. Sprache)	729,10
d) 25 000 Quartals-Rechnungsformul.	388,-
e) 25 000 Mitgliedsbuchformul.	379,-
f) 35 000 Arbeitskarten	390,-
g) 8 000 Bogen für Streikfahnenbücher	252,-
h) 100 000 Aufnahmehefte	180,-
i) 50 000 Berichtformulare	180,-
j) 50 000 Streikfragebogen	175,-
k) 100 000 Streikformulare	185,-
m) 10 000 Postanweisungen	80,-
n) 19 200 Postkarten	115,-
o) sonstige Druckfachen	412,50
p) sonstige Buchdruckerarbeiten	58,65
q) verschiedene Sorten Marken	4419,35
r) Schreibmaterial	103,50
s) Stempel und Zubehör	211,60
t) Bureaureinigung und Beleuchtung	476,68
u) Zeitungssubskription und Druckerlohn	147,09
v) sonstige Ausgabe	400,-
w) Porto:	
Briefe und Sammlungen	359,50
Kreuzanhebungen	873,31
Briefporto u. Geldverkehr	881,32
Briefgeld	153,70
Summa	1767,85

persönliche Verwaltung:	
a) Beamtengehälter und Auskünfte	7042,60
b) Verschönerung des Vorstandes u. s. w.	133,56
c) Revision	52,90
d) Verwaltung des Ausführes	100,-
e) Renovierung des Bureaus und der Bureauzettel	342,40
Der Bank belegt	281244,72
Summa	1175000,05

#### Bilanz.

Einnahme	1182387,-
Ausgabe	1175000,05
Kassenbestand	7386,95

Hamburg, den 29. September 1907.

**J. Köster, Kassierer.**  
Vorstehender Rechnungsabluß ist von uns revidiert und mit den Kassenbüchern und Belegen übereinstimmend befunden. Das Kassenvermögen ist uns nachweislich resp. vorgelegt worden.  
S. Marks-Wilona, Wiltsh. Wiltsh-Nordenham, Wiltsh. Wiltsh-Nordenham.

#### Bekanntmachungen der Gauvorstände.

#### Gau Berlin.

Der Gauverband hat beschloffen, noch in diesem Herbst in einer größeren Zahl von Zweigvereinen Agitationsversammlungen abzuhalten. In den nachgenannten Orten sollen die Versammlungen am Montag des Monats, an den Sonntagen des Nachmittags stattfinden. Die Zweigvereinsvorstände ersuchen wir, sofort eine kräftige Agitation zu entfalten, damit alle Mitglieder diese Versammlungen besuchen.

Die Tagesordnung lautet in allen Versammlungen:

#### Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart.

Referent: Wilhelm Wiltsh-Nordenham.

Lübbenau	Sonntag, den 13. Oktober.
Lübben	" in Lübbenau.
Cottbus	Montag, den 14. Oktober.
Senftenberg	Dienstag, den 15. Oktober.
Spremberg	Mittwoch, den 16. Oktober.
Guben	Donnerstag, den 17. Oktober.
Finsterwalde	Freitag, den 18. Oktober.
Erfurt	Sonntag, den 19. Oktober.
Frankfurt a. d. O.	Sonntag, den 20. Oktober.
Sommerfeld	Dienstag, den 22. Oktober.
Serau	Mittwoch, den 23. Oktober.
Forst	Donnerstag, den 24. Oktober.
Neuzelle	Freitag, den 25. Oktober.
Forst	Sonntag, den 26. Oktober.
Forst	" in Fürstberg.
Forst	Sonntag, den 27. Oktober.
Brandenburg	Montag, den 28. Oktober.
Wittenberg	Dienstag, den 29. Oktober.
Landsberg a. d. B.	Mittwoch, den 30. Oktober.
Witten	Donnerstag, den 31. Oktober.
Witten	Freitag, den 1. November.
Witten	Sonntag, den 2. November.
Witten	Sonntag, den 3. November.
Witten	Montag, den 4. November.
Witten	Dienstag, den 5. November.
Witten	Mittwoch, den 6. November.
Witten	Donnerstag, den 7. November.
Witten	Freitag, den 8. November.
Witten	Sonntag, den 9. November.
Witten	Sonntag, den 10. November.

Der Gauverband.

J. A. Hermann Wiltsh-Nordenham.

#### Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagvormorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

#### Angekaufter Kassierer.

Der frühere Kassierer W. Wiltsh-Nordenham in Witten wurde wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern im Betrage von M. 149,50 vom dortigen Schöffengericht zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt.

Vom Verbandsvorstande beauftragt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in voriger Woche das Wahlprotokoll eingekandt haben, und denen nicht brieflich eine andere Mitteilung geworden ist.

Als verloren gemeldet sind uns die Mitgliedsbücher der Kollegen W. Wiltsh-Nordenham (Verb.-Nr. 202 830), Fr. Wiltsh-Nordenham (107 364), Herm. Wiltsh-Nordenham (282 590), Herm. Wiltsh-Nordenham (281 192), Wiltsh. Wiltsh-Nordenham (439 676), Herm. Wiltsh-Nordenham (366 777), Herm. Wiltsh-Nordenham (324 182), Franz Wiltsh-Nordenham (312 109), Herm. Wiltsh-Nordenham (62 332), Karl Wiltsh-Nordenham (84 015), Rob. Wiltsh-Nordenham (94 214), Wiltsh. Wiltsh-Nordenham (118 182), Wiltsh. Wiltsh-Nordenham (147 150), Rob. Wiltsh-Nordenham (147 150).



## Zur Beachtung!

Alle Zuschriften an die Redaktion, Administration und Expedition des „L'Operaio Italiano“ sind von nun an zu adressieren:

An die Redaktion des „L'Operaio Italiano“,  
Gumburg, Leichenbinderhof 56.

**Mantenburg a. Harz.** Im Organ des Steinarbeiterverbandes ist in Nr. 33 ein Bericht der hiesigen Zählstelle der Steinarbeiter enthalten, der gegen unsere Mitglieder ziemlich schwere Vorwürfe erhebt. Es wird dort geschildert, wie sich die hiesigen Steinmänner von ihren Unternehmern haben einschleichen lassen, indem sie diese ausbeuteten, einen vereinbarten Lohn mit höheren Sätzen erst dann anzuwenden, wenn die alle, noch unter der Geltung der niedrigeren Löhne übernommene Arbeit fertiggestellt sei. In dieser Weise liegen sich die Steinmänner sieben Monate lang an der Arbeit herum. Im Juni dieses Jahres war die „alte Arbeit“ dann endlich alle. Leider war aber nicht nur die alte, sondern die ganze Arbeit fertig geworden, so daß der Unternehmer bez. übrigens ein mit allen Sätzen geschmückter Geschäftsmann, alle Steinmänner entließ. Hierüber heißt es nun in dem betreffenden Bericht: „Der ehrbare Meister sagte, die Arbeit sei fertig (?!), jedoch nach einer Woche hielten die Maurer ihren Einzug, diese machten nun Steinarbeit. Der Unternehmer dachte, er würde nun eine Preisbilligung in unsere Reihen bringen. Dies gelang ihm nicht. Die Maurer bezahlte Herr bez. nach seinem Belieben. Es wurde festgestellt, daß Arbeiten bis 33 pSt. unter Tarif bezahlt worden sind. Selbstredend wird dem Meister seine Arbeit von den Maurern nach allen Regeln der Kunst zusammengehauen. Traurig ist es allerdings, daß einige von den Maurern sogar organisiert sein wollen und uns dennoch in den Rücken fallen.“

Diese Zeilen enthalten den schweren Vorwurf, daß sich unsere Kollegen dazu gebrauchen lassen, die bezuzeitungsmerke Handlungsweise des Unternehmers bez. zu unterstützen. Demgegenüber sei nun festgestellt, daß der Zweigvereinsvorstand erst vor wenigen Wochen den Vorstehenden der Steinarbeiter zu einer Sitzung einlud, um ihn über dieselbe Verleumdung, die nur an anderer Stelle erhoben war, zu Rede zu stellen. Bei dieser Gelegenheit konnte der Vorsteher der Steinarbeiter, der jedenfalls auch sehr wider der Urheber der Verleumdung ist, seine Behauptungen nicht aufrecht erhalten. Er mußte zu geben, daß er mit seinen Behauptungen zu weit gegangen sei. Schon gleich nach der Entlassung der Steinmänner war die Gabelte hier, der den Sachverhalt selbst zu festgestellt hatte, daß die Entlassung tatsächlich wegen Arbeitsmangels erfolgt war. Zu dem Steinbruch, in dem sonst 70 bis 80 Personen beschäftigt waren, arbeiten jetzt fünf Mann, davon sind zwei Steinhauer und drei Maurer, diese sind jedoch nicht aus Mantenburg, sondern aus Timmerzode. Ein Mantenburger Kollege, der dort als Steinhauer arbeitete, erhielt den tarifmäßigen Steinhauerlohn nicht, er fürchte deswegen auf und verlagte den Unternehmer beim Gewerbeamt. Was es mit der Behauptung auf sich hat, die dort als Steinhauer arbeitenden Maurer hätten 33 pSt. unter Tariflohn gearbeitet, erhellt daraus, daß den Maurern der Lohn immer von einem organisierten Steinhauer nach dem Tarif vorgerechnet wurde. Haben die Maurer also zu billig gearbeitet, so hat dieser organisierte Steinhauer die Schuld daran. Es ist eine Verleumdung, von einem „Einzug“ der Maurer zu reden, als ob sie gleich in hellen Säufen nach dem Steinbruch geschickt wären, als die Steinhauer entlassen waren. Dieser „Einzug“ bestand darin, daß der Unternehmer, der zugleich ein Vorgesetzter betreibt, ab und zu einen Maurer zum Steinbruch schickte, der dann ein paar Trittschritte oder einmal eine Saltant machte, die gerade auf dem Bau gebraucht wurden, und nach dieser Arbeit wieder zum Bau zurückkehrte. Nun ist ja zu sagen, daß auch das lieber nicht geschähe; wir sehen die Sache aber für viel zu geringfügig an, um überhaupt einen Konflikt anzunehmen, der bei der augenblicklichen schlechten Arbeitslage gar keine Aussicht auf Erfolg haben könnte. Meinerseits wäre den Steinmännern auch damit nicht geholfen; denn die Ursache ihrer Entlassung, den Arbeitsmangel, können wir auch durch das schmeicheleiche Vorgehen nicht aus der Welt schaffen. Das ist den Steinmännern natürlich ebenso gut bekannt wie uns. Wenn sie trotzdem mit der Sache fortwährend freiben gehen, so tun sie das aus dem Bedürfnis, einen Bräutigam für ihre zum großen Teil selbstverschuldeten Mißerfolge zu finden. Wie leicht glauben sie, bei uns an den Rechten gekommen zu sein; sie werden nun einsehen, daß sie sich darin getäuscht haben.

**Braunschweig.** (Christliche Gewerkschaftsführer als Denunzianten.) Der christliche Stadtverordnete, Maurer Windolf in Helmstedt, hat dem Randwehverein ein Namensverzeichnis eingereicht, in dem er alle die Arbeiter nennt, die neben dem Randwehverein auch den freien Gewerkschaften angehören. Soweit ist es mit dem Ehrgefühl dieses christlichen Gewerkschaftsführers schon gekommen, daß er zum gewöhnlichen Denunzianten an Arbeitern wird. Wenn die christliche Gewerkschaft etwas auf Keimlichkeit hielte, so hätte sie Herrn Windolf unter allen Umständen auszuweisen. Der Sohn eines Vorstandsmitglieds vom Randwehverein bezeichnete der christliche Gewerkschaftsführer als „größten Sozialdemokraten“. Da dieser nur gewerkschaftlich organisiert ist, so hat er Klage gegen Windolf erhoben. Auch der Randwehverein hat schon zu Gericht gesessen und einige von den Vätern begeben, u. a. auch den Dachdecker Sad, der aber weder gewerkschaftlich noch politisch organisiert ist. Über — er ist Mitglied des Gefangenenvereins „Konfordia“, und das genügt dem Windolf, seine Denunziation gegen Sad anzubringen, der auf Ehrenwort erklären mußte, aus dem Gefangenenverein auszutreten, da er sonst aus dem Randwehverein ausgeschlossen wäre. Auf diesem Wege glaubt man die Arbeiter in die gelbe Gewerkschaft hineinzuschleichen. Windolf hat sein Stadtverordnetenmandat nur durch seine Parteilichkeit mit dem Reichsflügelverband erhalten. Das nennt sich nun „christlich“! Denunzianten

als Führer, und treue Brüder des Reichsflügelverbandes. Pfui Teufel!

**Buer i. W.** Unsere Zählstelle unternahm kürzlich eine Baurtenaufzählung. Es wurden kontrolliert 31 Baustellen, auf denen 208 Maurer beschäftigt waren; davon waren 106 frei organisiert, 99 christlich organisiert und 33 „wild“. Die Baustellen waren fast durchweg in jämmerlichem Zustande: die Stadtwerke nicht abgedeckt, keine vorchriftsmäßigen Baubuden, auf verschiedenen auch keine Worte, huzum, alles war in schlechtem Zustande. Die Zahl der Organisierten ist noch etwas höher, da immerhin einige Kollegen nicht gefunden wurden, die hier und da auf Arbeit waren. Gegenwärtig zählt die Zählstelle Buer 138 Mitglieder, ohne die, die in letzter Woche zugereist sind. Es geht also vorwärts, trotz des Arbeitsmangels und trotz der Verleumdungen von gegnerischer Seite. Die Zahl der Unorganisierten ist vermutlich größer, weil sich viele als christlich organisiert ausgaben, die in Wahrheit gar nicht organisiert waren. Verdächtiglich man, daß auch von den Christlichen einige nicht gefunden wurden, so mag ihre Zahl wohl stimmen. Wir sehen also, daß auch hier noch ein Feld zu bearbeiten ist, das für uns die Früchte bringt. Sorge jeder Kollege, daß der Name des Vorstandes möglichst wird, dann stehen wir auch im nächsten Kampfsahre gleich da. Dies gilt auch der Gewerkschaften, die ebenfalls meistens bei uns organisiert sind. Also noch einmal: Setzt in die Agitation; zeigt dem Unternehmern, daß wir uns nicht unterliegen lassen!

**Bunzlau.** Am 21. September fand die regelmäßige Mitgliedserversammlung unseres Zweigvereins statt. Das Referat des Genossen Zanderhals mußte wegen ausbleibenden Besuches zum zweiten Male zurückgestellt werden. Von der hiesigen Konjunktionskonferenz lag ein Antrag vor, die Gewerkschaften möchten für einen Teil ihrer Kosten die Teilnahme der Interessierten zum Bau eines Genossenschaftshauses übernehmen. Unter allseitiger Zustimmung wurde beschlossen, für 75 pSt. unseres Lokalpfandes ein Interimsschein zu kaufen. Die angelegene Scheinfrage endete in einer großen Debatte über die Poliere. Dem etlichen Kollegen wurde gesagt: „Wie die Kassen das kaufen nicht lassen können, so können auch sie die Zusatzkosten materieller Natur bei den Kollegen nicht lassen, um auf diese Weise für die Unterarbeit zu sorgen.“ Wegen eines Polier, dessen großes Benehmen selbst dem geduldsamen Kollegen zu viel geworden ist, soll die Kommission angerufen werden. Nach nachträglicher Dauer fand die Versammlung ihr Ende. Nachfolgender sei noch folgender Bericht des Ausschusses in Sachen unseres früheren Mitglieds, der sich Unzufriedenheit zu schaden kommen ließ: Nach Kenntnisnahme Kurier Bescheid über die Nichtbeachtung des Ausschusses des dortigen früheren Kassierers Bruno Hellwig seitens des Verbandsausschusses, hat der Verbandsausschuß nach Prüfung der vorgebrachten Tatsachen und Anhörung des in Kurier letzten Sitzung anwesenden Verbandsvorstehenden Bömelwitz dahin entschieden, daß der Beschluß des Verbandsvorstandes aufgehoben und der von Euch beschlossene Ausschluß Hellwigs bestätigt wird. Der Verbandsausschuß hat auf Grund der nachgewiesenen Tatsachen die Lieberzeugung gewonnen, daß Hellwig die ihn zur Zeit bezeugten Vergehen mit Vorsatz ausgeführt hat und deshalb nicht mehr Mitglied unseres Verbandes zu sein. Der Zweigverein Bunzlau war auch bereit, Hellwig trotz seines Ausschlusses auszusprechen wegen der eben erwähnten Konsequenzen bei späterem Wiedereintritt.

**Galle.** Nachmal müssen wir, herausgefordert durch die Kritik der Redaktion auf unsere Erwiderung, auf den Streit eingehen. Mit der bloßen Worten: „Kollege Möber irrte in allen Stücken“, ist nichts widerlegt, was ein Redakteur allerdings wohl weiß, oder wissen möchte. Außerdem genügt der angelegene Ton der Redaktion in ihrer Erwiderung wohl weniger von sachlicher Kritik, aber desto mehr tritt der diktorische Herrensinnpunkt, vermehrt mit Vorwitz — wie sich ja die Redaktion beliebt, auszubreiten — im allgemeinen hervor. Vielleicht darf man ja die Worte: „Innervorn, unsozial usw.“ nicht auffassen, denn die Redaktion ist ja über alle erhoben und erlaubt sich eben, alles als unvernünftig hinzustellen, sobald einer gegen den Stachel löst. Aber beweisen ist dadurch für den Kern der Sache nichts. Wenn wir die Kommune als Beispiel angeführt haben, so ist eben damit eine Gemeinschaft bezeichnet, welche auf engem Gebiet ihre Angelegenheiten, soweit dieselben über ihren gemeinschaftlichen Kreis nicht hinausgehen, selbst regelt. Insofern hat auch keine zweifelhafte und höhere Instanz das Recht, mit rauher Hand in die friedliche Gemeinschaft, Unfrieden hineintragend, einzugreifen und ihr Beschluß zu diffundieren, die nicht von allgemeinen Grundfragen und Bestimmungen handeln, wie der von uns angezeigte Beschluß des Verbandsausschusses. Sollte dies auch im Zukunftskarte, der, nebenbei bemerkt, noch in weitem Felde liegt, auftreten, so würden sich bald Streit und Mängel einstellen, die einer Veränderung bedürfen, abgesehen davon, daß derselbe aus anderen Menschen zusammengeleitet sein wird und kann als den heutigen. Aber wie liegen die Dinge, die durch diesen Beschluß den allgemeinen Grundfragen entsprechen sollen? Da bekommt ein Kollege in Berlin, Gumburg, Leipzig, München — in all den Großstädten mit teurer Wohnungsmiete und größeren Ausgaben — genau nicht mehr als ein Kollege in Städten mit und über 50.3 Stundenlohn, der aber bedeutend billiger wohnen und auch nach den Verhältnissen etwas billiger leben kann. Sind dadurch die Kollegen gleichgestellt? Sind die Verhältnisse so den in Betracht kommenden Orten nicht verschiedenartig? Ist dadurch den Kollegen, die es angeht, gleichmäßig Rechnung getragen? Wüssten nach diesen Grundfragen die Kollegen in den vorgeschrittenen Großstädten mit ihren Lohnforderungen nicht auch zurückgehen zu Gunsten derer, die noch nicht den Lohn erlangt haben? Alles das sind nach meiner Ansicht — um auch einmal so angangig wie die Redaktion zu werden — Fragen, wo nicht die Regeln des Reichs, Landes- und Gemeinbundes in Einklang und Vergleich gestellt werden können, obgleich die Grenzen nach oben offen gelassen sind. Hier wird das unsoziale Verhalten der Kollegen, die nun mal so glücklicherweise an einem Orte — vielleicht die Galle? — haufenweise vorhanden sein könnten! als Argument zur Befestigung des Verbandes.

tagsbeschlusses geltend gemacht. Ich frage, ist es unsozial gehandelt, wenn man 20 pSt. mehr als den Höchstlohn eines Maurers an Orte als Gehalt festsetzen will? Sind die 99 Delegierten vom letzten Verbandstage, die gegenteiliger Ansicht waren, unsozial? Warum hat der Verbandsvorstand und Ausschuß einen bedeutend niedrigeren Antrag auf dem Verbandstage eingebracht, als die von der Kommission zusammengedrehten und zum Beschluß erhobene Gehaltskala? die nach meiner Meinung von dem größten Teile der in Betracht kommenden Kollegen in Deutschland bestimmt nicht gut gehehen wird. Was für Argumente sind für ihn maßgebend gewesen, als er doch trotz mit seinem Antrage die Höchstgrenze, was der Verband leisten und was er den Kollegen zumuten konnte, festgelegt wissen wollte? Waren Vorstand, Ausschuß, vielleicht auch die Redaktion, welche bei Stellung des Antrages mit zugegen war, auch unsozial? Wenn ich durch meine Ausführungen mit der Demokratie auf gespanntem Fuße stehen soll, so kann ich erklären, daß die Redaktion weit mehr durch ihre Kritik davon absteht. Nach Ansicht der Redaktion werden wir, die Kollegen des Deutschen Maurerverbandes, mit dem kapitalistischen Unternehmertum, das die Arbeiter niedrig entlohnt, aber bestmöglich ausbeutet, verglichen. Wir, die wir im Kampfe gegen das Unternehmertum stehen, geführt durch unsere Beamten, werden von denselben selbst als Unternehmern betrachtet und durch Beschlässe in unserem Selbstverwaltungsrecht gehindert. Das ist freilich eine Leide mit Erfolg gekündete Lohnbewegung, wenn der hier in Betracht kommende Arbeitgeber, die einzelnen Zweigvereine, wohl das Recht zu zahlen haben, aber im übrigen nichts zu machen. Wohl wird den Kollegen das Recht der Kritik eingeräumt, sobald aber einer aus den untersten Reihen, gleichviel, ob er fast seit Gründung des Verbandes demselben angehört, von ihr Gebrauch macht und zwar sich gegen die Beschlässe wendet, wo er seine Rechte bedroht sieht, so ist Unvernunft — Völschheit — Anarchie vorzuziehen. Beistimmung seiner Kritik, sie ist nicht sachlich, sondern nichtsichtig und vergleicht mehr. Ob durch diese Kraftausdrücke, die mehr schmeichele als aufklärend und sachlich klingen, die angelegene Materie widerlegt ist, überlasse ich den Kollegen, welche diese Zeilen lesen. Aber beweisen ist wieder einmal, daß gleiches Recht für alle in Bezug auf Kritik, in dieser Frage angewandt, ein heiliges Ding ist, oder soll das Demokratie sein, daß man zu allen Vorurteilen das Maul halten soll? Ich weiß sonst nicht, wie man's aussprechen soll. Erkläre mir, Graf Dermbach, diesen Zwiespalt der Natur, um mit Götze zu reden.

Ich erlaube, diese Zeilen unterkürzt unter Galle in nächster Nummer unseres Verbandsorgans zu veröffentlichen, aber ich möchte bitten, damit, da alles ein Ende haben muß, die Sache bewenden zu lassen; denn mir stehen nicht allzuviel übrige Gelder und Zeit zur Verfügung, welche derartige Polemiken erfordern; denn wenn man angegriffen wird, muß man sich verteidigen.

Mit kollegialem Gruß  
Otto Möber.

**Erwiderung der Redaktion.** Dem Wunsch des Kollegen Möber, seine vorstehende Epistel als Schlusswort in dieser Angelegenheit gelten zu lassen, können wir nicht stattgeben. Dazu sind die von Möber angewandten demagogischen Kniffe zu arg. Selbst wenn wir zu seinen Gunsten annehmen, daß er sich des Sinnes seiner Ausdrucksweise nicht bemußt ist, sondern sich an dem Wohlklang hergebrachter Phrasen berauscht hat, müssen wir seine Auslegung des Streifens zurückweisen und die Sache auf ihren Ursprung zurückführen.

Der letzte Verbandstag hat beschlossen, die Gehälter aller Verbandsbeamten zu regeln, also auch die der Zweigvereinsbeamten. Für diese ist im Minimum festgelegt worden: in Orten mit einem Lohn von 50.3 und mehr pro Stunde soll der Anfangsgehalt 12000 betragen und jährlich steigen um 100, bis zum Höchstgehalt von 20000. Dieser Beschluß mag kritikwürdig sein, aber er besteht zu Recht, da dem Verbandstag die Gleichgültigkeit der Verbandsangelegenheiten und die Festsetzung der Beamtengehälter obliegt, und nur ein anderer Verbandstag kann ihn wieder aufheben und im Sinne der Antragsteller verbessern. Rückwärts hat aber jeder Zweigverein und jede andere Verbandsinstanz den Beschluß des Verbandstages auszuführen.

In der Kategorie von Orten mit 50.3 und mehr Stundenlohn gehört nun auch Galle, und der Zweigverein Galle hat auch einen Beamten, der nun ganz selbstverständlich dem Verbandsbeschluß entsprechend befristet werden muß. Der Zweigverein Galle sagt aber, den Beschluß erkennen wir nicht an! Eine am 5. September abgehaltene Versammlung beschloß eine Protestresolution, worin gesagt wird, daß der Verbandsbeschluß dem demokratischen Gedanken widerspreche, und daß die Zweigvereine deorn und und rechos gemacht würden. Wir haben in einer Anmerkung hierzu gesagt, die „Demokratie“, wie sie in Galle gegen den Verbandsbeschluß geltend gemacht werde, laufe auf Anarchie hinaus: Wer irgend einer Gemeinschaft angehören will, ganz gleich welcher Zweck die Vereinigung verfolgt, muß es verstehen oder lernen, sich den Beschläßen der Mehrheit unterzuordnen. Es ist kein gutes Recht, für seine Ansicht zu streiten und zu versuchen, Anhänger zu gewinnen; bleibt er damit aber in der Minderheit, dann darf er nicht sagen: nun erst recht nicht! Nein, als guter Demokrat arbeitet er an dem Werke, wie es die Mehrzahl seiner Genossen beschließen hat. So müssen auch die Kollegen vom hiesigen Zweigverein soviel sie dabei tun können, die Beschläße des Verbandstages zur Durchführung bringen helfen. ... War der Beschluß irrig, dann wird er auf dem nächsten oder übernächsten Verbandstag seine Richtigstellung finden.

In einer Gegenerklärung (Nr. 38 des „Grundstein“) hatte Kollege Möber die „Freundlichkeit“, unsere letzte Bemerkung als „Stranie“ zu bezeichnen, woran wir nicht im entferntesten gedacht haben. Möber unterstellte uns dann, wir hätten den Protest der Zweigvereinsversammlung als Anarchie bezeichnet, was uns gar nicht eingefallen ist. Nicht den Protest, sondern den Ablehnungsbeschluß haben wir, im Gegensatz zu der hiesigen „Demokratie“, als Anarchie bezeichnet. Möber knüpfte daran die höhnische



Bemerkung, wir müßten wohl eine heillose Angst vor der Anarchie haben, worauf wir antworteten, daß uns alles fern liege, als Angst, wohl aber die Anarchie zu betrachten und bekämpfen, weil sie nichtsnutzig ist. Zu alledem durften wir sagen: Kollege Röber tritt in allen Ecken.

Nach den heutigen Ausführungen Röbers müssen wir unsere Meinung über seine izzige Auffassung allerdings zurückziehen. Wir glauben nun nicht mehr, daß Röber im guten Sinne des Wortes izzt, sondern, daß er bewußterweise ein Phrasentagout aufzumuntern, hinter dem er sein Unvermögen, sachlich zu diskutieren, zu verbergen sucht. Solchen Brüdern müssen wir aber doch die Kappe noch etwas mehr lüften.

Wir stellen darum fest:

1. Röber sagt die Unwahrheit, indem er schreibt, die Erwiderung der Redaktion sei weniger von sachlicher Kritik als vom diktorischen Herrenstandpunkt geleitet.

2. Röber sagt die Unwahrheit, indem er schreibt, die Redaktion stelle alles als unvernünftig hin, sobald einer „gegen den Stachel löst“.

3. Röber sagt die Unwahrheit, indem er schreibt, sobald ein Kollege „aus den untersten Reihen“ vom dem Rechte der Kritik Gebrauch macht, werden seine Ausführungen als Unvernunft, Bosheit und Anarchie abgetan.

4. Ebenso unwahr ist die Unterstellung Röbers, durch unsere Anmerkung und Erwiderung sei bewiesen, daß wir die Demokratie so auffassen, daß die Mitglieder des Verbandes zu allen Vorkommnissen das „Maul“ zu halten hätten, wie es auch nicht wahr ist, daß wir versucht hätten, durch „höfentliche Kraftausdrücke“ den hallischen Protest und seine Motivierung abzumuntern.

Alle übrigen Ausführungen Röbers treffen den Kern des Streitfalles ebenfalls nicht. Denn vom vornherein hat es sich nicht darum gehandelt, ob allen Kollegen der Beschluß des Verbandes lieb ist und ob der Verbandstag das richtige getroffen hat, sondern nur darum, ob sie die Resolution der Zusage in der Sache der Demokratie ablehnen. Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus dem Geistesrichte des Verbandes, das nach dem Status quo nicht angezweifelt werden kann. Ganz irrelevant ist es, wie sich vorher der Verbandsausfluß und der Verbandsvorstand aus der Gefährdung gestellt haben; sie haben sich ebenso den Beschluß des Verbandstages untergeordnet wie jedes Mitglied und jede Mitgliedschaft. Und sie tun es selbstverständlich und sind deshalb auch vorher noch nachher „unsozial“ gewesen.

**Süßendeben.** Am 21. September hielt der hiesige Zweigverein seine monatliche Versammlung ab, die den Verhältnissen nach besser hätte besetzt sein können. Tatsache ist leider auch hier, daß noch viele Kollegen glauben, es geht auch ohne sie. Wenn wir dies heute tadeln, so geben wir uns der Hoffnung hin, daß die Kollegen die richtigen Schlüsse daraus ziehen und sich bei den kommenden Versprechungen ihrer Pflicht bewußt sind; denn gerade die Auseinandersetzungen zeigten, daß hier noch sehr vieles faul ist. Wie könnte, wenn sich die Kollegen alle ihrer Pflicht bewußt wären, sich der Polier Wallbaum erdreisten, einen organisierten Kollegen grüßlich zu beschimpfen? Wir nehmen aber gerade diesen Herrn die Sache nicht allzu sehr übel. Geradezu förmlich aber wirkt es, wenn er den arbeitenden Kollegen „Mores lehren“ will. Als kürzlich ein Kollege seinen „heiligen“ Vorschlag nicht ohne Widerspruch ausprüfte, meinte dieser „Herr“: „Paß mal ob, wenn id' r'opomme“. Was dieser Arbeiterfreund damit gemeint hat, steht dahin, aber die Kollegen sollten sich doch sagen, daß durch Einigkeit den Morden dieses früheren Maurers ein Ziel zu setzen wäre. Man sollte glauben, als früherer Maurer, der infolge seiner „Fähigkeit“ zum Polier avanciert ist, müßte er wissen, daß die Barbareie diese acht Tage im Schmutz liegen kann, wenn man sein Brot mit Appetit verzehren will. Sie wäre noch länger ein Schweinefleck geblieben, wenn die Kollegen nicht mit Arbeitsentzettelung gedroht hätten. Dieser Mensch droht sogar, wenn die Kollegen nach seiner Meinung 5 Minuten länger Frühstüd gehalten haben sollen, sie Mittags eine halbe Stunde länger arbeiten zu lassen oder ihnen den Lohn dafür zu kürzen. Wenn er dieses auch nicht fertig fristet, so zeigen doch seine dummdrehtigen Auslassungen, wo die Fahrt hingehen soll. Kollegen! Soll uns das Vorgehen noch nicht zu denken geben, daß man einer Menge hiesiger Kollegen kündigt, während die auswärtigen Kollegen weiterarbeiten können? Mit letzteren Kameraden sucht er es nicht zu verderben, um die hiesigen in Schach zu halten. Nun, uns soll es recht sein. Aber man wundere sich nicht, wenn die Kollegen aus dem Verhalten des Poliers in Zukunft die Konsequenzen ziehen. Kollegen! Es liegt an uns, besetzt die Versprechungen! Derartige Machinationen müssen aufgedeckt werden, damit sich dieser Mensch in Zukunft einen besseren Ton angewöhnt.

**Sufum.** Dienstag, den 17. September, hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die trotz der wichtigen Tagesordnung nur mäßig besetzt war. Es handelte sich um definitive Beschlußfassung über gänzliche Abschaffung der Affordarbeit. Hierüber wurde eine recht lebhafteste Debatte geführt, die damit endete, daß die gänzliche Abschaffung der Affordarbeit beschlossen wurde. Dieser Beschluß kann mit Freude begrüßt werden, ist doch dadurch der Zweigverein um einen großen Schritt vorwärts gekommen. Dann wurde vom ersten Vorsitzenden ein kurzer Überblick über die Arbeiten des hiesigen paritätischen Arbeitsnachweises gegeben. Unter „Verschiedenes“ wurde das Verhalten von zwei Kollegen scharf getadelt, die hier verschiedene Logisworte um das Logisgeld geprellt haben und sich noch andere schmutzige Sachen haben zu schämen kommen lassen. Zum Schluß wurde den Kollegen noch ans Herz gelegt, die „Zentralhalle“ nicht zu betreten, da sie noch immer boykottiert ist.

**Kattowitz.** In diesem Jahre war die Arbeitslosigkeit in der Stadt sehr minimal, so daß ein großer Teil Kollegen für eine Lohnbewegung resp. für Hausparzen nicht leicht zu gewinnen war. Der Arbeitgeberverband hat mit unserer Organisation einen Vertrag abgeschlossen, in dem uns gesühnliche Arbeitszeit und 40 % Lohn zugesprochen wurden. Der vertragmäßige Lohn wurde bis auf etliche kleine Unternehmer gezahlt, die sich später auch dazu bequemen mußten. Es herrschte auf den Bauten trasse Mißstände, die jeder Beschreibung spotten, aber die Kollegen

gehen mit Abscheu davor und verlassen sich auf eine einzelne Person, die erklären: wir haben den Gaulleiter oder unseren Vorstand, diese müssen uns alles besorgen. Solange wir nicht auf jeden einzelnen Bau einen Bauarbeiter wählen, werden die Mißstände auf den Bauten nicht aufhören. Es handelt sich hauptsächlich um die Errichtung von Gebäuden. Wenn überhaupt ein Vorhanden ist, so ist sie demnach gestaltet, daß sich niemand darin aufhalten kann, da Material darin gelagert wird. Zum Anziehen eignet sie sich auch nicht, da die Sandlangermäden ihre Arbeitsgeräte auch dahinein besorgen müssen und die Mauer es dann vorgehen, sich gar nicht umzuwenden und lieber in ihrer Hahloffe und in Goldpantoffeln nach Hause gehen. Die oberste Mauer müssen ihre Augen öffnen und im nächsten Jahre energisch darauf sehen, daß sie menschenwürdige Bauten erhalten. Ein schweres Stück Arbeit war es, die gesühnliche Arbeitszeit zu erzwingen. Ein Unternehmer (Kühn) sträubte sich hartnäckig dagegen und erklärte, seine Mauer würden dadurch viel verkommen, denn sie würden eine Viertelstunde vor der Besser schon nicht arbeiten und abwarten, sie getrübelt würde, und beim Aufsteigen bergingen wieder fünf Minuten, so daß er nur Schaden hätte. Es sind jetzt noch Unternehmer vorhanden, die länger als zehn Stunden arbeiten lassen. Mißfallt der Kollegen wird es bei diesen sein, das Verfaulnis nachzuholen. Außer den organisierten Unternehmern haben wir mit sechs unorganisierten mündliche Verhandlungen bestellt, sämtliche unterzeichneten unseren Vertrag. Wegen der gesühnlichen Arbeitszeit konnten wir zwei Sperren nicht durchsetzen, da die Bauten sofort wieder mit Mauerwerk besetzt wurden. Die eine Sperre betraf die Firma Sefel, deren Inhaber erklärte, daß er mit seinem Arbeitervertreter verhandeln würde. Er hat es auch verstanden, seine Schiffe in einer Parade, die auf künstlichem Boden steht, unterzubringen. Natürlich hat er ihnen 1 % oder mehr pro Stunde für Benutzung der Parade abgezogen, die von keinem betreten werden durfte, der nicht die Erlaubnis vom Polier Rindlein hatte. Dieser Polier ist ein fanatischer Gegner unserer Organisation; er hat die von uns leauftrigen Kollegen aus der Parade herausgeworfen. Übrigens war man auch nicht sicher, daß man nicht eine Portion Wanz und Flöhe mit nach Hause brachte. Unsere Lohnbewegung und auch die Agitation erschweren uns die christlichen Organisationen, indem sie sich um die Teilnahme an den Hausparzen brühen; hinterher aber sagen sie, sie hätten den Lohn in Oberpfälzen hochgebracht. Mitgliedsbücher werden von den Christlichen auf der Baustelle zur Kontrolle nicht vorgelegt, so daß man annehmen muß, daß es ihnen ihre Führer einpausen, aus Furcht, einen ihrer Getreuen zu verlieren. Aber trotzdem haben wir massenhaft Hebertritte. Unser Kampf ist zwar einer der schwersten, doch um so schöner ist der Sieg.

**Königsbrück.** Hier hat jetzt ein Dresdener Unternehmer, der sich durch Zahlung höherer Löhne einen Teil der früher bei den Königsbrüder Unternehmern beschaffigten Mauer bezogenen hat. Dies ärgert die Königsbrüder Unternehmer, ganz besonders Herrn Hallbauer. Dieser hat erst einen Vertrag mit einem Brief zu dem Polier des Dresdener Unternehmers geschickt, worin er ihn ersucht, seine (Hallbauers) Mauer wieder zu verlassen. Da dies nichts bringend um die Entlassung. Als dieses noch nichts half, wurde er dem Dresdener Unternehmer selbst auf und machte ihn insbesondere auf einen unserer Grundstein „Polsteure“ aufmerksam. Dieser hat gar kein Mauer; er solle ihn daher verlassen. Der Unternehmer hat sich auch aus diesen Vorstellungen nichts gemacht und beschäftigt die Leute weiter. Wäre der Unternehmer diesen Einforderungen zugänglich gewesen, dann wäre ein Teil der Kollegen entlassen worden und dadurch gezwungen gewesen, für den niedrigen Lohn zu arbeiten, den die Königsbrüder Unternehmer selbständig festsetzten. Als wir vor zwei Monaten schon auf die kommende Situation aufmerksam machten und die Unternehmer um eine Lohnzulage erlitten, da hieß es: „Wir müssen sowieso bald Mauer verlassen und haben es nicht nötig, auf die veränderten Verhältnisse viel Rücksicht zu nehmen.“ Nun durch die in Aussicht gestellte Arbeitslosigkeit mehr Kollegen als sonst den Arbeitsplatz wechselten, nun möchte man die Freigängigkeit beschränken. Im übrigen zeigt sich hier einmal wieder die Rücksichtslosigkeit der ländlichen Unternehmer. Der Dresdener Unternehmer kalkuliert von vornherein mit 45 % Stundenlohn; er hat weder dort einen Steinbruch, noch kennt er sonst vorteilhafte Einkaufsquellen, die hiesigen Unternehmer kennen. Die Königsbrüder Unternehmer rechneten mit 32 1/2 Stundenlohn, haben selbst Steinbrüche, oder wissen wenigstens durch langjährige Praxis, wo sie die Bruchsteine am billigsten herbeiziehen und wie diese am billigsten auf den Bauplatz bekommen, und doch waren sie nicht im Stande, den Bau so billig herzustellen wie der Dresdener Unternehmer. Wie es hier in Königsbrück ist, ist es fast überall auf dem Lande. Fast ohne Ausnahme werden alle größeren Kasernen oder sonstigen Staats- oder Fabrikbauten von Dresdener Unternehmern ausgeführt. Eine Ausnahme machen die Kommunalbauten, da die Bauunternehmer in den Gemeindeverwaltungen in der Regel eine große Rolle spielen. Mit Hilfe der sonstigen interessierten Kleinmeister sind in Kommunen Beschäftigte gefaßt, wonach nur am Orte Anlässe an der Konkurrenz teilnehmen dürfen. Das alle bekannte Mittelfeldsied: Schulzille und nebenbei Niederhaltung der Arbeiterorganisationen. Im eifrigen, offenen Kampf lassen sich die Arbeiter denn heute nicht mehr bieten, und deshalb der Kampf aus dem Hinterhalt, indem man die Arbeiter aus Lohn und Brot zu bringen sucht.

**Neumarkt a. N.** Im benachbarten Ganghofen sollte am 1. September eine Versammlung stattfinden, um dort eine Zählstelle des hiesigen Zweigvereins zu gründen. Der dortige Pfarrer erfuhr von diesem berrückten Plan und machte nun alle verfügbaren Kräfte mobil, um seine getreuen Schäflein zu retten, mit anderen Worten, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verkümmern. Der Kooperatort und der Bürgermeister machten sich auf die Socken und brachten es auch fertig, daß uns das Lokal verweigert wurde. Daß es auch ohne Versammlung möglich ist, den Samen zu legen, daran hatten Godwinbrüder allerdings nicht gedacht. Es traten einige Kollegen unserem Verbands bei, und nun mußte das äußerste Mittel angewendet werden, um unsere Organisation unmöglich zu

machen. Es wurde eine christliche Gewerkschaft gegründet. In der „christlichen“ Versammlung sprachen der Herr Pfarrer und ein Herr aus Münden, wie es in der Antinigung der Versammlung hieß. Ob Brüder sich wohl schämte, seinen Namen zu diesem „christlichen“ Unternehmen herzugeben? Ein Mann wurden als „christliche“ Mitglieder eingeschrieben; zu bezahlen brauchten sie nichts. Wahrscheinlich wird dies vom Pfarrer oder Bürgermeister geschieden, denn dadurch läßt sich am leichtesten eine „christliche“ Gewerkschaft gründen. Die Hauptfrage ist für diese Arbeiterchristen, wenn sie mit großen Mitgliederzahlen paradierten können, um Uneinigkeit unter die Arbeiter zu bringen. Zum 15. September war uns wiederum ein Lokal zugelang worden. Auch diesmal brachten es die arbeitserfreundlichen Gestalten fertig, uns das Lokal abzutreiben. Was Pfarrer und Bürgermeister nicht fertig brachten, das gelang diesmal dem Brauereibesitzer; der Pfarrer mußte wohl oder übel zu seinem eigenen Schaden das Lokal verweigern. Soweit geht also die christliche Nächstenliebe dieser Arbeiterchristen, daß sie vor dem äußersten Terrorismus nicht zurückschrecken, wenn es gilt, die Arbeiter um ihr gutes Recht zu bringen. Sollen wir ja allerdings auch dieses Mittel nicht. Trotz aller Schikanen trat wieder eine größere Anzahl von Kollegen unserem Verbands bei. Das Ab der Zeit geht vorwärts, auch über den Kopf des Herrn Pfarrers hinweg.

**Dönanbrück.** Am 22. September tagte die Generalversammlung des Zweigvereins, die im ersten Punkt der Tagesordnung einen Vortrag des Kollegen August Müntig über die christlichen Gewerkschaften entgegannahm. Der Vortrag bewegte sich in denselben Gedankenwegen wie der im Bericht von Bremerhaven wiedergegebene und fand harten Beifall. In der Diskussion kam die schlappe Haltung der Christlichen einem Unternehmer gegenüber zur Sprache, der den Lohnzuschlag für Wasserarbeiten nicht zahlen wollte. Die Schuld daran wurde dem Lokalbeamten der Christlichen zugewiesen, der erst dann etwas gegen den Unternehmer tat, als ihn seine Mitglieder dazu zwangen. Nach längerer Debatte darüber wurde die Wahl eines ersten Kassierers vorgenommen. Darauf fand die Versammlung mit einem kräftigen Echo auf den Verband ihren Abschluß.

**Ostrositz i. Oberpfälzen.** Auf dem Domnium in Ostrositz, Nr. 10, wird augenblicklich vom Unternehmer Hoffmann aus Cöfel ein Neubau aufgeführt, wo mit Ausgängen darüber gedacht wird, daß kein Mauerer vom sozialdemokratischen Zentralverband beschäftigt wird. Aber trotz der peinlichen Aufmerksamkeiten konnte es doch nicht verhindert werden — der Bau war eben mit Sozialdemokraten besetzt. Niederreiten nahte hier nichts mehr. Am 23. September kam es zwischen dem Unternehmer und den Mauerern zu Differenzen, die am 24. September zur Arbeitsniederlegung führten. Ursache war, daß die betreffenden 30 % Stundenlohn von Hoffmann nicht gezahlt wurden. Der Bauführer Hoffmann entließ den Mauerer Müstant, der nach seinem Dafürhalten der Heber gewesen sein sollte. Müstant verlangte nun seine Papiere und seinen Lohn, um gehen zu können. Währenddessen erschien der Amtsvorsteher mit seinem Amtsdienster. Ersterer forderte Müstant dreimal auf, die Baustelle zu verlassen, der Amtsdienster sprang sofort hinzu und führte den „Heber“ bis an die Schaulsee und der Bauführer Hoffmann rief dem Müstant nach, „er solle sich seine Papiere nachher holen kommen“. Nach ungefähr einer Stunde kam Müstant der Aufforderung des Hoffmann nach, bemühte sich nach der Baustelle und glaubte nun, Karte und Lohn zu erhalten. Der Bauführer zahlte auch 8 % aus, und wie Müstant nach dem Selbstbetrug und nach seiner Karte fragte, wurde er vom Amtsvorsteher Janekki dertat am Stragen gefaßt, daß das Geld gleich zerriss, und mit dem dicken Ende der Meißpeitsche auf den Rücken und ins Genick geschlagen, so daß Müstant zu Boden fiel. Sein Körper ist ganz mit Blut unterlaufenen Flecken bedeckt. Der Kollege Müstant ist jeder Aufforderung nachgekommen und hat nicht ein einziges Mal zur Abwehr gegriffen. Der christliche Amtsvorsteher Janekki glaubt wohl, daß nachdem das Niederreiten fehlgeschlagen ist, die Arbeiterbewegung niedergemittelt werden muß, und träumt wohl noch, daß er in Oberpfälzen noch länger russische Zustände aufrecht erhalten kann. Unseren Kollegen im Kreise Cöfel, besonders den in Ostrositz, rufen wir zu, nun erst recht den Kampf zu führen und treu und fest zur Organisation zu halten, damit der christlich gebildete Amtsvorsteher Janekki trotz seiner schlaf fertigen Faust und Meißpeitsche einsieht, daß er den Zentralverband in seinem Amtsbezirk Ostrositz weder niederreiten noch niedermitteln kann. Im übrigen werden sämtliche Kollegen, die in die Nähe des prügelfreudigen Janekki kommen, zur Vorsicht geraten, besonders die rechte Hand und die Meißpeitsche gut beobachten zu wollen.

**Paffau.** Am 23. September tagte hier eine große Mauererversammlung, in der Kollege Hartl aus Münden über das Thema „Rückblick und Ausblick der freien Gewerkschaften“ referierte. Er führte den Kollegen in sehr trefflichen Worten vor Augen, was die freien Gewerkschaften schon alles geleistet haben und in Zukunft noch leisten werden. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen; sie sprachen im Sinne des Referenten. Die Paffauer Kollegen haben einen Schritt vorwärts gemacht, nur muß auf den Bauten noch mehr agitiert werden, dann wird in Paffau bald der letzte Mauerer in unseren Reihen stehen. Zwei Kollegen ließen sich aufnehmen, darunter auch der zweite Vorsitzende vom christlichen Verband. Bravo!

**Hrubort.** Am Sonntag, den 22. September, hielt der hiesige Zweigverein eine Konferenz ab, auf der neun Zählstellen mit 27 Vertretern anwesend waren; zwei Zählstellen, H e i n e r g und D i n s l a t e n, waren nicht vertreten. Vom Gauvorstand kam der Kollege Kahl anwesend. Der Kollege Behrend berichtete in eingehender Weise über den Stand der Organisation in den einzelnen Zählstellen des Zweigvereins. Die Arbeitslosigkeit hat sich gegen Anfang des Jahres nicht gebessert. Mit Ausnahme des Bezirkes Somburg-Mörs hat die Bauwirtschaft in allen Bezirken den Vorjahre gegenüber merklich nachgelassen, was wohl in erster Linie, soweit die Privatbaufähigkeit in Frage kommt, auf die mäßigen Verhältnisse des Geldmarktes zurückzuführen ist. Besonders in der Bürger-



meisterei Gumborn ist die Bautätigkeit fast vollständig ins Stottern geraten, trotzdem in diesem industriereichen Bezirk eine weitere erhebliche Nachfrage nach Wohnungen ist. Nicht wesentlich anders liegen die Verhältnisse in Weiden, wo neben einigen größeren Bauanlagen, Schlachthof, Neubau und Telegraphenamt-Neubau, die allgemeine Bautätigkeit von Monat zu Monat nachgelassen hat. Trotzdem ist die Zahl der Mitglieder gegen Schluss des zweiten Quartals gestiegen, was besonders auf die vorgenannten Bauanlagen auf den Bechen und Fabriken im hiesigen Bezirk zurückzuführen ist. Gegen die Vorjahre hat unsere Organisation stabilere Formen angenommen, wenngleich in einzelnen Baustellen ein Teil unserer Kollegen noch nicht einzieht, daß jeder einzelne seine ganze Person in den Dienst der Organisation zu stellen hat. Doch auch hierin haben wir wertvolle Fortschritte zu verzeichnen, so daß sich auch dieser Uebelstand in allernächster Zeit nicht mehr bemerkbar machen wird. Bezüglich der Agitation machte der Gumborfer Kollege, sehr interessante Ausführungen. Neben der Agitation einiger kleiner Organisationsrichtungen und Organisationsstellen in unserem Bezirk erscheinen auch jetzt die Unternehmer auf dem Plan, um die noch vorhandenen Unorganisierten, d. h. Streikbrecher, in die sogenannten gelben Gewerkschaften zu organisieren und dadurch der vorwärts strebenden Arbeiterbewegung des Baugewerbes einen Damm entgegenzusetzen. Mehr als bisher ist der Zusammenschluß in einer starken Organisation notwendig, um diesem feindlichen Vorhaben der Unternehmer im Grunde mit einigen Streikbrechern und Schurken von vornherein das Wasser abzurufen. Weiter verwies Kollege Kahl auf das Vorgehen der Unternehmer des Baugewerbes im hiesigen Industriegebiet, wie sie allen Ernstes Pläne schmieden, um unsere Organisation „niederzureiten“. Der Gedanke, durch eine Gesamtsperre im nächsten Jahre sich der Verpflichtungen unserer Organisation gegenüber in Bezug auf Lohn und Arbeitszeit zu entledigen, wird in lebhafter Weise in Verammlungen und Zeitungen verbreitet. Angesichts solcher Vernichtungspläne sei es Hauptaufgabe, die Organisation nach innen und außen zu kräftigen. Der Plan der Unternehmer, die Kassen der Organisation zu „sprengen“, darf ihnen nicht gelingen. Der Getreidebeitrag, der lediglich zur finanziellen Stärkung der Organisation vom Hauptvorstand ausgeschrieben worden ist, muß von jedem Mitgliede unbedingt entrichtet werden. Nur dadurch kann die jetzt erreichte Position im Wirtschaftskampf gehalten und können weitere Verbesserungen des Lohnes und der Arbeitszeit errungen werden. Am Schluss machte der Redner auf die Kolnen aufmerksam, die durch das Nichtzahlen der Getreidebeiträge entstehen, und ersuchte die anwesenden Vertreter der Baustellen, aufständend unter den Kollegen wirken zu wollen. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung wurde von den Vertretern der Baustelle Wörs eine Regelung der Entschädigung der Vorstandsmitglieder in den Baustellen beantragt. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag in beratender Form einstimmig angenommen. Die vorgenommene Gründung einer Kasse der Baustellen wurde von der Konferenz gutgeheißen, da sich die Notwendigkeit dazu herausgestellt hat.

**Tuttlungen.** Dienstag, den 27. September, tagte hier eine öffentliche Mauererversammlung, in der Kollege Stähle aus Gingen in deutscher und der Kollege Drafenetti in italienischer Sprache über Koalitionsrecht und Unternehmerverfehrten. Der Kollege Stähle legte den Kollegen klar, wie es heute mit dem Koalitionsrecht bei den deutschen Mauerern bestellt ist. Im Schwarzwald sehe es in dieser Beziehung sehr traurig aus. Die Mauerer im Schwarzwald müßten aus dem Schlaf erwachen und sich alle dem Zentralverband der Mauerer anschließen. In der Diskussion erwähnte der Kollege König die Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß kein einziger Mauerer mehr in Tuttlungen der Organisation fern bleibe. Die Mauererorganisation müsse gleich so fest gebaut werden, daß sie wie eine Mauer jedem Ansturm des Unternehmertums widerstehen könne. Am Schluß der Versammlung meldeten sich einige deutsche und italienische Kollegen zur Aufnahme.

## Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 22. bis 28. September sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 1500, Posen 800, Lübeck 600, Nürnberg 800, Rauen 250, Gießbach 200, Schwabach 200, München 200, Danzig 200, Deutsch Wissa 150, Neubrandenburg 150, Meindorf 150, Gubow 120, Wüdder 120, Jahn 120, Worms 100, Hamu i. Westfalen 100, Leibitz 100, Wittenberg 100, Widdam 100, Groß-Bartenberg 100, Wöbber 100, Gransee 100, Warkhausen 100, Gültrow 100, Pirna 90, Wergedorf 90, Tschel 80, Weierhausen a. Harz 80, Rumburg 70, Ralf 70, Wöln i. Lauenburg 50. Summa M. 6600.

Zusätze erhielten: Kiel M. 600, Schweidener 220, Wöbber 140, Stettin 100, Gumborn 100, Wittenberg 100, Jahn i. Baden 100, Zehdenick 100, Ostendorf 80, Landshut 50, Lutter a. Woburg 50, Wittenberg 30. Summa M. 1670.

Mitteilungen, den 28. September 1907.

Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 37.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeitsschutz, Subventionen etc.

**Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Subventionen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.**

Berlin. Ein schweres Baumglück hat sich am 27. September auf dem Bau des Postgebäudes in der Platzburgerstraße zugetragen. Dort brach ein in der zweiten Etage befindliches Gerüst, und die darauf befindlichen fünf Arbeiter stürzten in die Tiefe. Sie erlitten mehr oder

minder schwere Verletzungen. Der Arbeiter Bod war so schwer verletzt, daß er in einer Droschke weggeführt werden mußte. Der Bau wird von der Firma Witte Meinde ausgeführt.

**Regenfeld. S. u. m.** Am 17. September ereignete sich auf einem vom Baumeister Strube aus Gumborn ausgeführten Neubau ein Unfall, der noch ziemlich glänzlich verlaufen ist. Drei Kollegen waren mit Kugeln beschäftigt. Durch eine ungenügende Verteilung des Gerüsts rutschte ein Kegel von seiner Auflage, und da an diesem Kegel gerade ein Unterzug befestigt war, so brach das Gerüst zusammen. Zwei jüngere Kollegen konnten noch schnell absteigen und kamen dadurch noch mit heiler Haut davon. Der dritte jedoch, der 61 Jahre alte Kollege Dorenzen stürzte 8 m tief herab. Seine Verletzungen waren glücklicherweise nicht allzu schwer, immerhin mußte er einige Tage das Bett hüten. Die Schuld an diesem Unfall, der leicht schlimmere Folgen hätte haben können, trifft die Kollegen, die das Gerüst gebaut haben. Man glaubt immer, bei solchen Gerüsten, die nur zu leichten Arbeiten gebraucht werden, mit aller Sorgfalt zu Werke gehen zu können, das sollten sich aber alle Kollegen im eigenen Interesse abgewöhnen.

**Limbach i. S.** Am 21. September ereignete sich auf Neumanns Bau in der Weststraße beim Transportieren des Dampfessels ein bedauerlicher Unfall, indem dem Kollegen Ernst aus Hürum im Wülfengrund ein jeder Hand drei Finger zerquetscht wurden. Der Unfall ist auf die mangelnde Aufsicht und ungenügende sachverständige Leitung des Transports zurückzuführen. Auch hier, wie überall, merken die Unternehmer erst bei einem Unfall, daß Verbandszeug auf den Bau gehört. Würden sich die Kollegen mehr der Organisation anschließen, als es bis jetzt der Fall gewesen ist, und nicht wegen des Getreidebeitrages dagegen agitieren, dann würden wir auch im Grunde eine bessere Verhältnisse auf den Bauten zu schaffen, als sie auf oben genanntem Bau waren, wo für 60 bis 70 Personen nur ein Abort da ist. Werden die Kollegen endlich aufwachen?

**Ra. m. d. u.** Am 27. September ereignete sich hier schon wieder ein Unfall auf dem Neubau der Papierfabrik, der von der Firma Dik & Co. in Düsseldorf ausgeführt wird. Dieser Unfall ist auf Verletzung der Unfallverhütungsvorschriften zurückzuführen. Es befindet sich auf dem Bau ein Aufzug zum Befördern des Betons, der durch Maschinenkraft getrieben wird. Unten geht ein Schienenstrang an den Aufzug heran, auf dem der Beton herangezogen wird. Als nun die Arbeiter, Italiener, eine Vorrichtung umkippen, trat einer der Arbeiter zurück und gerade unter den Aufzug, als der Fahrstuhl herunterkam. Er traf ihn direkt auf den Kopf, so daß er zusammenfiel. Der Arbeiter an der Steuerung konnte zum Glück den Fahrstuhl kurz über dem Riegen zum Halten bringen. Dieser troch schnell hervor, stand auf und stürzte im nächsten Augenblick wieder bewußtlos nieder. Als der Betonmeister, Geiß mit Plamen, vom Polier darauf aufmerksam gemacht wurde, kam er hinzu und meinte, die Arbeiter sollten machen, daß sie an die Arbeit kämen, und der Verletzte solle nach der Wunde gehen und sich die Stiefel ausziehen, im Falle daß er sich etwas gequetscht hätte, da er über Schmerzen im Bein klagte. Sehr menschenfreundlich von diesem Herrn! Es war ja auch nur ein Italiener. Gleich darauf kamen zwei der Herren Bauführer, um die Anbringung von Schutzplanen, die bis dahin gefehlt hatten, anzuordnen. Wie gewöhnlich, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er abgedeckt! Dieser Herr Geiß ist übrigens derselbe, der die Einschlagungsarbeiten an der eingestürzten Dede leitete. Es spricht allerdings nicht von großen Fachkenntnissen, wenn bei einer Höhe von 10 m, bei der zweimal gestiegt wurde, sämtliche Stützen ohne Spreizen sind. Wenn so gewissenlos gearbeitet wird, ist allerdings ein Unfall leicht zu erklären. Es befinden sich noch zwei von den Verletzten im Krankenhaus, und sie werden es nur als arbeitsunfähige Krüppel verlassen, da einem beide Beine und dem anderen eins gelähmt bleiben werden. (Das Papier darf nur auf einer Seite beschriftet werden. Red. d. „Grst.“)

**Münch.** Am 25. September ist unser Kollege Heinrich Wil. Bauer, 39 Jahre alt, verheiratet und Vater von vier Kindern, an dem Neubau der Firma Gumborn in der Reimarstraße tödlich verunglückt. Er war mit mehreren Kollegen mit Abblenden von Aufsteigen beschäftigt, während neben ihm eiserne Träger an einem improvisierten Flaschenzug in das vierte Stockwerk geschafft wurden. Bei dieser Arbeit brach der Hebel, an dem der Flaschenzug befestigt war, und schlug dem Kollegen Bauer auf den Kopf. Er war sofort tot. Die Untersuchung ergab, daß das gebrochene Holz nur an der Bruchstelle, und zwar äußerlich nicht sichtbar, schadhaft, sonst ganz gut war. Ein Versäumnis trifft aber die Bauleitung insofern, als sie es anordnete oder duldet, daß während des immer gefährlichen Trägerschleppens an derselben Stelle andere Arbeiten ausgeführt wurden. Soweit Arbeiter unten zum Hochbringen der Träger beschäftigt werden müssen, sollen sie durch sichere Abdeckung unter allen Umständen geschützt werden.

**Nürnberg.** In den letzten Wochen haben wir zu verschiedenen Malen dargelegt, wie es zur Zeit im allgemeinen bestellt ist. Am 26. September haben sich nun wieder einmal die Folgen der Leichtfertigkeit an dem Neubau des Unternehmers Meier (genannt Bauernmeier) in der Odenstraße gezeigt. Auf dem Bau wurde am Tage zuvor ein sogenannter Bodenaufzug aufgestellt, um zu dem Erster die Steine befördern zu können, ohne daß nur im mindesten die nötigen Vorsichtsmaßregeln, die bei solchen Aufzügen erforderlich sind, beachtet worden wären. Der Aufzug selbst wurde sehr lose aufgestellt und der Zugbaum nur lediglich an seinem Ende mit nicht ganz einwandfreien Klammern an einem Balken befestigt. Um ein Ausbiegen des Zugbaumes oder Riegels zu verhindern, war wohl ein kurzes Seil angebracht, aber ein solches kann innen, um den ganzen Zug gegen den Bau festzuhalten, nicht. Beim Aufziehen eines schweren Steines, durch die Bewegung des Zugbaumes, lösten sich die Klammern, und der ganze „Aufzug“ stürzte nach außen auf das Gerüst und eine Anzahl Sandsteine mit, wobei drei Arbeiter schwer verletzt wurden, von denen der eine, wie wir hören, auf dem Transport zum Krankenhaus verlorben sein soll. Bei diesem bedauerlichen Vorkommnis wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß die Baupolizei das Aufstellen solcher

Bodzüge ganz verbieten sollte, da bei dieser Art Materialtransport, wenn nicht ganz vorsichtig gearbeitet wird, Unfälle fast unausweichlich sind; wo sie aber zugelassen sind, sollte mindestens verlangt werden, daß solche Aufzüge von drei Seiten mit guten Seilen gegen die eigentliche Aufzugsseile befestigt werden und zwar von rückwärts, sowie an beiden Seiten halb rückwärts.

Wir haben in unseren letzten Mitteilungen auch beispielhaft, daß bezüglich des Bauarbeiterlohnes auf Staatsbauten am meisten gesündigt wird. Da es viele Leute gibt, die immer noch der Meinung sind, daß Staatsbetriebe Musterbetriebe seien, so möchten wir allen jenen, die dieses Glaubens sind, empfehlen, sich einmal den Bau des Wasserturnes in der Illersbergerstraße, der von der Staatsbahndirektion ausgeführt wird, ansehen; sie werden an dem ganzen Bau kein einziges Gerüst außen finden, das die beschäftigten Arbeiter vor Abwurf sichert. Ueberhand-mauern ist verboten ohne Schutzgerüste, die von Etage zu Etage angebracht sein müssen, worüber sich aber die Staatsbehörde nicht kümmert.

Das ist ein Beweis dafür, wie notwendig ein Bauarbeiter-Schutzgesetz ist, worin unsere Vertreter im Reichstage sowie in den Eingeladungen ihre ganze Kraft einsetzen müssen, um den vielen Tausenden von Arbeitern des Baugewerbes wirklichen Schutz für ihr Leben und ihre Gesundheit zu schaffen und der Familie ihre Ernährer zu erhalten.

**Waldburg.** Am 19. September verunglückte Kollege Franz Böhm dadurch, daß von einem Leitergerüst eine Sperrle brach. Der Kollege fiel etwa 6 m hoch herab auf Eisenteile und Längsrohre. Er mußte nach dem Krankenhaus geschafft werden, wo Schädelbruch und Rippenverletzung festgestellt wurden.

**Ein Gerüst in den Brunnen gefallen.** In Gießen werden Brunnen zu einer neuen Klaranlage gebaut; die Brunnen haben eine Weite von circa 7 m Durchmesser und werden von innen gemauert. Um eine einseitige Belastung des Mauerwerks zu verhindern, hat man das Arbeitsgerüst mit Drahtseilen an ein über der Brunnenanlage angebrachtes Balkengerüst gehängt. Das Drahtseil war jedoch nur 1 cm stark und konnte der Belastung des Gerüsts, Eigenengewicht, sieben Arbeiter, Hilfsarbeiter und Material, nicht standhalten. Am 25. September ging das Gerüst mit donnerähnlichem Krachen in die Tiefe. Zum Glück hatten die Arbeiter eine Minute zuvor das Gerüst verlassen, um das Gerüst einzunehmen; zwischen den Gerüstteilen, Steinen z. B., hätten sie, soweit sie nicht schon tödliche Verletzungen erlitten hätten, sicher den Tod in dem 1 1/2 m hochstehenden Wasser der Brunnenröhre gefunden.

— Nun hat man härtere Drahtseile verwendet, aber auch die Seile sind bei der großen Belastung noch nicht ausreichend zu sein. Wir erachten es für die bringende Pflicht der Baupolizeibehörde, diesen Bauten ihre ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

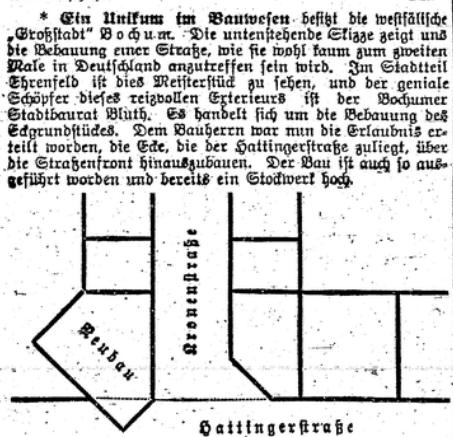
**Bauarbeiterlöhne im nördlichen Bayern.** In den letzten zwei bis drei Jahren hat sich in Bayern immer mehr und mehr herausgestellt, daß die Frage des Bauarbeiterlohnes zum Stillstand gekommen ist, in einzelnen Fällen und namentlich an Orten, wo jegliche Bauleitung fehlt, ist sogar ein Schritt nach rückwärts gemacht worden, d. h. die Zustände haben sich verschlechtert und die Mißstände treten heute deutlicher als vor Jahren hervor. Auch an Orten, wo Bauleitung tätig sind, hat sich vieles verschlechtert, indem sich die Unternehmer im Laufe der Jahre daran gewöhnt haben, die Bauaufseher Anordnungen treffen zu lassen, die weiter nichts zu bedeuten haben, da die Herren ganz genau wissen, daß es den Bauaufsehern an den nötigen Befugnissen fehlt, um die renitenten Unternehmer sofort in ihre Schranken zu verweisen oder durch Einstellung der Bauten ihren Anordnungen den nötigen Nachdruck zu verleihen. Werden Unternehmer wegen Verletzungen der Arbeitergesetzbestimmungen von den Kontrollen zur Anzeige gebracht, so gehen einer ganz niedrigen Strafe zwei bis drei Verweise voraus; was die Unternehmer von ihren Gesetzesverletzungen nicht zurückhält, ja, man möchte viel eher zu dem Glauben hinneigen, daß sie dadurch noch zu Verletzungen angereizt werden, denn gewöhnlich sind die Kosten einer solchen Verurteilung niedriger als die Verstellungskosten eines ordnungsmäßigen Gerüsts und dergleichen. Erreignet sich infolge dieser Verletzungen ein Unfall, so will niemand das Schuld daran haben, und nicht selten kommt es vor, daß Unternehmer auch noch in solchen Fällen von den Gerichten frei gesprochen werden, oder daß zum mindesten die ausgesprochene Strafe in gar keinem Verhältnis zu dem Schaden, der durch eine derartige Leichtfertigkeit hervorgerufen wird, steht. Am schlechtesten dürfte es wohl in der Oberpfalz und einem Teil Oberfrankens bezüglich des Bauarbeiterlohnes bestellt sein. So z. B. findet man in der Gegend von Lichtenreuth, Wiesau usw. fast auf keiner einzigen Baustelle ein Aufseheramt, alle Mauerarbeiten werden überhand ausgeführt. Unterunkstände und Arbeiter fehlen vollständig. In der Gegend von Weiden, Schandorf und Amberg ist es zwar mit dem Gerüstbau etwas besser, aber bezüglich des sittlich-sanitären Bauarbeiterlohnes ist es nicht besser bestellt. In der Gegend von Regensburg, Wunsiedel bis nach Hof und Meibach sieht es im allgemeinen wieder recht traurig aus, auf einzelnen Bauten sogar ebenso wie in der Gegend von den erst aufgeführten Orten. In Hof und Regensburg werden wohl im großen und ganzen die Unfallverhütungsvorschriften eingehalten, gleichwohl sind aber auf jeder Baustelle noch eine große Anzahl von Mißständen zu verzeichnen. In der Gegend von Selb und Schönbach bestehen wieder Mißstände in großer Zahl, namentlich dort sehr viel überhand gemauert, und mit dem sittlich-sanitären Schutz ist es recht traurig bestellt, obwohl dort sehr viele Frauen auf Bauten beschäftigt werden. In der Gegend von Hof bis Bayreuth sieht es wieder recht traurig aus. Ueberhandgemauert findet man fast auf jedem Bau, Unterunkstände und dergleichen sind dort fast unbekannte Dinge; Trinkwasser, sowie die nötigen Trinkgefäße fehlen an allen Orten. In Bayreuth selbst ist es wohl mit dem Gerüstbau etwas besser als in der Umgebung bestellt, aber auch dieser läßt noch sehr viel zu wünschen übrig, was namentlich auf die Staatsbauten zutrifft.



Der städtisch-sanitäre Bauarbeiterschutzbund liegt in Bahrenfeld sehr dankbar, aber trotzdem hat der dortige Magistrat einen Antrag der Bauarbeiter auf Anstellung eines Bauaufsichters aus dem Stande der Arbeiter wiederholt abgelehnt. In Rumbach, und hier namentlich wieder auf dem Bahnbau von Rumbach nach Bahrenfeld, findet man nicht im mindesten, daß die oberpolizeilichen Vorschriften für Tiefbauarbeiten eingehalten werden, auf den Hochbau am Orte selbst trifft das gleiche zu. An der Gegend von Ronach werden nicht nur die Unfallverhütungsvorschriften für Tief- und Hochbauarbeiter nicht beachtet, sondern auch für die in den dortigen Steinbrüchen beschäftigten Arbeiter bestehende Bundesratsverordnung, den Schutz der Steinarbeiter betreffend, nicht. In der Stadt Barmberg sieht es wohl wieder etwas besser aus, aber nicht selten fehlen Schutzvorrichtungen sowie Unterfunksräume und dergleichen. In Schweinfurt kann man zwar im großen und ganzen zufrieden sein, wohl aber sieht es auf den Staatsbauten, wenn solche ausgeführt werden, immer recht trübe aus, da diese von den Bauaufsichtern nicht kontrolliert werden dürfen und sich die staatliche Bauaufsicht um diese Frage soviel wie gar nichts bekümmert. Das gleiche kann wohl auch von Würzburg gesagt werden, wohl aber ist hervorzuheben, daß es dort auf der Zeit auszuführenden Staatsbauten, dem Bahnhofs, der Kaserne usw., fast schlechter noch als auf allen Staatsbauten, die wir an größeren Orten antreffen haben, ausfällt. Ein reichliches Arbeitsfeld wäre für den Gewerbeinspektor das unterfränkische Steinbruchgebiet; wo in keinem einzigen Steinbruch und ebenso wenig auf den Werplätzen die Bundesratsverordnung in ihrem vollen Umfange eingehalten wird, sogar die neubegonnen geistliche Arbeitszeit wird nicht allwärts eingehalten. In der Gegend von Ansbach, Rothenburg, Dinkelsbühl, Gunglshausen, Weichenburg, Eichstätt und dergleichen ist es wohl fast überall der oberpolizeilichen Vorschriften etwas besser geworden, doch weiter gehen die Unternehmer auch hier nicht, als sie von den Aufsichtsräten geboten werden, aber auch überall dort hat in den letzten Jahren der Schutz teilweise aufgehört, und die Unternehmer verfahren allmählich die Arbeiterbeschäftigungen. Weiter haben auch in den meisten Fällen unsere eigenen Berufsorganisationen nicht immer den nötigen Mut dazu, um die Unternehmer recht ernst an ihre Pflichten zu erinnern. In Nürnberg, Rürnberg, Regensburg, Schweinfurt usw. läßt besonders der städtisch-sanitäre Bauarbeiterschutzbund sehr viel zu wünschen übrig, und besonders sind es hier wieder die Staatsbauten, die keineswegs als Musterbeispiele gelten können. An den Bahnhöfen bauten in Nürnberg steht es aber nicht nur in dieser Beziehung, sondern auch der Gerüstbau läßt sehr viel zu wünschen übrig, auch konnte in den letzten Monaten dort mehrmals beobachtet werden, daß die ordnungsgemäße Arbeitszeit nicht eingehalten wird, was auch noch ein Verstoß gegen die staatlichen Submissionsbedingungen ist. Aber auch alles dieses achtet die Landbau- und Bahnbauunternehmer nicht. Nicht unberührt soll noch bleiben, daß im Kreisbau die Mängel der Arbeiterherkunft, als am Hochbau, was zum Teil daraus zurückzuführen sein dürfte, daß bei früheren Arbeiten zum größten Teil unorganisierte und auch unelernte Arbeiter verwendet werden. Als ein weiterer Mangel wird es auch noch empfunden, daß auf den Bauhöfen und Zimmerplätzen keinerlei Kontrolle geübt wird, wo Bauarbeiter gleichfalls in anderer Anzahl beschäftigt werden, die aber durch die mangelhafte Kontrolle rechtlichen Schutzes für ihr Leben und ihre Gesundheit entbehren. Ferner werden auch noch mehrteilens von den Bauleitern die städtischen Farben verarbeitet, ohne daß die diesbezügliche Bundesratsverordnung durchgeführt wird. Eine Kontrolle begegnet auch dadurch großen Schwierigkeiten, daß die Unternehmer behaupten, keine diesbezüglichen Farben zu verwenden, was immer erst durch eine chemische Untersuchung festgestellt werden muß.

Alles in allem sehen wir also, daß es in dem industriereichsten Bezirk Bayerns mit der Frage des Bauarbeiterschutzes recht schlecht bestellt ist, weshalb die Gewerkschaften und Bauhilfsvereinigungen der Bauarbeiterorganisationen in Zukunft von neuem in eine energische Agitation in dieser Richtung eintreten müssen, da die Erfahrung seit dem Jahre 1901 gelehrt hat, daß die derzeitigen Arbeiterschutzbestimmungen noch keinen genügenden Schutz für das Leben und die Gesundheit der baugewerblichen Arbeiter darbieten, weshalb unsere Parole lauten muß: „Mehr Schutz für das Leben und die Gesundheit der baugewerblichen Arbeiterschaft!“

Ein Unikum im Baugeschäft ist die westfälische „Großstadt“ Bochum. Die untenstehende Skizze zeigt die Bebauung einer Straße, wie sie wohl kaum zum zweiten Male in Deutschland anzutreffen sein wird. Im Stadtteil Ehrenfeld ist dies Meisterstück zu sehen, und der geniale Schöpfer dieses reizvollen Exterieurs ist der Bochumer Stadtbaurat Bluth. Es handelt sich um die Bebauung des Erdgründstückes. Dem Bauherrn war nun die Erlaubnis erteilt worden, die Erde, die der Gattlingerstraße zuliegt, über die Straßenfront hinauszuweisen. Der Bau ist auch so ausgeführt worden und bereits ein Stützwerk hoch.



Nun hat eine Anzahl Ehrenfelder Bürger gegen das Bewahren über die Straßenfront hinaus Einspruch erhoben. Da war guter Rat teuer; aber der kluge Stadtbaurat wachte

sich aus der schwierigen Lage ganz geschickt herauszuwinden. Er erließ eine Verfügung, wonach der Bau vom zweiten Stützwerk aus in die Grundstück gerückt werden muß. Der untere Teil, worauf es hier allein ankommen kann, ragt über die Front hinaus, der obere Teil — also oben in der Luft, der niemand hindert — muß zurück in die Frontlinie gerückt werden. Wir zweifeln nicht, daß diese Leistung ihren Schöpfer sehr berühmt machen wird, vielleicht noch berühmter, als es die weiland-Erbauer des Schöppensiedler Rathauses waren.

Ein Lehrer als Stadtbaurat. Der Lehrer Adam Gutzjahr von der Gewerkschule in Herten bei Frankfurt a. M. wurde zum Stadtbaurat der Stadt Kitz in Bayern ernannt. Eine solche Berufung geschieht sehr selten; trotzdem ist nichts dagegen zu sagen, wenn der Mann sonst was kann, und das hängt bekanntlich nicht von der ästhetischen Bildung ab.

## Aus Unternehmerkreisen.

Eine gelbe Gewerkschaft im Berliner Baugewerbe ist in Sicht. Die „Einigkeit“ war bereits vor zwei Wochen in der Lage, ein Flugblatt zu veröffentlichen, in dem die Laboren der gelben Gründung ihre Pläne und Absichten kundtun. Es lautet:

### Werte Kollegen!

Beim letzten Streik hat sich in unseren Reihen das Bedürfnis herausgestellt, daß die unorganisierten Kollegen, die sich aus irgendwelchen Gründen den bestehenden Organisationen nicht anschließen haben, sich selbst eine Organisation gründen, um auch ihrerseits ihre berechtigten Wünsche geltend zu machen.

Die Gründung ist jetzt erfolgt. Unter Einschluss ist heraus aus der Not geboren. Er ist durch den Druck unbilliger Verhältnisse zu Stande gekommen: während des Streiks waren wir unorganisierten zur völligen Ohnmacht verurteilt. Wir waren nicht in der Lage, den Streik abzugeben, trotzdem wir den dringenden Wunsch hegten, im Frieden mit den Arbeitgebern zu verhandeln.

Wir bitten alle unsere Kollegen, unserem neuen Verein beizutreten, um für die schmalen Zeiten, die uns bevorstehen scheinen, nach Möglichkeit gerüstet zu sein. Wir dürfen nicht dubieren, daß wir in unserem Beruf gänzlich verfahrenen Arbeitsverhältnissen entgegenstehen. Das Monopol der Lohnarbeit ist in Berlin mit Recht endgültig zusammengebrochen. Von gewisser Seite ist die Parole ausgegeben worden: „Ein Zurückkommen im Berliner Baugewerbe gibt es nicht!“ Man hat den Kleinkrieg und die Spezialität proklamiert.

Diesen unerquicklichen Zuständen muß ein Ende gemacht werden. Wir bemerken die übertriebene Streikakt. Unser Verein beabsichtigt, im Eingreifen und auf gutem Wege mit den Arbeitgebern unsere Lage zu verbessern. Sein Ziel ist das: im wahren Arbeiterinteresse liegende Bestreben, durch ununterbrochene Arbeit zu Wohlstand und Heil zu gelangen.

Unser Verein gewährt wie die anderen Vereine Krankenunterstützung und Sterbegeld. Er erstrebt die soziale und wissenschaftliche Aufklärung seiner Mitglieder. Mit Politik und Religion befaßt sich unser Verein nicht. Arbeitslos gewordenen Mitgliedern wird der Verein umgehend wieder Arbeit zu verschaffen bemüht sein.

Kollegen, tretet unserem Verein bei. Der Wochenbeitrag beträgt nur 20 A, Eintrittsgeld 80 A. Anmeldungen nimmt entgegen

Wilhelm Dückholz, Püser, Pfalzburgerstraße.

Diese Gründung kann keinen Überfall sein, der die Lohnbewegung der Berliner Bauarbeiter verfolgt hat. Es war als sicher anzunehmen, daß sich die Streikbrecher unter irgend einem Namen zusammenfinden würden, um sich auch nach der Verdrängung des Kampfes auf den Bauten behaupten zu können. Damit wird eigentlich auch nichts geändert, denn eine organisationsfeindlichen und unternehmerfeindlichen Vordenk gab es unter den Berliner Bauarbeitern ebenso seit jeher, wie es ihn in manchen anderen Großstädten gibt. Notwendig ist, dafür zu sorgen, daß diese gelbe Gründung in unschädlichen Grenzen bleibt; daß sie nicht über den Kreis der Personen hinauswächst, die ihrer Natur nach für die Kampfbereitschaft der Arbeiter unbrauchbar sind. Geht es nicht so, so ist zu befürchten, daß unserer Bewegung hierdurch irgendwie Abbruch getan wird. Es dürfte nicht schwer sein, das zu erreichen, wenn für genügende Aufklärung über das Wesen dieses Streikbrecherevereins gesorgt wird. Nicht selten kommt uns dazu eine Auslastung des Zentralblattes für das deutsche Baugewerbe, bekanntlich das Sprachrohr der Berliner Bauunternehmer, über die Gelben vom Bau. Das Unternehmerblatt schreibt:

Es liegt diesem Vorgehen ein so geundener Gedanke zu grunde, daß sehr viele Bauhandwerker, welche nach einer zweiten Auflage der Vorlesung des letzten Sommers absolut gar kein Verlangen haben, sich gern einer solchen Vereinigung anschließen werden. Wir sehen nicht an, zu erklären, daß sich der neue Bauhandwerkerbund der vollen Sympathie der Arbeitgeber erfreuen wird, daß diese ihm von ganzen Herzen ein fröhliches Gedeihen wünschen und ihn gern unterstützen und fördern werden.

Damit ist der Charakter der neuen „Organisation“ genügend gekennzeichnet; damit ist aber auch allen ehrlichen Kollegen der Weg gewiesen worden.

Der „Verband der Arbeitgeber der Baugewerbe Mitteldeutschens“ hat kürzlich seine Generalversammlung abgehalten und den nachstehenden Kriegspfad festgestellt. Es ist beschlossen worden, einen „Streikfonds“ anzukommen und ohne „Streiktafel“ keine Bauten zu übernehmen. Der Ablauf des Tarifvertrags mit den Malern soll dem Unternehmerverband Anlaß zur Nachprüfung geben. Folgendes Schriftstück ist an alle Verbandsmittelglieder gelangt worden:

Berliner Herr Kollege! Am 1. April 1908 läuft der mit der Organisation der Maler, Läufer, Anstreicher usw. abgeschlossene Tarifvertrag ab und ist ein Streik derselben zu gewärtigen. Um nun unsere Herren Kollegen im Maler-

und Längergewerbe bei einem eventuellen Streik im nächsten Frühjahr wirksam unterstützen zu können, richten wir schon heute an Sie die dringende Bitte, alle Maler, Läufer- und Anstreicherarbeiten von jetzt ab so zu beschleunigen, daß Ihre gesamten diesbezüglichen Arbeiten möglichst bis 31. März 1908 fertig gestellt sind und Sie keinen Schaden erleiden.

Weiter wird auf den Streik der Bauhilfsarbeiter in Stralsburg hingewiesen und ersucht, von Stralsburg kommende Erd- und Bauhilfsarbeiter unter keinen Umständen einzustellen und bereits eingestellte sofort wieder zu entlassen. Dann ermahnt das Schreiben, bei Vergabe von Arbeiten in erster Linie Mitglieder des Verbandes zu berücksichtigen und mehr als je „die Werbetrommel zu rühren zum festen Zusammenschluß aller am Baugewerbe beteiligten Gewerbetreibenden und Lieferanten“.

Der Kriegsruf des Unternehmerverbandes wird auch in Arbeitkreisen nicht ungehört und unbeachtet verhallen. Für alle Arbeiter muß die Klärung der Unternehmer ein Ansporn sein, sich unter der Fahne der Organisation zusammenzuschließen, damit sie für alle Fälle gewappnet sind.

## Aus anderen Berufen.

### Generalversammlungen.

Gärtnerverbandstag. Vom 1. bis 5. September lagte in Dresden die achte Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins. Anwesend waren etwa 30 Delegierte. Nach dem Vorstandsbericht betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des ersten Quartals 1905 2153, am Schlusse des zweiten Quartals 1907 dagegen 5145. Besonders wird über die Fluktuation berichtet. Von 100 Eingetretenen sind gewöhnlich nur 17 bis 20 dem Verbande treu geblieben. In 49 Orten mit 2110 Betrieben und 6662 Beschäftigten wurden Forderungen gestellt. In den Aktionen beteiligten sich 4494 Gehilfen. Von den Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1906 hatten vollen Erfolg 16 mit 1835 Beteiligten, teilweisen Erfolg 8 mit 576, keinen Erfolg 1 mit 19 Beteiligten. Erreicht wurden für 2600 Gehilfen zusammen 5000 Lohnerhöhung pro Woche, für 758 Gehilfen 1514 Stunden Arbeitszeitverlängerung. Im Jahre 1907 wurden 13 Lohnbewegungen und Streiks mit 1070 Beteiligten mit vollem, 6 mit 1091 Beteiligten teilweise mit Erfolg und 1 mit 68 Beteiligten erfolglos beendet. Erreicht wurde für 908 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von 4303 Stunden pro Woche und für 2476 Personen eine Lohnerhöhung von 5558 pro Woche. Also außerordentlich günstige Erfolge. In der Zeit vom 1. Juli 1905 bis 30. Juni 1907 hatte die Organisation eine Einnahme von 1.066.757 und eine Ausgabe von 1.031.157,40, darunter für Lohnbewegungen und Streiks 15.893,21, für Unterstufungen 12.026,35, für die Zeitung 23.592,51, für Reiseausgaben 1.887,86, für Agitation 11.247,08, für Gehalts 10.379,15, für Streiks anderer Gewerkschaften 1.100. Ueber die Nachstrage der Gärtner im Arbeitsvertrag referierte Albrecht Berlin. Befriedigt sind die Ansichten der Behörden über die rechtliche Stellung der Gärtner sehr beruhigt. Diese unterliegen teils der Gewerbeordnung, teils dem Handelsgesetz, dem Bürgerlichen Gesetzbuch oder einer der vielen, teilweise schon recht alten Gewerbeordnungen. In einer Resolution wurde die allgemeine Stellung unter die Gewerbeordnung gefordert. Im übrigen beschäftigte sich der Verbandstag hauptsächlich mit dem Ausbau der Organisation. Der Beitrag bleibt 85 A; den Ortsverwaltungen wurde zur Pflicht gemacht, Ortszulassung zu erheben. Für jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren und Arbeiterinnen wurde der Beitrag auf 25 A festgelegt. Für rückständige Lohngehälter kann auf Antrag der Agitationskommission der Beitrag gleichfalls auf 25 A festgelegt werden. Als neue Unterstützung wurde die Kranken- und Sterbeunterstützung eingeführt. Die Sterbeunterstützung tritt nach fünfjähriger Mitgliedschaft in Kraft, beträgt dann 50, nach 8 Jahren 75, nach 10 Jahren 100. Beim Todesfall der Ehefrau wird die Hälfte der Unterstützung bezahlt. Die Streikunterstützung wird nach einer Karenzzeit von drei Tagen vom vierten Tage ab bezahlt. Sie kann durch Ortszulassung bis zu 12 für Ledige und 14 für Verheiratete und für Kinder auf 75 A erhöht werden. Für Meister wurde folgende Resolution: beibehalten und einstimmig angenommen: „Die Generalversammlung beschließt, den Mitgliedern nur dort eine allgemeine Arbeitsruhe zu empfehlen, wo dies ohne Schädigung der Beteiligten und der Organisation möglich ist. Die Organisation kann nach Lage der Verhältnisse Unterstützungen an die wegen Beteiligung an der Meisterei ausgesparten Mitglieder nicht gewähren.“ Zu erwähnen ist noch, daß der Vorstand beauftragt wurde, bei der Generalkommission den Antrag zu stellen, die Landarbeiterfrage als besonderen Punkt auf dem nächsten Generalversammlungstag zu behandeln.

Meisterverbandstag. Der vierte Verbandstag des Zentralverbandes der Meister und Berufsgenossen fand vom 2. bis 8. September in Frankfurt statt. Es waren 26 Delegierte anwesend. Der Verband hatte in der Geschäftsjahre 1906/07 unter großer Arbeitslosigkeit der Meistergesellschaft zu leiden, die durch die Fluktuation und die Wohnnot verursacht worden war. Deswegen war auch die Fluktuation im Verband sehr hoch. Die Mitgliederzahl hat sich von 2296 auf 3056 erhöht. Die Einnahmen des Verbandes betragen 73.385,47, gegen 42.308,56 in der vorherigen Geschäftsjahre. Bei der zahlreichen Lohnbewegungen und Streiks handelte es sich meistens um Beteiligung von Mitgliedern oder um Einführung von Tarifverträgen. Zum Teil endigten die Bewegungen mit Erfolg, teilweise führten sie jedoch zu langwierigen Kämpfen, in denen von den Gewerkschaftsvertretern Boykotts verhängt wurden. Der Vertreter der Generalkommission, Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt, sprach über die reichsweitigen Ergebnisse über die Arbeitsverhältnisse im Meistergewerbe. Die Hauptarbeiten des Verbandstages waren dem Ausbau der Organisation, der Revision des Tarifreglements usw. gewidmet. Es wurde beschlossen, den Beitrag von 85 auf 60 A zu erhöhen und vom 1. Oktober 1908 an Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Von Hamburg und Lübeck lagen Anträge vor, wonach die Schaffung eines Nahrungsmitteleinzelhandelsverbandes angestrebt werden soll. Verbandsvorsitzender Senkel er-

hätte dazu, daß der Hauptvorstand bezüglich dieser Frage schon mit in Betracht kommenden Organisationen konfiziert habe; man sei diesem Ziele einen großen Schritt näher gekommen. Der Hauptvorstand tue sein möglichstes, um die Gründung einer „Nahrungsmittel-Industrie-Verbandes“ baldigst herbeizuführen.

### Polizei und Gerichte.

\* **Seltfame Viasen** treibt mitunter das Bestreben der modernen Ordnungsretter, die „arbeitswilligen“ Elemente zu schützen, an die Oberfläche. In Crefeld hatte ein streitender Kollege einen „Arbeitswilligen“ zur Teilnahme am Streik zu bewegen versucht und ihn in der Unterhaltung über diese Angelegenheit mit Du angeredet, wie dies ja bei Maurern allgemein üblich ist. Hierüber hatte sich der Streikbrecher in seinem verfeinerten Ehrgefühl, das ja diesen „Götzen der Gesellschaft“ eigen zu sein pflegt, beleidigt gefühlt und den Schutz der Behörden erbeten, der ihm auch im vollen Maße zu teil wurde. Unser Streikbruder wurde zunächst vier Stunden hinter schwebende Gardinen gebracht und dann gegen ihn ein hochnotpeinliches Verfahren wegen Beleidigung eingeleitet, das aber zum großen Bedauern aller Ordnungsleute den gewünschten Erfolg, die Bestrafung des Streikbrechers, nicht hatte. Da das Urteil, durch das die lästliche Arbeit eines königlich preussischen Staatsanwalts, einen Streikbruder ins Gefängnis zu bringen, vereitelt wurde, etwas kulturhistorischen Wert haben dürfte, so wollen wir es hier vollständig wiedergeben. Es lautet:

#### Beschluß.

In der Strafsache gegen den Maurergesellen August Weis in Anrath, geb. in Hephth am 3. Juli 1866, evangelisch, wegen Beleidigung, wird der Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft auf Eröffnung des Hauptverfahrens wegen der Beleidigung, in Crefeld am 17. August 1907 den Franz Sabel öffentlich beleidigt zu haben — Vergehen gegen §§ 185, 200 Str.-G.-B. — abgelehnt.

#### Gründe:

Der Beschuldigte hat offenbar den Beleidigten, Sabel, als einen Arbeitskollegen, der dort trotz des ausgebrochenen Streiks Arbeit suchen wollte, angesehen. Bei Maurergesellen ist aber die Anrede mit „Du“ gegenüber den Arbeitskollegen die übliche und wird als beleidigend nicht angesehen. Es ist daher nicht anzunehmen, daß der Beschuldigte sich bewußt gewesen ist, daß er durch die Anrede mit „Du“ den Sabel beleidigen könne. Hat dem Reis aber das Bewußtsein des beleidigenden Charakters seiner Äußerungen gefehlt, so liegt subjektiv jedenfalls eine Beleidigung nicht vor. Da auch im übrigen in den von ihm gemachten Äußerungen eine Beleidigung des Sabel nicht erblickt werden kann, so war der Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens abzulehnen.

Crefeld, den 3. September 1907.

Königl. Landgericht, Ferienstrasskammer II.

### Verschiedenes.

\* **Eine Warnung für Auswanderer** erläßt die sozialdemokratische Presse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika neuerdings wieder und empfiehlt sie den europäischen Arbeitern nachdrücklich zur Beachtung. Es wird geschrieben:

„In neuerer Zeit werden von interessierter kapitalistischer Seite außerordentliche Anstrengungen gemacht, den Strom der Einwanderung wenigstens teilweise nach den südländischen Staaten der amerikanischen Republik zu lenken. Die Vertreter der betreffenden Staaten, die Beamten der Bundesregierung sowie die Agenten der Dampferlinien und Eisenbahnen reihen sich in diesen Bestrebungen brüderlich die Hände.“

Europäische Arbeiter, namentlich solche aus nicht englisch sprechenden Ländern, können nicht nachdrücklich genug vor der Einwanderung nach den Südländern gewarnt werden. Die Zustände in jenen Staaten sind auch heute noch derart, daß man sie nur mit offenkundigen oder polnischen Verhältnissen vor der Aufnahme der Arbeitskraft vergleichen kann. Von einem aus nur halbwegs wirksamen Rechtsschutz für Proletariat ist keine Rede. Die Nachkommen der bormaligen Plantagenbarone haben sich mit den bibelfrommen Kapitalisten Neu-Englands brüderlich aufgenommen, um im Süden ein geradezu ideales Feld für schrankenlose und brutalste Ausbeutungsmethoden zu schaffen.

Die sogenannte öffentliche Meinung des Südens ist heutzutage, soweit die kapitalistische Klasse und ihre Werkzeuge in Frage kommen, völlig von dem Massenproblem befreit. Seitdem die Negerrasse auf dem Papiere politisch befreit wurde, hat man alle Hebel angelegt, um diese Millionen von Südländern in eine um so größere materielle Abhängigkeit zu versetzen. Allen papierenen Garantien zum Trost sind heute die südländischen farbigen schuldlos der grimmigsten und schamlosesten Ausbeutung preisgegeben. Mit geradezu diabolischer Finesse hat man zur Erreichung dieses Zweckes die Gefährdung der Interessen der bestehenden Ausbeuterklasse entsprechend umgewandelt. Die Waffen, welche so gegen die Negerrasse geschmiedet wurden, werden selbstverständlich auch gegen weiße Lohnflaven zur Anwendung gebracht.

Es existiert in den Südländern so gut wie gar keine Gefährdung zum Schutze der Lohnarbeiter. Frauen- und Kinderarbeit werden dort in einem Grade ausgebeutet, wie vielleicht nirgendwo sonst in der ganzen zivilisierten Welt. Die Gerichte und Verwaltungsbehörden arbeiten durchweg im Sinne und Geiste der profitwilligen Ausbeuter.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer). Heft 52 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Skandale von Nordern. — Der Offener Parteitag. Von A. Kautsky. — Der Marxismus und die neue Revolution in den Naturwissenschaften. Von Josef Diner-

Dones. — Die Gefängnisarbeit von Dr. Siegfried. — Das Wesen der Religion. Von Ant. Bannet. — Literarische Rundschau: Karl Pollo, Soziale Klippen. Von M. Grösch. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Postportale zum Preise von 3,35 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abgekauft werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern liegen jederzeit zur Verfügung.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 20 des 17. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf.; durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühr 55 Pf., unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement M. 2,60.

Der „Wahre Jacob“, Nr. 20 des 24. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder: „Was der Parisismus erhofft“ und „Das verhängte Not“. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

### Briefkasten.

Mommelsdorf, N. Die Schuld trägt Du ganz allein, weil Du den D a m e r g e r Einstempel beigebrannt hast. Wenn Du übrigens die Anzeige formgerecht aufschreiben würdest, käme trotz dem verheerenden Stempel kein Irrtum vor.

Dehnhäuser, Kass. Dem Unfallverletzten wird von der künftigen Wunde an das Krankengeld auf zwei Drittel des demselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes erhöht. Diese Erhöhung hat die Krankenkasse auf Kosten des Unternehmers zu zahlen.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Bezirksstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode Mitteilung gemacht wird. Eine Seite kostet 16 Pf.)

Berlin. Am 21. September starb unser Mitglied August Ullrich im Alter von 66 Jahren an Lungenemphysem.

Breslau. Am 26. September starb nach langem Krankenlager unser treuer Verbandskollege Ernst Goldmann im Alter von 53 Jahren an Lungenemphysem.

Chemnitz. Am 27. September starb unser Kollege Alexander Sacher im Alter von 17 Jahren an Genickstarre.

Danzig. Am 21. September starb der Kollege Karl Franz im Alter von 64 Jahren an Magenkrebs.

Mainz-Schöpsheim. Am 25. September starb unser Kollege Heinrich Nicolaus Bauer im Alter von 39 Jahren bei einem Baunfall seinen Tod.

Limburg i. S. Am 26. September ging der Kollege Wenzel Cejka im Alter von 26 Jahren freiwillig in den Tod.

Ratingen. Am 23. September starb unser junges Mitglied Ignatz Adamczyk im Alter von 23 Jahren. Er wurde von einer Maschine erschlagen und war auf der Stelle tot.

Wittstock. Am 28. September starb unser Verbandskollege August Berlin im Alter von 69 Jahren nach langem, schwerem Krankenlager an Rippenfellentzündung.

Zehlitz. Am 18. September starb unser Verbandskollege August Hudach im Alter von 49 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

### Strassburg.

Indem wir allen Kollegen, die sich um den Posten eines Lokalbeamten bemüht haben, besten Dank sagen, teilen wir hierdurch mit, daß der Kollege Louis Kerner, Eisenach, als Lokalbeamter gewählt ist. Der Verbandsmann.

### Bremerhaven.

Vom 1. Oktober ab befindet sich unser Verbandsbureau Deich 56, 1. St., in Bremerhaven.

Alle Zuschriften sind dorthin zu richten. [M. 2,10] Der Vorstand.

### Luckenwalde.

Der Kassierer Karl Hünseler wohnt vom 1. Oktober an Petrifischstraße 3. [M. 1,20] Der Vorstand.

### Lychen.

Die Adresse des Kassierers Lassahn ist jetzt Tornowstraße 144, 1. St. [M. 1,20] Der Vorstand.

### Naumburg.

Die Wohnung des Kassierers Otto Klinger befindet sich vom 1. Oktober an Dompberggasse 18. [M. 1,50]

### Pirna.

Vom 1. Oktober ab befindet sich meine Wohnung: Pirna, Plangasse 6, 2. St. [M. 1,80] H. Herr.

[M. 1,20]

### Offenburg.

Die Wohnung des Vorstehenden Franz Berl befindet sich vom 1. Oktober ab Fischerstraße 32. Der Vorstand

### Schkenditz.

Der Kassierer Friedr. Hordorf wohnt vom 1. Oktober dieses Jahres an nicht mehr Hallstraße, sondern Markt 2 (Eingang von der Amtsgasse).

Zeitungen und Karten sind von dort abzuholen, und am Sonntag in der Zeit von 6 bis 8 Uhr Abends und Sonntag von 9 bis 11 Uhr Vormittags. [M. 2,70] Der Vorstand

### Thorn.

Die Adresse unseres Vorstehenden, Kollegen J. Metkowski, ist vom 1. Oktober an Waldstr. 73. [M. 1,50] Die Verwaltung

### Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit Spandau.“

Die Wohnung des Bevollmächtigten E. Schüler befindet sich Gartenstraße 9, 3. St. [M. 1,80]

### Oranienburg.

Den zugereisten und zureisenden Kollegen diene zur Nachricht, daß sich die Gewerkschaftshäuser bei Heiser befinden. [M. 1,50] Der Vorstand

Gesucht wird der Maurer Ernst Bertram, geboren am 18. April 1889 zu Ciesdorf bei Diercke a. Harz, wo Familienangelegenheiten. Kollegen, denen sein Aufenthalt bekannt ist, werden gebeten, die Adresse dem Vorstand des Zweigvereins Diercke a. Harz, Heiner Hesse, in Laßfelde mitzuteilen. [M. 1,80]

Willi Baumgarten, wo steckt Du? Weshalb Du Deiner Mutter keine Nachricht zukommen? Kollegen, den Aufenthalt desselben kennen, bitten wir, uns Mitteilung zukommen zu lassen. Baumgarten ist am 6. August 1888 geboren, seine Buchnummer ist 294 799. Paul Lingner, 1. Vorsitzender des Zweigvereins Diercke a. Harz, mitzuteilen. [M. 2,40]

### Culmitzsch, Berga und Umgegend.

Sonntag, den 6. Oktober, Nachm. 4 Uhr:

### Zweites Stiftungsfe

im Schützenhaus zu Berga. Alle Kollegen sind herzlich willkommen. [M. 2,70]

### Stolp i. P.

Sonabend, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr:

### Sechzehntes Stiftungsfe

im Saale des Herrn Robert Selke. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten. [M. 8] Der Vorstand

### Veranstaltungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, Versammlungen zu besuchen.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonabend, den 5. Oktober. Abends 8 Uhr in den „Berghausgärten“. Mächtige Gegenstände. Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht.

#### Sonntag, den 6. Oktober.

Breitz. Nachm. 2 Uhr bei Döbert. Mitgliedsbücher mitbringen.

Elmshorn. Nachm. 4 Uhr bei G. Meier, Mühlenstr. 15.

Frankenhausen (Kyffh.). Nachm. 3 1/2 Uhr im „Barbarossagarten“.

Granssee. Nachm. 3 Uhr im Lokale des Herrn Grant, Friedrich Wilhelmstr.

Mommelsdorf. Nachm. 10 Uhr im Vereinslokal. Bücher mitbringen.

Naumburg. Nachm. 6 Uhr im „Schwarzen Adler“ außerordentliche Versammlung. Die Tagesordnung ist wichtig.

Probstzella. 2 Uhr Nachmittags. Referent: Kollege Schent.

Rendsburg. Nachm. 4 Uhr Generalversammlung in der „Neuen W.“. Wichtige Tagesordnung.

Wittstock. Nachm. 2 Uhr. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Zerbst. Nachm. 3 1/2 Uhr im Lokale des Herrn Specht. Monatsversammlung.

#### Dienstag, den 8. Oktober.

Liegnitz. Abends 6 1/2 Uhr. Vortrag des Gauleiters Kollegen Kupke.

#### Mittwoch, den 9. Oktober.

Leisnig. Abends 6 Uhr bei Herrn. Seide.

#### Sonntag, den 13. Oktober.

Hof a. d. S. Nachm. 5 Uhr im Restaurant Gabelberger, Bismarckstr. Generalversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen.

Lehesten. Nachm. 2 1/2 Uhr in Burgschloß bei R. Lemmer junior. Referent: Gauvorstand. Mitgliedsbücher mitbringen.

Werder a. H. Nachm. 3 Uhr bei Koch.

#### Zentral-Krankenkasse der Maurer usw.

Sonntag, den 6. Oktober. Bunzlau. Nachm. 1 Uhr in der „Gossung“.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kner & Co. in Hamburg.